

ao

aktuelle
ostinformationen



Nach der Einführung in das Thema wurden vier Gruppen gebildet, die sich mit den Themen der europäischen Grenzen, Asyl, illegale Migration und der Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitern beschäftigten.

Mercredi le 08/05/2013 : Visite de Landtag a Düsseldorf
Notre journée commence à 06h du matin pour se préparer
06 :45 H le petit déjeuner en groupe
7 :30 H le départ avec le packetlunch destination Düsseldorf

-بعد ما أخذنا وجبة الإفطار على الساعة 8,30 قابلنا المجموعة الألمانية المتكونة من 8 أشخاص بين 20 و-
26 سنة في أول الندوة التي انطلقت على الساعة 9,30 قدمنا بعضنا البعض ثم بدأ السيد (zbniew
wilkiewicz) والسيد شكري جغام قدموا برنامج التبادل لكل الأسبوع

Deutsch-Tunesischer Jugendaustausch

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vorliegenden Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ stehen soziale und wirtschaftliche Fragen der Europäischen Union im Vordergrund. Das kontrovers diskutierte Thema eines europäischen Sozialmodells, das zukünftig stärker harmonisiert oder gar vergemeinschaftet werden sollte, bleibt als Desiderat sicherlich auch weiterhin auf der Agenda einzelner Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zumal ein Ende der europäischen und globalen Wirtschafts- und Verschuldungskrise nicht absehbar ist. Aufgrund dramatischer sozialer Verwerfungen in Südeuropa und einer immer stärkeren Spaltung der europäischen Gesellschaften in Arm und Reich ist dies eine Fragestellung, die für die Glaubwürdigkeit und das Fortbestehen einer zukünftig wie auch immer beschaffenen EU sicherlich von existenzieller Bedeutung ist. Diesem Thema ist mein einleitender Übersichtsaufsatz gewidmet.

Ähnlich steht es mit der Entwicklung eines zuverlässigen, nachhaltigen und den Gesellschaften dienenden Wirtschaftsmodells, das nicht nur auf die kurzfristige Maximierung von Shareholder-Gewinnen ausgerichtet ist. Deutlich wird dies an der allgemeinen Vertrauenskrise, die ihren Ausdruck darin findet, dass Abmachungen und Verträge unter Umgehung rechtlicher Vorschriften allzu oft gebrochen werden. Während die Verursacher in der Regel nur milde Strafen zu erwarten haben, werden die spektakulären Verluste der geschädigten Gruppen sozialisiert. Wie dieser allgemeine Trend gebrochen werden könnte, beschreibt Elżbieta Mączyńska in ihrem Aufsatz über den institutionalisierten Vertrauensbruch, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die gesellschaftlichen Beziehungen und demokratischen Systeme nachhaltig schädigt.

Einen ganz anderen Zuschnitt hat der Beitrag von Katarzyna Witczyńska, in dem aufgezeigt wird, dass es nicht nur deutsche Anleger in Polen gibt, sondern dass mittlerweile – wenn auch in einem noch relativ bescheidenen Ausmaß – polnische Firmen in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Schließlich gibt Gerhard Schüsselbauer einen konzisen länderkundlichen Überblick über die Situation in Rumänien, einen Mitgliedstaat der EU, um den es in letzter Zeit sehr ruhig geworden ist. Neben einer Dokumentation zur „Besonderheit“ der Polen, und Texten, die polnischen Jubiläen, dem polnisch-ukrainischem Gedenken sowie einer Würdigung des 70. Jahrestags des Warschauer Ghetto-Aufstandes gewidmet sind, möchte ich Sie besonders auf den Sachbericht über unser deutsch-tunesisches Jugendbegegnungsseminar hinweisen, dessen erster Teil im Mai dieses Jahres im GESW durchgeführt wurde.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Soziale Gerechtigkeit in der EU?	4
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Gebrochene Absprachen als institutionelles Syndrom	15
<i>Katarzyna Witczyńska</i> Delokalisierung der Produktion von Polen nach Deutschland	29
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Rumänien (România)	39

Berichte

<i>Zbigniew Wilkiewicz, Navina Engelage</i> Deutsch-tunesischer Jugendaustausch 2013	50
<i>Aleksandra Pagacz-Pociask</i> Pädagogische Schulentwicklung	60

Dokumentation

<i>Jacek Żakowski</i> Die Polen sind irgendwie anders.....	65
---	----

Rezensionen

<i>Miklós Bánffy: Verschwundene Schätze</i>	69
<i>Viktor Pelewin: Tolstois Albtraum</i>	71
<i>Péter Esterházy: Esti</i>	73
<i>Szilárd Rubin: Die Wolfsgrube</i>	75

Gedenken

<i>Hubert Luszczyński, Dorota Niedenthal</i> Deutsch-polnische Schulpartnerschaften	76
<i>Theo Mechtenberg</i> Der beschwerliche Weg polnisch-ukrainischer Versöhnung	85
<i>Theo Mechtenberg</i> Sophia Brauns Klage des Herzens	92
<i>Marcin Pośpiech</i> Die Geschichte eines gewissen Plakats.....	96

Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz***Soziale Gerechtigkeit in der EU?
Ein europäisches Sozialmodell?**

Die nationalstaatlichen Sozialsysteme innerhalb der EU unterscheiden sich sehr stark voneinander. Obwohl sich die klassische Kategorisierung in skandinavische, mitteleuropäische, westeuropäische und südeuropäische Modelle relativiert hat und es verstärkt zum Entstehen von Mischformen (Umlage- und kapitalgedeckte Versicherungen) und somit zu einer Hybridisierung der Systeme gekommen ist, kann weiterhin von einer Konvergenz der Leistungsstandards oder der Zielsetzungen, die von einer minimalen sozialen Sicherung bis zum Anspruch, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen reichen können, nicht die Rede sein. So betrachtet ist eines der Hauptziele der EU, soziale Kohäsion zu erreichen, nur sehr schwer zu verwirklichen. Idealtypisch lassen sich zwei ordnungspolitische Maximalpositionen unterscheiden. Die erste Position geht davon aus, dass Sozialpolitik explizit Aufgabe der einzelnen Nationalstaaten ist und deshalb dezentralen Charakter haben sollte. Die Gegenposition strebt eine europaweite zentralistische Sozialpolitik an, vergleichbar mit der Rolle der Europäischen Zentralbank im Hinblick auf die Geldpolitik der EU. Hier hätte die EU die Aufgabe, die Sozialpolitik für alle Mitgliedstaaten einheitlich und verbindlich zu gestalten. Vertreter dieser Position sprechen auch gerne von einer Sozialunion, wobei eine weitreichende Harmonisierung der europäischen Sozialpolitik gefordert wird. Auf politischer Ebene werden, bedingt durch die Krise und den befürchteten Sozialabbau sowie im Ergebnis der negativen Bewertung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs im Hinblick auf die Entsende- und die Dienstleistungsrichtlinie Vorstellungen und Konzepte entwickelt, die eine Stärkung der sozialpolitischen Komponente in den Rechtsakten des gemeinsamen Besitzstandes einfordern. Besonders die europäischen Sozialdemokraten und die europäischen Gewerkschaftsverbände fordern, dass das Prinzip des Wettbewerbs durch eine gleichwertige soziale Dimension ergänzt werden muss.¹

Beide Positionen – so die Kritiker – sind in ihrer Reinform politisch nicht durchsetzbar, denn einerseits beharren die Nationalstaaten auf ihrer autonomen Sozialpolitik,

¹ Treib, Oliver, Leiber, Simone: Was bewirken EU Richtlinien in der Sozialpolitik? – Ein Ost-West-Vergleich. In: WSI Mitteilungen 10/2006, S. 547-552, S.552; Hacker, Björn, Kellermann, Christian: Europäische Sozialunion? Gerade jetzt. Eine Reaktion auf Fritz Scharps Verdikt der Verweigerung. In: spw (2008), S. 14-19; Mayer, Franz C.: Der EuGH als Feind? Die Debatte um das soziale Europa in der europäischen Rechtsprechung. In: Integration (2009),1, S.246-265; Rede von Ministerin Schwall-Düren zu „Europa als Sozialunion – eine Frage der politischen Verantwortung. (20. 10. 2010). In: www.mbem.nrw.de/pressemitteilungen/rede-von-ministerin-schwall-dueren; Hacker, Björn, Maas, Gero: Ein Grundsatzprogramm für die SPE. Baustellen, Gemeinsamkeiten und Eckpunkte aus deutscher Perspektive. In: FES, Internationale Politikanalyse (Dezember 2010), S.7; Vgl. Tagungsbericht des von Fine und der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW am 21. August 2012 durchgeführten Symposions „Soziales Europa unter den Bedingungen der Krise“

andererseits ist es im Rahmen der wirtschaftlichen Vergemeinschaftung notwendig, die Sozialpolitiken einzelner EU-Staaten abzustimmen, etwa im Hinblick auf die Mobilität der EU-Bürger, da das Territorialprinzip hier nicht mehr ausreicht. Durch den Vertrag von Maastricht (1993) mit seiner starken Betonung des Prinzip der Subsidiarität nimmt die EU in der Tat eine vermittelnde Position zwischen diesen beiden Extremen ein: nur dann, wenn einzelne EU-Staaten nicht in der Lage sein sollten, ihre sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen, könnte die EU für sie eintreten. Die theoretische Grundlage für die oben skizzierten Extrempositionen ergeben sich aus zwei konträren Denkrichtungen: der neoliberalen, die sich für den Wettbewerb der Sozialsysteme ausspricht, und der zentralistischen, die auf eine Harmonisierung der Sozialsysteme drängt. Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sollte durch eine Vertiefung und Harmonisierung der EU-Sozialpolitik flankiert werden, um das sozioökonomische Auseinanderdriften innerhalb der EU zu verhindern.

Bei der neoliberalen Position wird hingegen die Auffassung vertreten, dass in erster Linie das Wirtschaftswachstum für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse Sorge, woraus der Primat der Wirtschafts- vor der Sozialpolitik abgeleitet wird. Daher soll die Politik dafür sorgen, dass die Marktkräfte durch mehr Wettbewerb gefördert und vor sozialpolitischen Einschränkungen geschützt werden. Im Wettbewerb der Sozialsysteme erblickt man die optimale Möglichkeit, um effiziente nationalstaatliche Sozialsysteme zu kreieren. Eine Harmonisierung wird als ineffizient abgelehnt, da sie weder den wirtschaftlichen noch den sozialen Standards und Zielen der einzelnen Staaten Rechnung trage.

Seitens der zentralistischen Position geht man von einem chronischen Marktversagen aus, das ständige Interventionen notwendig mache. Daher wird die Sinnhaftigkeit und Effizienz eines Wettbewerbs der Sozialsysteme in Frage gestellt. Es sei unlogisch auf den Wettbewerb der Sozialsysteme zu setzen, da diese gerade dazu geschaffen wurden, um die Ineffizienz des Wettbewerbs – wie die mangelnde Produktion von Sozialkapital, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit – zu korrigieren. Nicht die Wirtschaft habe die Priorität, sondern die Gesellschaft, an deren gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen sich die Wirtschaft zu orientieren habe.² Die neoliberale Erzählung, dass der wirtschaftliche Aufschwung in der EU für eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten Sorge, wird hinterfragt, zumal sie keine empirische Bestätigung gefunden hat. Denn eine Kohäsion hat sich trotz zahlreicher Maßnahmen der EU (Europäische Fonds zur regionalen Entwicklung) nur unzureichend entwickelt. Die beachtliche Divergenz der sozialen Standards in der EU verletzt somit das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb der Gemeinschaft.³ Dies bringt soziale Spannungen und politische Instabilität. Das Wohlstandsgefälle bewirkt (ineffiziente) Wanderungen und sorgt für Abschottungsstrategien wohlhabenderer

² Ribhegge, Hermann: Europäische Sozialpolitik, Fassung 14.04.2012, S.13

³ Vgl.: Soziales Europa –aktuelle Herausforderungen und der Weg in die Zukunft – Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz (2012); Quartalsbericht der EU über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage – März 2013

Mitgliedstaaten, die dem Konzept des Gemeinsamen Marktes (Arbeitnehmerfreizügigkeit) widerspricht. Oder zur Abwanderung besonders qualifizierter junger Menschen aus Krisenländern in prosperierende Mitgliedstaaten, was zwar dem angestrebten Ziel der Mobilität als Ausdruck der Freizügigkeit entspricht, aber andererseits zu einem beachtlichen „brain drain“ führt. So setze ein ruinöser Wettbewerb ein, der zu einem „race to the bottom“ führt, wobei soziale Standards im Kampf um bessere Marktpositionen systematisch ausgehöhelt werden.

Die neoliberale Position hält dagegen, dass die soziale Sicherung in der EU viel zu stark ausgebaut sei, so dass von einem „race to the bottom“ nicht die Rede sein könne. Dies – so Ribhegge – sei eine normative, empirisch nicht belegte These. Allerdings finde andererseits in der EU kein ungezügelter Wettbewerb der Sozialsysteme statt, denn es gebe zwischenstaatliche Abkommen zwischen den Mitgliedern sowie eine Implementierung von Mindestnormen durch die EU (zum Beispiel die Entsenderichtlinie, die Lohndumping verhindere). Bei der Diskussion von Mindeststandards sei allerdings zu beachten, dass wohlhabendere Staaten an hohen Standards festhalten, um wohlfahrtsstaatliche Zuwanderung zu verhindern, während ärmere Staaten auf niedrige Sozialstandards drängen, um die daraus resultierenden Wettbewerbsvorteile zu nutzen und – trotz niedriger Produktivität – aufgrund niedriger Löhne und Sozialabgaben wettbewerbsfähig zu werden.⁴ Ribhegge resümiert, dass die Politik der EU in der Praxis darauf basiere, in einigen wenigen, konsensfähigen Bereichen Mindeststandards (Arbeitsschutz) durchzusetzen. Zudem sollen die nationalen Sozialsysteme in erster Linie mit dem Konzept des Gemeinsamen Marktes kompatibel gemacht werden, damit die vier Grundfreiheiten gewahrt bleiben.⁵ Die EU orientiert sich dabei – zumindest in Ansätzen – an dem auf einem ordoliberalen Fundament fußenden Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das – trotz unterschiedlicher Wahrnehmung, Auslegung und Praxis in den einzelnen EU-Staaten – durchaus als europäisches Referenzmodell angesehen werden kann.

Kurzer historischer Abriss

In der Geschichte der EU waren alle Vertragsverhandlungen hinsichtlich einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik durch heftige Auseinandersetzungen geprägt. Die Konkurrenz zwischen marktschaffenden und marktkorrigierenden vertraglichen Regelungsansätzen blieb stets entsprechend groß. Gab es im EWG-Vertrag von 1958 kaum sozialstaatliche gemeinschaftliche Kompetenzen⁶, so stellten sich mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986)⁷, dem Maastrichter Vertrag (1993)⁸ sowie den

⁴ Wilkiewicz, Zbigniew: Aspekte der „sozialen Gerechtigkeit“, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU. In: osteuropa wirtschaft, 2 (2007), S.122-129, S.129

⁵ Ribhegge, op.cit., S.15

⁶ Zu erwähnen ist der Titel VIII „Sozialpolitik, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend“ sowie die Einträge auf gleiches Entgelt für Frauen und Männer und das Recht auf bezahlte Arbeit.

⁷ Die Mitgliedstaaten berechtigen die Gemeinschaft mit qualifizierter Mehrheit durch Richtlinien Mindestvorschriften einzuführen, das Instrument des Sozialen Dialogs wird institutionalisiert. Titel XIV: „Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“ Ziel war die Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eine umfassende Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik.

Amsterdamer Vertrag (1998)⁹ entsprechende Fortschritte in den gesetzlichen Zuständigkeiten der EU (Arbeits-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik) ein. Die asymmetrische Grundarchitektur zwischen der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Kompetenzorganisation der EU blieb jedoch bestehen.¹⁰ Weder im Vertrag von Nizza noch in der Erklärung von Laeken (2001) taucht die europäische Sozialpolitik unter den zahlreichen Reformvorschlägen für eine Europäische Verfassung als eigenständiges Kapitel auf. Erst in den Konventsverhandlungen zur Europäischen Verfassung wurde sie im November 2002 von zahlreichen Konventsmitgliedern angemahnt. Eine deutliche Ausweitung der sozialpolitischen Kompetenzen der EU erwies sich schließlich aber nicht als mehrheitsfähig. Bekanntlich scheiterte die Europäische Verfassung an den in Frankreich, den Niederlanden und in Irland abgehaltenen Referenden. Besonders Fragen eines europäischen Sozialmodells spielten hierbei eine zentrale Rolle: „Der normative Maßstab für die linke Kritik am Verfassungsvertrag war das Modell einer Union, die dank Mehrheitsentscheidungen im Rat soziale Mindeststandards und eine Mindestbesteuerung definieren und damit ‚Sozialdumping‘ und einen ungezügelter Wettbewerb der Besteuerung mobilen Kapitals verhindern kann und zugleich ihre Fähigkeit zur wachstumsfördernden, wirtschaftspolitischen Koordinierung als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank stärkt.“¹¹ Schließlich wurde die intensiv diskutierte Option einer zumindest verstärkten symbolischen Betonung der sozialen Dimension des Verfassungsvertrags aber nicht berücksichtigt. Allerdings stärkte und präziserte man durch den Vertrag von Lissabon die soziale Dimension der EU: Ziele der Union sind demnach eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. (EUV, Art. 3,3) sowie eine hohe Beschäftigungsquote, ein angemessener sozialer Schutz, die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, ein hohes Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Gesundheitsschutzes (AEUV, Art.9). Die sozialpolitischen Kompetenzen der EU bleiben laut AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) aber weiterhin gering und werden durch das Subsidiaritätsprinzip nachhaltig eingeschränkt.

Modi und Instrumente des sozialpolitischen Regierens der EU

Hinsichtlich der strukturellen Faktoren der sozialpolitischen EU-Governance existieren mehrere Modi der Steuerung und Regulierung: Neben dem Primärrecht der EU sind dies Richtlinien und Verordnungen (Sekundärrecht der EU) als klassische Gesetzgebung. Daneben distributive Ansätze (Sozialfonds, Strukturfonds), der Soziale Dialog als

⁸ Verabschiedung des „Protokolls über die Sozialpolitik“, in dem eine Ausweitung der sozialpolitischen Kompetenzen der EU vereinbart wurde. Der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ widersetzten sich aber Großbritannien und Irland. Durch die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips wird Sozialpolitik in erster Linie zur Angelegenheit der Mitgliedstaaten.

⁹ Einführung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK), Kommission darf Empfehlungen aussprechen, hat aber keine Weisungsbefugnis und kein Sanktionspotential.

¹⁰ Soziales Europa unter den Bedingungen der Krise. Tagungsbericht des Symposiums vom 21. August 2012. Platzer, Hans-Wolfgang: Thesenpapier, S. 22-33, S.24; ders.: Konstitutioneller Minimalismus: die EU-Sozialpolitik in den Vertragsformen von Nizza bis Lissabon. In: Integration, 1 (2009), S.33-49

¹¹ Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: Integration, 3 (2005), S. 187-200, S. 193

Selbstregulierung der europäischen Sozialpartner, weiterhin Maßnahmen im Bereich der soft law (Empfehlungen, unverbindliche Rechtsakte, und schließlich die Offene Methode der Koordinierung (OMK)). Diese Vielfalt ist Konsequenz tiefgreifender ordnungs- und integrationspolitischer Konflikte, politischer Blockaden und schwieriger Kompromissbildungsprozesse. Davon zeugt die Tatsache, dass in allen Vertragsverhandlungen nach Maastricht bis hin zum Vertrag von Lissabon ein substanzieller sozialpolitischer Kompetenztransfer auf die EU-Ebene blockiert blieb. Weiterhin sind es die Positionen der einzelnen nationalen Regierungen, von denen die sozialpolitischen Einigungschancen im Rat abhängen. Bindende Rechtsakte werden nur dann und nur in jenen Bereichen verabschiedet (Arbeitsrecht), in denen die EU die explizite Zuständigkeit besitzt, wobei man über eine qualifizierte Mehrheiten verfügen muss.¹² Auch ist in diesem Kontext zu beachten, dass es sich als ausgesprochen schwierig erweist, supranationale produktionsbezogene Standards zu verabschieden, da sie für Unternehmen vor allen Dingen Kosten verursachen.¹³ Das heißt, dass Kernbereiche nationaler Sozialpolitik (Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik) weichen Regierungsformen (OKM) überlassen werden und somit der negativen (marktöffnenden) Integration unterworfen sind.¹⁴

Probleme der Koordinierung und Harmonisierung

Durch die extreme wirtschaftliche und sozialpolitische Ausdifferenzierung und Vielfalt der Mitgliedstaaten der EU-27 – besonders nach den Osterweiterungen 2004 und 2007 – erweisen sich Koordinierung und Harmonisierung der europäischen Sozialpolitik als extrem schwierig.¹⁵ Die Hoffnung mit Hilfe von Mindeststandards nach Art. 153 AEUV und durch die Kohäsionspolitik eine annähernd gleiche soziale Situation und Konvergenz in der EU verwirklichen zu können, erweist sich als trügerisch, die Lebensverhältnisse in der EU bleiben unterschiedlich – und die Divergenzen nehmen angesichts der Finanzkrise und den anhaltenden Krisen in den südeuropäischen Mitgliedstaaten noch erheblich zu. Die vor allem durch die Finanzkrise (2008) hervorgerufene Verschuldung der Mitgliedstaaten Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Irland, die weiterhin kritische Situation der sog. GIPSI-Staaten insgesamt – trotz Rettungsschirmen und dem auf Austerität ausgelegten Europäischen Fiskalpakt – bieten so betrachtet nur wenig Raum für eine aktive europäische Sozialpolitik. Verstärkt wird die Krise der europäischen Sozialpolitik zudem durch die zunehmende Alterung der europäischen Gesellschaften sowie die weiterhin hohen Arbeitslosenquoten. Unabhängig davon haben wir es zusätzlich mit einem systemischen Problem zu tun, das Hermann Ribhegge als magisches Dreieck von Sozialstaat, Freizügigkeit und Gleichstellung bezeichnet. Diese drei Ziele der EU seien nicht gleichzeitig zu verwirklichen, da alle Mitgliedstaaten der sozialpolitischen Autonomie

¹² Platzer, Thesenpapier, op. cit., S. 27

¹³ Bähr, Holger, Treib, Oliver, Falkner, Gerda: Von Hierarchie zu Kooperation? Zur Entwicklung von Governance-Formen in zwei regulativen Politikfeldern der EU. In: Trömmel, Ingeborg (Hg.): Die Europäische Union. Governance und Policy-Making. Wiesbaden 2008, S. 92-115, S. 108

¹⁴ Treib, Oliver, Leiber, Simone, op. cit., S. 548

¹⁵ Vgl.: Sozialkompass Europa: <http://www.sozialkompass.eu/laenderauswahl.php>

den Vorrang geben und sie den beiden anderen Zielen unterordnen.¹⁶ Damit rückt eine stärkere Harmonisierung der europäischen Sozialpolitik zunächst in weite Ferne. Unabhängig von den nationalstaatlichen Egoismen bleibt sie aber auch angesichts der politischen Machtverhältnisse im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament angesichts der massiven sozialen Turbulenzen in Gesamteuropa zwar wünschenswertes und notwendiges, aber nur schwer durchsetzbares Desiderat.¹⁷

Rechtsetzung

Der sozialpolitische *aquis communautaire* bedient im Bereich der EU-Gesetzgebung (Sekundärrecht) in erster Linie wettbewerbs- und mobilitätsbezogene Erfordernisse (Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, berufliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen, Mindestschutz bei Massenentlassungen und Betriebsübergang). Im Rahmen der Binnenmarktregulierung handelt es sich hierbei um Mindeststandards. Seit Maastricht spielt der multisektorale Soziale Dialog eine wichtige Rolle, zumal es hier einige Ergebnisse gibt, die durch Ministerratsbeschluss auch in EU-Recht umgesetzt wurden: Elternurlaub (1996), Teilzeitarbeit (1997), befristete Arbeitsverträge (1999). Im 21. Jahrhundert wurden das Rahmenabkommen über Telearbeit (2002) sowie Rahmenvereinbarungen zu „Lebenslanges Lernen“ (2002), zum „Stress am Arbeitsplatz“ (2004), schließlich eine Vereinbarungen über Gender (2005) und über Belästigungen am Arbeitsplatz (2007) beschlossen. Es handelt sich hierbei allerdings um autonome Abkommen, die „weichen“ Materien gelten, und durch die Tarifpartner der jeweiligen Nationalstaaten arbeitsrechtlich verankert werden müssen. Dass es dabei allerdings massive Probleme der Rechtsbefolgung gibt und die Umsetzung arbeitsrechtlicher Richtlinien in nationales Recht völlig unzureichend ist, weisen maßgebliche empirische Untersuchungen eindrucksvoll nach.¹⁸

Offene Methode der Koordinierung

Sowohl auf multisektoraler als auch sektoraler Ebene ist der Soziale Dialog in der EU vor allem durch „weiche“ Steuerungsformen geprägt: Anstelle verbindlicher Kollektivvereinbarungen durch verhandelte Gesetzgebung treten unverbindliche Zielvorgaben ohne Sanktionierung bei fehlendem Fortschritt. Zwar sind Arbeitgeber und Gewerkschaften in die Formulierung und Gesetzgebung des EU-Arbeitsrechts einbezogen worden, allerdings ist es dadurch nicht zu einer Stärkung europaweit gültiger sozial- und arbeitspolitischer Standards gekommen. Die größere Bedeutung weicher Steuerungsformen findet auch in der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) ihren Ausdruck, die in der Lissabon-Strategie ausgiebig genutzt und 2010 für die „Europa 2020-Strategie“ fortgeschrieben wurde. Die nach Lissabon diskutierten Optionen zu einer Härtung dieses Governance-Prozesses waren nicht mehrheitsfähig.

¹⁶ Ribhegge, Herman: Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Heidelberg 2011, S. 283

¹⁷ Hemerijck, Anton: Ein wachsendes Europa ist ein Europa der sozialen Investitionen! In: Sozial Agenda, 33 (Mai 2013), S. 26; Riesbeck, Peter: Die späte soziale Agenda. In: Berliner Zeitung, 26. 06. 2013

¹⁸ Treib, Oliver, Leiber, Simone, op. cit., S. 547-548

Die OMK, die auch noch auf andere Politikbereiche ausgedehnt wurde, wird in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert. Einerseits stehen diskursive, nicht hierarchische Steuerungsformen für „gutes“ und „modernes“ Regieren und entsprechen der deliberativen Politik der EU, andererseits wird durch die OMK die Komplexität und Verfahrensvielfalt im Hinblick auf politische Entscheidungen in der EU erhöht. Strittig ist die Grundsatzfrage, ob durch diese offene Form der Governance tatsächlich eine produktive „europäische Synthese“ nationalstaatlich positiver – also markteinschränkender – Reformverfahren generiert werden kann oder ob die OMK-Verfahren nicht eher auf ein wettbewerbsgetriebenes EU-weites sozialpolitisches Down-Sizing abzielen. Auch besteht die Gefahr der Stärkung unverbindlicher bürokratischer selbstreferentieller Prozesse ohne konkrete Resultate für die Politikgestaltung.¹⁹

Wettbewerbsorientierung der EU-Sozialpolitik

Die in politökonomischen Ansätzen diagnostizierten Defizite der EU-Sozialpolitik machen trotz der oben beschriebenen Anstrengungen deutlich, dass die in der EU immer weiter vorangetriebene Marktöffnung mittlerweile auch Kernbereiche der Wohlfahrtspolitik der Mitgliedstaaten berührt. Einerseits wird die marktschaffende (negative) Integration durch EU-Rechtsetzung vertieft, andererseits unterliegt eine supranationale Sozialpolitik ständigen Blockaden: dadurch haben wir es anstelle eines auf EU-Ebene regulierten sozialpolitischen Wettbewerbs verstärkt mit einem Wettbewerb sozialpolitischer Regeln der Mitgliedstaaten zu tun. Die weichen Regulierungsinstrumente der EU (Flexicurity-Konzept) sind nicht in der Lage, dem Trend zum Wettbewerbsstaat entgegenzuwirken.²⁰

Dieser Wettbewerb der Wohlfahrtsstaaten stellt – wie eingangs beschrieben – zwar ein (neo)liberales Konstrukt dar, wurde aber auch von der europäischen Sozialdemokratie Ende der 1990er Jahre präferiert. So im Konzept des Vordenkers des „Dritten Weges“, Anthony Giddens²¹ (1998), das von Anthony Blair in das Konzept des „New Labour“ übernommen wurde. Nicht zuletzt spiegelt sich diese Entwicklung auch in den unter Gerhard Schröder durchgesetzten deutschen Sozialreformen wider. Dazu gehörten als Kernelemente – neben der Verpflichtung der EU-Staaten zu einer verantwortlichen Haushaltspolitik – die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine stärkere Arbeitsmarktflexibilität, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie gezielte Aktivierungsprogramme für einzelne Bevölkerungsgruppen (employability). Das neue Leitbild des Wettbewerbsgedankens definiert die EU von nun an als ökonomischen Zweckverbund, in dem die sozialpolitische Integration – im Unterschied zu den unter

¹⁹ Botzenhardt, Friederike: Offene Methode der Koordinierung für Gesundheit und Langzeitpflege – sind quantifizierte Ziele der richtige Weg? In: Devetzi, Stamatia, Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.): Offene Methode der Koordinierung und Europäisches Sozialmodell. Interdisziplinäre Perspektiven, Stuttgart 2009, S. 252-263, S. 263

²⁰ Ziltener, Patrick: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster 1999

²¹ Giddens, Anthony: The third way. The renewal of social democracy. Cambridge 1998

Jacques Delors Mitte der 1990er Jahre entwickelten Vorstellungen – als nachrangig betrachtet wird.²²

So betrachtet stellt sich das Europäische Sozialmodell als Konkurrenzprodukt nationaler Wohlfahrtsstaatsmodelle dar, die zu einem Wettbewerbsfaktor unter vielen degradiert werden. Führend ist dasjenige Modell, das am meisten Arbeitsplätze schafft und die soziale Sicherheit soweit zurückbaut, dass das Marktgeschehen nur minimal beeinträchtigt wird. Die OMK dient nach Ansicht ihrer entschiedenen Kritiker demnach vornehmlich dazu, das am besten an die Marktintegration adaptierte Wohlfahrtsmodell zu identifizieren.²³

Eine europäische Sozialunion?

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Bedingungen der Arbeitswelt und die hieraus resultierenden Herausforderungen für die sozialen Systeme in der EU massiv verändert. Dies ist nicht nur dem auf die EU einwirkenden externen Globalisierungsdruck und den sich weltweit durchsetzenden neoliberalen Wirtschaftspolitiken geschuldet, sondern ergibt sich auch aus der Konstruktion der EU, die sich primär als Wirtschaftsgemeinschaft versteht, aber bislang keine koordinierte Wirtschafts- oder Sozialpolitik betreibt. Die Schwächen dieser Konstruktion treten nach Auffassung ihrer Kritiker aufgrund der seit 2008 anhaltenden Weltwirtschaftskrise nun ganz offen hervor: das Fehlen einer Wirtschaftsregierung, die Konjunkturerbrüche bekämpfen kann, das Dilemma der EZB, die trotz der Heterogenität der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedstaaten nur einen Zinssatz für die Eurozone festlegt könne und damit für manche Länder falsch Anreize setzt, die inzwischen außer Kraft gesetzte No-bail-out-Klausel, die ein gemeinsames Schuldenmanagement (Eurobonds, gemeinsame Schuldengarantie) in der Eurozone verhindert sowie das System der Wettbewerbsstaaten, das die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zwischen den Mitgliedstaaten im hohen Maße mitverursacht.²⁴ Allerdings werden in wissenschaftlichen sowie politischen Diskurs als Verursacherkette der Euro-Krise auch andere Faktoren benannt: Die Fehlentwicklungen nicht regulierter globaler Finanzmärkte als Erbe der neoliberalen Ära, das Ausufern chronischer Schuldenlasten der Mitgliedstaaten, die politischen Systemdefekte und das „falsche“ Spiel (Missachtung der Maastricht-Regeln) einzelner EU-Mitglieder, die makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone infolge gravierender Mängel im institutionellen Design der Wirtschafts- und Währungsunion. Mittlerweile – so etwa Platzer – habe sich die Erzählung „Staatsschuldenkrise“ als dominantes Erklärungsmodell der Krisenursachen durchgesetzt. Diese verkürzte Sichtweise führe allerdings nicht nur zu politisch suboptimalen und sozial unausgewogenen Lösungsansätzen, sondern versperre

²² Hacker, Björn: Wettbewerbsfaktor Wohlfahrtsstaat: eine Annäherung an das vorherrschende Europäische Sozialmodell. In: *Integration*, 1 (2011), S. 63-78, S. 77

²³ Hacker, Björn: *Das liberale Europäische Sozialmodell. Rentenreformen in der EU und die Offene Methode der Koordinierung*. Baden-Baden 2010

²⁴ Busch, Klaus, Hermann, Christoph, Hinrichs, Karl, Schulten, Thorsten: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. In: *FES, Internationale Politikanalyse* (November 2012), S. 3

auch den Blick auf einen tiefgehenden Reformbedarf des EU-Systems.²⁵ Besonders angesichts der anhaltenden Krise und der gefährlichen Schieflage der sog. GIPSI-Staaten ist er in der EU zu einer beachtlichen Vertrauenskrise gekommen.²⁶ Die Griechenland und anderen EU-Staaten von der sog. Troika auferlegten Sparzwänge verbunden mit einer strikten Austeritätspolitik führten zu schweren sozialen Verwerfungen in den betroffenen Staaten und zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise mit erheblichen Arbeitslosenquoten. Aufgrund ihrer hohen Verschuldung fällt es betroffenen Unternehmen schwer, an Kredite mit vertretbaren Zinssätzen zu kommen, so dass sie sich mit Investitionen zurückhalten. Zudem zeichnet sich das aktuelle Krisenmanagement der EU durch strategische Fehlkalkulationen mittels ineffizienter ad-hoc Entscheidungen aus, die zudem demokratisch kaum legitimiert sind. Damit schwindet weiteres Vertrauenspotenzial bei den Bürgerinnen und Bürgern der Union. Die Gesellschaften der Krisenländer protestieren massiv gegen die mit der wirtschaftlichen Sanierung ihrer Wirtschaften verbundenen Sparpolitik und die hieraus resultierenden sozialen Härten, in den Gesellschaften der Geberländer verliert man aufgrund der bereits erfolgten Transfers und Bürgschaften die Geduld mit den „reformunfähigen“ Krisenstaaten.²⁷ Da die aktuelle Krisenbewältigung und Reformpolitik keineswegs dem Staatswerdungsszenario, sondern vielmehr dem Szenario des „Muddling Through“²⁸ entspricht, das einseitig auf Kosten der sozialen Integration und nationaler Demokratiequalität gehe, müsse – so zum Beispiel Ulrike Liebert – das politische Projekt eines demokratischen und sozialen Europa als Alternative entwickelt werden.²⁹ Für das soziale Europa gebe es funktionale, normative und empirische Argumente. So sei die Stärkung des sozialen/gesellschaftlichen Zusammenhalts Voraussetzung für eine effektive und legitime politischen Union Europas. Die europäische soziale Union, als deren integrativer Bestandteil, könne als Barriere gegen Sozialdumping fungieren und die Sicherung nationaler sozialstaatlicher Autonomie garantieren. Auch bilde sie die Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschafts- und Währungsunion. Allerdings – so Liebert – reichen funktionale und instrumentelle Begründungen nicht aus, vielmehr müsse das normative Argument der Verteidigung sozialer Normen als Leitbild hervorgehoben werden. In den letzten Jahren habe sich überdies gezeigt, dass ein soziales Europa durchaus auch empirisch verwirklicht werden könne. Zum Beispiel im Kontext mit dem Konflikt um die Dienstleistungsrichtlinie, als es seitens der Gewerkschaften europaweit Massendemonstrationen kam, um deren Verabschiedung zu verhindern.

²⁵ Platzer, Hans-Wolfgang: Vom Euro-Krisenmanagement zu einer neuen politischen Architektur der EU? In: FES, Internationale Politikanalyse (Juni 2012), S. 3

²⁶ Kruber, Klaus-Peter: Die Zukunft des Euro – alles wird gut? In: Varwick, Johannes (Hg.): Die Europäische Union. Krise, Neuorientierung, Zukunftsperspektiven. Schwalbach/Ts. 2011, S. 61-73

²⁷ Heise, Arne: Europa braucht eine neue Integrationskultur. In: orientierungen, 130 (Dezember 2011), S. 13-19

²⁸ Varwick, Johannes: Krise und Zukunft der Europäischen Integration. In: ders.(Hg): Die Europäische Union, Schwalbach/Ts., 2011, S. 12-38, S. 31

²⁹ Soziales Europa unter den Bedingungen der Krise. Tagungsbericht des Symposiums vom 21. August 2012. 4. Soziales Europa: Zukünftige Strukturen und Inhalte – Impulse für ein soziales Europa aus Sicht der Wissenschaft. 4.1 Vortrag Ulrike Liebert, S. 37-40, S. 37

Im Hinblick auf die diversen wohlfahrtsstaatlichen Regimes in der EU (kontinental, sozialdemokratisch, angelsächsisch) ergebe sich für alle drei Typen das gemeinsame Problem einer Gefährdung der sozialen Sicherheit, denn der exogene Konsolidierungsdruck mit der hieraus resultierenden Lohndämpfung und Arbeitslosigkeit greife besonders tief in die nationalen sozialen Sicherungssysteme ein. Es stellt sich also die Frage, ob und wie man angesichts einer solchen Diversität ein soziales Europa entwickeln könne? Liebert setzt dabei weder auf Harmonisierung noch Homogenisierung oder den sog. kleinsten gemeinsamen Nenner. Ihr Modell der Sozialunion besteht vielmehr aus vier Basiskomponenten: einer Modernisierung der umlagefinanzierten Systeme, einer sozialen Sicherung durch Etablierung nachhaltiger Finanzsysteme (besonders im Hinblick auf die angelsächsischen Staaten), einer aktiven sozialen Investitionspolitik (Sozialpolitiken, die eine aktive Bildungs-, Humankapital- und Sozialkapitalpolitik betreiben) sowie die Herausbildung einer Solidaritätskomponente. Transfers bei Gefährdungssituationen sollten allerdings auf Basis der Reziprozität erfolgen, es soll kein dauerhafter Umverteilungsmechanismus geschaffen werden. Im komplex, komplementär und dynamisch konzipierten System der Sozialunion sei nur an begrenzte Haushaltstransfers und Stützungsmaßnahmen horizontaler Art gedacht, eine permanente Umverteilung sei kontraproduktiv. Große Bedeutung komme hingegen im Hinblick auf Bildungsaufgaben einer investiven Sozialpolitik zu. Anzustreben sei darüber hinaus eine hochwertige Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben sowie ein späterer und flexibler Eintritt in den Ruhestand.

Ohne die Überwindung der aktuellen Krise und ohne ein nachhaltiges Finanzsystem sei eine robuste Sozialpolitik allerdings weder auf nationaler noch auf sozialer Ebene machbar. Nötig sei ein Finanzsystem, das über die Bereitstellung entsprechende Mittel ökonomisches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der natürlichen Umwelt sichere. Natürlich sei der Weg bis zur Einlösung dieser Ziele noch sehr weit. Angesichts der Krise fordert Liebert allerdings „mutige Sofortmaßnahmen“, die einen Rettungsschirm mit Bankenlizenz, eine Teilvergemeinschaftung von Altschulden, eine Neuverschuldung mit Eurobonds sowie den Abbau von Systemrisiken durch eine Banken- und Finanzmarktregulierung beinhalten könnten.³⁰

Resümee

Es ist offensichtlich, dass man für die Verwirklichung dieses Konzepts oder anderer sozialstaatlicher Modelle entsprechende Mehrheiten im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament braucht. Danach sieht es aber aktuell und auch in absehbarer Zeit nicht aus. Auch ist klar, dass es neben den parteipolitischen Konfliktachsen im sensiblen sozialstaatlichen Diskurs ebenfalls die nationalstaatlichen Wirtschaftsinteressen und Egoismen gibt, die in einem langen Willensbildungsprozess und unter Einbeziehung der Bürger/innen aller EU-Staaten überwunden werden müssten. Der zwischenstaatlichen Solidarität sind aber bislang recht enge Grenzen

³⁰ *Ibid.*, S. 40

gesetzt.³¹ Die bisher dominante, strikte Ablehnung der viel diskutierten Eurobonds sowie die Befürchtung, einer Transferunion den Weg zu ebneten, haben dazu geführt, dass man sich in der EU letztendlich auf den sog. Six Pack (8. Nov. 2011), den Euro-Plus-Pakt (25. März 2011) und den Fiskalvertrag (2 März 2012) sowie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (16. November 2012) einigte, uns somit auf gesetzliche Instrumente, die durch entsprechende Kontrollen und Sanktionsmechanismen das nationale Budgetrecht stärker in den Dienst nehmen als dies zuvor der Fall war.³² Ob sich die von elf EU-Mitgliedstaaten beschlossene Transaktionssteuer in der geplanten Form durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Dass eine supranationale europäische Regulierung der Finanzmärkte unabdingbar ist, scheint dabei außer Zweifel zu stehen. Inwiefern sich eine effektive europaweite Unternehmenssteuerharmonisierung, ein sozialer Stabilitätspakt oder ein Wachstumspakt vereinbaren und im Europarecht verankern lassen, wird die Zukunft zeigen.³³ Im Moment scheint es sich hierbei noch um ferne Zukunftsmusik zu handeln. Andererseits braucht das krisenerschütterte Europa eine neue positive Narration, die über die ältere, noch immer gültige Erzählung der Friedenssicherung hinausreicht. Die Festigung, Entwicklung und der Ausbau eines tragfähigen europäischen Sozialmodells stellt für die Zukunft der EU nicht nur eine normative Verpflichtung dar, sondern entpuppt sich zusehends als existenzielle Herausforderung. Sie sollte deshalb nicht – wie so oft geschehen – als (konkrete) Utopie abgetan werden, sondern als zentrale politische Aufgabe, die das nationale und soziale, mit starken Demokratieverlusten verbundene Auseinanderdriften des Kontinents eindämmen kann.

³¹ Vgl. insbesondere die deutsch-französische Kontroverse im Hinblick auf die Lösung der Euro-Krise: Schild, Joachim: Politischer Führungsanspruch auf schwindender Machtbasis: Frankreichs Europapolitik unter François Hollande. In: *Integration*, 1 (2013), S. 3-16

³² Heinemann, Friedrich, Moessinger, Marc-Daniel, Osterloh, Steffen: Feigenblatt oder fiskalische Zeitenwende? Zur potentiellen Wirksamkeit des Fiskalvertrags. In: *Integration*, 3 (2012), S. 167-182, S. 181-182

³³ Platzer, Hans-Wolfgang: Vom Euro-Krisenmanagement, op. cit., S. 19

Elżbieta Maćczyńska

Gebrochene Absprachen als institutionelles Syndrom

Einleitung: Die Wirtschaft wird in der Gegenwart von sich verstärkenden Symptomen einer sozioökonomischen Unordnung bestimmt, vor allem durch das für die Effizienz des Wirtschaftens sowie das gesellschaftliche Leben besonders destruktive Phänomen des Vertrags- und Vertrauensbruchs. Auf diese disharmonische Entwicklung der Welt und das globale Ungleichgewicht hat schon vor zwanzig Jahren Lester Thurow in dem 1996 veröffentlichten Buch „Zukunft des Kapitalismus: Wie die ökonomischen Kräfte von heute die Welt von morgen gestalten“¹ aufmerksam gemacht. Der Autor verweist auf gleichzeitige „tektonische“ Bewegungen von fünf „ökonomischen Platten“, „subkutane Kräfte der Veränderung“, das heißt den Niedergang des Kommunismus, was der Konzeption des zurückschwingenden Pendels entsprechend für einen unkritischen Glauben an die neoliberale Doktrin sorgte. Dies alles vollzog sich angesichts technologischer Umbrüche, ungünstiger demografischer Entwicklungen, fortschreitender Globalisierung und der Veränderung der globalen Machtverhältnisse.

Gegenwärtig kommen zu jenen fünf „Platten“ noch weitere hinzu, wodurch die globale Wirtschaft zusätzlich tiefe Erschütterungen und Paradoxa erfährt. Eines davon ist das sog. *Lucas-Paradoxon*. Robert Lucas, Nobelpreisträger für Wirtschaft, wies 1990 auf den Umstand hin, dass das Kapital hauptsächlich zwischen hochentwickelten Ländern hin und her fließe, und nicht von reichen zu armen Staaten. Spätere Forschungen zeigten jedoch, dass das Kapital hauptsächlich nicht von stärker entwickelten zu weniger entwickelten Ländern fließt, sondern umgekehrt – wie das die spektakuläre Verschuldung der USA gegenüber China zeigt². Außerdem – ebenfalls ein aktuelles Paradoxon – wird die wissensbasierte Wirtschaft nicht zu einer vernunftbasierten, was auch in der wachsenden Dichotomie zwischen Wissen und Vernunft zum Ausdruck kommt³.

Eine der Ursachen für dieses Paradoxon, die gleichzeitig die gefährlichste zusätzliche „tektonische Platte“ darstellt, ist die Übersättigung und Perversion des Finanzsektors, die von einer drastischen Verkürzung des Zeithorizonts bei wirtschaftlichen Entscheidungen und dem Schwinden strategischen Denkens begleitet wird. Hieraus ergibt sich ein in vielen Ländern bestehendes Finanzchaos, ein tief reichendes finanzielles Ungleichgewicht, was zu einem hohen Haushaltsdefizit führt und in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum BIP für eine immer höhere öffentliche Verschuldung sorgt. (Probleme der wachsenden Verschuldung und der Dysfunktion des

¹Thurow, L. C.: „Przyszłość kapitalizmu: Jak dzisiejsze siły ekonomiczne kształtują świat jutra“, Wrocław 1999

²Lucas, R.: Why doesn't Capital flow from Rich to Poor Countries? In: *American Economic Review* 80 (2), S. 92–96; M. Schularick: "The Lucas Paradox and the Quality of Institutions: Then and Now" http://www.jfki.fuberlin.de/faculty/economics/team/persons/schularick/Lucas_discussion_paper_FUB.pdf. Retrieved 21 February 2011

³Kukliński, A.: (2011), Od gospodarki opartej na wiedzy do gospodarki opartej na mądrości. Na spotkanie z enigmą XXI wieku, „Biuletyn PTE”, nr 2

Finanzsektors sind u.a. Gegenstand des Buches „Illegale Schulden. Wie Banken die Demokratie steuern“⁴).

Zahlreiche negative Erscheinungen bestätigen die Dysfunktion der Wirtschaft von heute. Zu den extremsten gehört die Bedrohung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen durch Anomie, was mit wachsenden Turbulenzen und der Häufung von Wirtschaftskrisen, mit den Unregelmäßigkeiten bei der Bewertung von Arbeit und bei der Taxierung des Marktwerts von Unternehmen, mit Arbeitslosigkeit und der immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich einhergeht. Ganz zu schweigen von der Beeinträchtigung des ökologischen Gleichgewichts. Unter den bedrohlichsten Dysfunktionen schiebt sich das Phänomen der sog. „kurzen Terminierung“ an die Spitze, also die Verkürzung des Zeithorizonts bei Entscheidungen, die verschiedene Bereiche des sozioökonomischen Lebens betreffen, besonders bei Investitionen. Dies wird gerade durch die Marginalisierung langfristigen Prognostizierens und strategischen Denkens bestätigt, was zu steigender Verschuldung und zu einem Leben auf Kosten zukünftiger Generationen beiträgt. Am deutlichsten erkennbar am Anwachsen kurzfristiger, spekulativer Finanzinvestitionen, nicht selten auf Kosten des Produktionssektors und im Bereich öffentlicher Güter, und damit auf Kosten der Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen.

Die Gefahren, die sich aus einer zu großen Verschuldung ergeben, und damit auch das erhöhte Risiko, diese Schulden zurückzahlen zu können, wurde besonders durch den Bankrott Griechenlands bestätigt, aber ebenso durch die Blockierung der Bankkonten auf Zypern, was nichts anderes als Vertrags- und Rechtsbruch bedeutete⁵. Erscheinungen dieses Typs, der Nichtrespektierung des Rechts und der Nichteinlösung von Absprachen, ist die Publikation János Kornais *Breaking promises* gewidmet⁶. Mit dieser Frage beschäftigt sich auch der vorliegende Beitrag, der sich auf Kornais Buch bezieht. Das Brechen von Absprachen ist m.E. eines der bedrohlichsten Phänomene institutioneller Schwäche, auch im Hinblick auf den Staat. Dies ergibt sich einerseits aus der neoliberalen Doktrin, in der die Rolle des Staates marginalisiert wurde, und ist andererseits eine Folge der Vernachlässigung der Theorie des Ordoliberalismus, in der der Staat zur Sicherung der sozioökonomischen Ordnung beiträgt.

In meinem Beitrag gehe ich davon aus, dass die Dysfunktionen der heutigen Wirtschaft auf gesellschaftliche Nichtanpassungen zurückgehen, so aufgrund der Indoktrinierung

⁴Chesnais, F.: *Bezprawne Długi*. Warszawa, 2012

⁵„Die Regierung in Nikosia fror die Konten in allen dortigen Banken ein, auch das Konto der polnischen Botschaft. All dies geschah, um die Konten zu besteuern. Dies widerspricht der Wiener Konvention, deren Artikel 35 bestimmt, dass diplomatische Konten solchen Maßnahmen nicht unterliegen“: *Zablokowane konto polskiej ambasady na Cyprze*; http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114871,13589343,Cypr__Zablokowane_konto_polskiej_ambasady__To_niezgodne.html, 19.03.2012

⁶Diese Veröffentlichung war Gegenstand der Debatte auf der Konferenz u.d.T. „20 Years of Economic Reforms in Central and Eastern Europe“, die am 08. 02.2013 von der *Pan-European University* in Bratislava organisiert wurde: <http://www.paneuouni.com/en/about-peu/news/20-years-economic-reforms-central-eastern-europe.html>, hier J. Kornai, *Breaking Promises*, Februar 2013 (Text auf der Seite des Autors: www.kornai-janos.hu; Mączyńska, E.: *BREAKING PROMISES AS A SYNDROME OF INSTITUTIONAL DISORDER*, Februar 2013 (Der Text wurde in den Konferenzmaterialien veröffentlicht)

des sozioökonomischen Lebens⁷. Dies macht die Suche nach neuen Lösungen notwendig. Deren Basis kann die ordoliberalen Theorie als Gegengewicht zur neoliberalen Doktrin darstellen⁸. Deren Versagen kam besonders durch die im Jahre 2007/2008 in den USA ausgelöste globale Finanzkrise zum Ausdruck. Grundlage des Ordoliberalismus als theoretischer Strömung der Ökonomie ist die Idee der „ordo“, deren Wesen darin besteht, eine Ordnung zu schaffen, die der Natur des Menschen entspricht und wirtschaftliches Gleichgewicht garantiert⁹. Der lateinische Begriff *ordo* wird in der europäischen, aber auch in der ostasiatischen Gesellschaftsphilosophie als Gegensatz zu Anarchie und Chaos interpretiert. Er hat einen normativen Charakter und ist demnach als Desiderat zu verstehen¹⁰. Seine Eigenschaften sprechen dafür, dass er sich als Instrument gegen für sozioökonomische Unordnung eignet.

2. Gebrochene Absprachen – eine demoralisierende institutionelle Heuchelei

Immer häufiger haben wir es im sozioökonomischen Bereich mit dem Phänomen des Nichteinhaltens von Verträgen und gebrochenen Absprachen zu tun, was einen destruktiven Faktor für die wirtschaftliche und soziale Ordnung darstellt. János Kornai zeigt, wie gefährlich und weitreichend die Konsequenzen sein können. Er illustriert dies an Beispielen aus Ungarn und hebt hervor, dass gebrochene Absprachen nicht nur Vertrauensverlust gegenüber Personen oder Institutionen bedeuten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sondern auch einen Dominoeffekt auslösen, der eine weitreichende Vertrauenserosion hervorruft. Dies bedroht die Grundlagen der Demokratie. Demokratische Systeme basieren bekanntlich auf dem Vertrauen zu Personen und Institutionen, die gewählt werden. Vertrauensverlust wirkt sich also negativ auf das Wahlverhalten aus und führt ganz offensichtlich zur Schwächung der Demokratie. Wesentlich ist dabei, dass man leicht und manchmal sehr schnell an Vertrauen verlieren kann, dass man es aber erst nach langen Jahren, manchmal erst nach Generationen zurückgewinnt. Vertrauensverlust kann man mit einer spezifischen Form von Infektion vergleichen, die sich – unbehandelt – zu einer Epidemie, ja sogar zu einer Pandemie entwickeln kann, mit Generationen übergreifenden Negativfolgen.

Die besondere Bedeutung der Vertrauensproblematik für das sozioökonomische Leben findet darin ihren Ausdruck, dass man gerade die Vertrauenskrise für einen der fundamentalen Katalysatoren der gegenwärtig herrschenden globalen Wirtschaftskrise hält. Deren Beginn wird bekanntlich auf den Bankrott der Bank Lehman Brothers im

⁷Maczyńska, E.: *Ekonomia w warunkach gospodarki nietrwałości*. In: *Biuletyn Ekonomiczny PTE*, 2011, 2, S. 35-47

⁸Einen komplexen wissenschaftlichen, wenn auch kontroversen Versuch, das Wesen und die historischen Wurzeln sowie die Evolution des Neoliberalismus zu entwirren, stellt das von Philip Mirowski und Dieter Plehwe herausgegebene Buch *The Road From Mont Pelerin: The Making of Neoliberalism*: Harvard University Press, 2009, dar.

⁹Pysz, P.: *Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej Waltera Euckena*. In: *Ekonomista*, 2007, 3, sowie Pysz, P.: *Spoleczna gospodarka rynkowa. Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej*. Warszawa 2008.

¹⁰Eucken, W.: *Nationalökonomie – Wozu?!*; Küpper, R.: *Godesberg 1947 sowie Eucken, W.: Podstawy polityki gospodarczej*. Poznań 2005

September 2008 datiert¹¹. Vertrauen bildet für das Geschäftsleben und eine harmonische sozioökonomische Entwicklung eine Art Schmiermittel. Im Rahmen eines Geldsystems, das nicht auf Gold, sondern auf Papiergeld – und zudem in hohem Maße auf Para-Geld (*fiat money*) – basiert, ist Vertrauen von fundamentaler Bedeutung. Das gesamte Geldsystem, und damit der gesamte „Blutkreislauf“ der Wirtschaft basiert weitgehend auf Vertrauen. Mangelndes Vertrauen stört und vergiftet diesen Blutkreislauf, was im Extremfall zu einer tödlichen Bedrohung führen kann. Gerade eine solche Bedrohung stellen gebrochene Absprachen und Verpflichtungen in der Sozioökonomie dar. Sie können zum Bankrott von Unternehmen und Konsumenten führen. Hinzu kommt, dass gebrochene Absprachen nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Wesentlich gefährlicher und destruktiver sind die gesellschaftlichen Konsequenzen.

Deshalb mahnt Kornai durch die Hervorhebung dieses Themas nicht nur Ungarn, sondern die ganze Welt vor dieser gefährlichen Bedrohung. Gebrochene Absprachen führen zwangsläufig zur Vertrauenskrise, die elementare geschäftliche und zwischenmenschlichen Beziehungen zerstört, aber auch die Grundlagen des demokratischen Systems in Frage stellt. Denn im Unterschied zu Diktaturen oder autoritären Systemen basiert die Demokratie auf Gesellschaftsverträgen. Demnach kann die Vernachlässigung selbst des geringfügigsten Elements dieses Systems, die Nichterfüllung der Bedingungen des unbedeutendsten Vertrags zu einer allmählichen Erosion der Demokratie führen.

Im Zusammenhang mit den von Kornai angeführten Beispielen gewinnt eine gegenwärtig massiv ignorierte Mahnung besondere Bedeutung: „*Don't let money change you!*“. Denn fast alle Typen gebrochener Absprachen haben etwas mit Geld zu tun. Dies betrifft nicht nur die Privatsphäre und das Geschäftsleben, sondern auch das öffentliche Leben, besonders die öffentlichen Finanzen. Hier passt deshalb auch die Redewendung, dass, wenn man nicht weiß, worum es geht, es um Geld gehen muss. Die Gegenwart ordnet sich heute aber eher dem Motto „*Money makes the world go around*“ unter, aber auch dem in der Finanzwelt (zumindest bis zum Bankrott der Lehman Brothers) gültigen Grundsatz, dass *Gier gut ist*. Deshalb zahlt die von Prof. Kornai charakterisierte Person den von ihr aufgenommenen Kredit nicht zurück, und zögert auch nicht, das Vertrauen der Kollegen zu missbrauchen, die diesen Kredit finanziert haben und deshalb weitreichende, nicht nur finanzielle Konsequenzen tragen müssen. Und das nur deswegen, weil der Kreditnehmer seinen Kredit nicht zurückzahlt. So ein Fall kann leicht als Einzelfall bagatellisiert werden, aber er ist nur oberflächlich betrachtet unbedeutend. Denn außer den ökonomischen Konsequenzen sind die destruktiven sozialen Folgen zumindest ebenso gravierend, in erster Linie die Zerstörung sozialer, zwischenmenschlicher Beziehungen. Deshalb kann der von Kornai scheinbar unbedeutende Einzelfall gebrochener Absprachen den Effekt des

¹¹Bedenkt man jedoch, dass die Krisensymptome mindestens ein Jahr früher zu bemerken waren, so erweist sich diese Datierung des Krisenbeginns als überaus problematisch. Denn zumindest zwei Jahre zuvor warnte Nouriel Roubini vor dem Ausbruch der Krise (vgl.: Roubini, N., Mihm, S.: „Crisis Economics: A Crash Course in the Future of Finance“, The Penguin Press 2010)

sprichwörtlichen Steinchens haben, das eine Lawine auslöst: in diesem Fall eine Lawine des Bankrotts, aber auch eine Lawine der Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen. Zum gesellschaftlichen Trauma wird in diesem Kontext die zunehmende Verunsicherung und das abnehmende Sicherheitsgefühl, das zur Vertrauenskrise führt¹². Dies legt die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise offen, deren Ende nur schwer abzusehen ist. Bestätigt wird dies durch zahlreiche Analysen sowie das diesjährige World Economic Forum in Davos¹³. Aufgrund der Analyse der gegenwärtigen Krise kommen Nouriel Roubini und Stephen Mihm zum Ergebnis, dass „ihre Konsequenzen leider über lange Jahre nachwirken werden, vielleicht sogar über Jahrzehnte“¹⁴. Es fällt schwer, dieser Einschätzung nicht zuzustimmen, besonders wenn man das Ausmaß des Chaos in der Weltwirtschaft und ihr globales Ungleichgewicht berücksichtigt.

Gebrochene Absprachen stellen eines der bedrohlichsten Symptome für diese Unordnung dar. Deshalb sind auch die Analysen und Reflexionen zu diesem Thema so wichtig, besonders zu den folgenden, von J. Kornai aufgeworfenen Fragen: *What significance does keeping promises bear? Why do so many people break their promises? What consequences ensue from this flood of promise-breaking?* Als überaus zutreffend erweist sich die von Kornai formulierte Annahme, dass – obwohl die von ihm angeführten Beispiele hauptsächlich Ungarn betreffen – das diskutierte Phänomen einen wesentlich größeren Umfang hat. Sicherlich ist die Feststellung zutreffend, dass die Problematik gebrochener Absprachen ein sehr weites – globalisierungsbedingtes – übernationales Ausmaß hat.

Die von J. Kornai dargestellte Charakteristik des Wesens, der Symptome und Konsequenzen gebrochener Absprachen passt auch zur Situation in Polen. Es würde sogar genügen, in der Publikation Kornais die Namen des Landes und der Firmen auszutauschen, und fast jeder einzelne Satz würde die polnische Wirklichkeit in Gänze widerspiegeln. In Polen könnte man problemlos zig, wenn nicht gar hunderte Beispiele finden, in denen die im Artikel Kornais angeführten fünf Typen gebrochener Absprachen auftauchen: *A. Producers' promises to users, B. Users' promises to producers, C. Debtors' promises to lenders, D. Government (central or local) promises to citizens, E. Political promises (by individual politicians, parties or movements) to electors*. Auf Polen bezogen, aber sicher auch im Hinblick auf andere Länder könnte man diese Liste um einen sechsten Typ gebrochener Absprachen erweitern: *lenders promises to debtors*. Dies spiegelt die Situation wider, wenn Banken kurzfristig und wenig konzilient die Kreditlinie kündigen, was manchmal zu ökonomisch kaum begründbaren Insolvenzen der Kreditnehmer führt. In Polen werden immer häufiger Absprachen gebrochen, und zwar in allen sechs Varianten, was zu entsprechenden

¹²Sztompka, P.: *Trauma wielkiej zmiany. Społeczne koszty transformacji*, Instytut Studiów Politycznych PAN, Warszawa 2005; P. Sztompka, *Zaufanie. Fundament społeczeństwa*. Kraków 2007

¹³Global Risks 2013, Eighth Edition, An Initiative of the Risk Response Network, World Economic Forum in Davos, <http://reports.weforum.org/global-risks-2013/>; Davos Crib Sheet: Top Global Risks of 2013 (Be Afraid, Be Very Afraid) By Gary Belsky, TIME Magazine, Jan. 23, 2013, <http://business.time.com/2013/01/23/davos-crib-sheet-top-global-risks-of-2013-be-afraid-be-very-afraid/>

¹⁴N. Roubini, op. cit. S. 27

Rechtsbrüchen führt. Gleichzeitig kommt es zwischen diesen Varianten zu expliziten Rückkopplungen. Ohne an dieser Stelle zu sehr in Details zu gehen, genügt es, auf einen, allerdings sehr spektakulären Fall hinzuweisen, die sog. „Amber Gold-Affäre“. Trotz gegenteiliger Ansichten sollte man ihn keinesfalls ignorieren. Er illustriert nämlich die institutionelle Basis für gebrochene Absprachen und das institutionelle Chaos.

3. Gebrochene Absprachen – der Fall Amber Gold

Ähnlich wie in Ungarn kann man auch in Polen sowie in anderen Ländern tagtäglich auf Beispiele stoßen, bei denen es zum Bruch von Absprachen kommt. Dies schließt alle im Artikel Kornais genannten fünf Typen gebrochener Absprachen ein. Zusätzlich kann man auf weitere Varianten dieses Phänomens verweisen, die aus immer komplexeren und immer weniger transparenten Kapitalverflechtungen resultieren. Diese bilden eine günstige Basis dafür, dass Firmen ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht nachkommen oder Absprachen brechen (zuweilen sogar mit Hilfe geltenden Rechts). In der Sachliteratur werden diese Symptome auch mit „white collar“ in Verbindung gebracht, also mit Managern, die nicht selten mit Parlamentarierkreisen kooperieren¹⁵.

Dies wird auch durch die Geschichte der in Polen zwischen 2009-2012 aktiven GmbH Amber Gold und ihres Bankrotts dokumentiert. Es handelt sich um einen der spektakulärsten Fälle von Finanzunterschlagung in Polen. Aufgrund dieser Insolvenz kam die GmbH nicht ihren Verpflichtungen nach und tausende Menschen erlitten immense finanzielle Verluste. Die GmbH übernahm von den Kunden Geldeinlagen, die den vertraglichen Regelungen entsprechend in Edelmetalle (Gold, Platin und Silber) investiert werden sollten. Die Klienten erhielten Zertifikate, die ihre Rechte an den in Edelmetallen angelegten Werten und die bei den Edelmetalltransaktionen gemachten Gewinne verbürgten. Mitte 2012 stellte sich jedoch heraus, dass es bei Amber Gold keine Spur von dem Gold gab, in das die Kunden investieren wollten.

Der Fall Amber Gold wurde von seinem Wesen her, wenn man von den Finanzvolumina absieht, mit dem Fall von Bernard Madoff in den USA verglichen¹⁶. Gleichzeitig verweist dieser Fall nicht nur auf das Ausmaß an wirtschaftlichen, sondern auch auf die Vielzahl der für die Demokratie und das Gerechtigkeitsgefühl entstandenen gesellschaftlichen Schäden, nicht zuletzt der moralischen. Das Ausmaß dieser Affäre war so groß, dass eine Reaktion des polnischen Parlaments erfolgen musste, und die polnische Rechtsprechung gezwungen war, um internationale Hilfe zu ersuchen. Das ergibt sich aus dem Umstand, dass die Affäre Amber Gold mit der Insolvenz der mit ihr verflochtenen Fluglinie „OLT Express“ verbunden ist. Diese Verflechtungen und die damit getätigten Kapitalflüsse erwiesen sich als höchst intransparent, was zur Annahme führte, dass Amber Gold schmutziges Geld wäscht.

¹⁵Bakan, J.: The Corporation: The Pathological Pursuit of Profit and Power. New York, 2004

¹⁶Dieser Fall ist Thema des Buchs von Adam Lebor: „Wyznawcy – czyli o tym jak Bernard Madoff oszukał Amerykę na 65 mld. dolarów“ [Bekennen – oder wie Bernard Madoff Amerika um 65 Mrd. Dollar betrog]. Warszawa 2011

Der Fall Amber Gold fokussiert wie in einem Brennglas alle von Kornai aufgezählten Typen gebrochener Absprachen. Es kam hier nämlich zum Absprachebruch des Typs A – , indem Amber Gold nicht die Absprache hielt, die Einlagen der Klienten in den Ankauf von Gold zu investieren; zudem realisierte die Fluglinie nicht die in den Verträgen vorgesehenen Dienstleistungen (*Producers' promises to users*). Aufgrund der Unterschlagung erfüllten die davon betroffenen Kunden nicht ihre Verpflichtungen gegenüber den Dienstleistern (Typ B - *Users' promises to producers*). Die Unterschlagungen führten zu Verlusten bei den Banken (Typ C- *Debtors' promises to lenders*). Am stärksten kommen allerdings im Fall von Amber Gold die beiden letzten Typen zur Geltung: die Nichterfüllung von Verpflichtungen. Der Fall beweist nämlich, dass die staatlichen Organe, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte ihrer Pflicht, das Recht zu exekutieren, nicht nachkamen, was der Nichterfüllung von Absprachen des Typs D entspricht (*central or local promises to citizens*). Vollkommen versagt haben die Organe der Rechtsprechung, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte. Es wäre nämlich nicht zur Registrierung der GmbH gekommen, wenn man berücksichtigt hätte, dass ihr Gründer in der Vergangenheit aufgrund wiederholter Finanzvergehen mehrfach zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt worden war. Das bedeutet, dass die Urteilssprüche auf Bewährung nicht vollzogen wurden, da sie – trotz sich wiederholender Vergehen des Angeklagten – nicht in Gefängnisstrafen umgewandelt worden waren. Zudem entging dem Gericht die Tatsache, dass Marcin P zuvor seinen Nachnamen geändert hatte, was ihm die Gründung neuer GmbHs erheblich erleichterte. Darüber hinaus wurde die im Recht vorgesehene Verpflichtung zur Berichterstattung nicht eingefordert¹⁷. Hier treten Symptome der Nichterfüllung von Absprachen der Gruppe E auf: *Political promises to electors*¹⁸. Der Fall Amber Gold deckte eine Reihe von Gesetzeslücken auf, die den Finanzmissbrauch erleichterten (besonders im Hinblick auf die sehr milden und zudem nicht vollzogenen Strafen aufgrund der nichterfüllten Verpflichtung zur Berichterstattung).

Hinzu kommt, dass im Fall von Amber Gold Spuren gefunden wurden, die auf eine Verbindung der Unternehmenswelt mit der Politik sowie auf Geldwäsche verweisen. Dies alles konnte aufgrund von Gesetzeslücken im Rahmen des Rechts geschehen. Nicht zufällig beschäftigte sich das Parlament der Republik Polen fast 16 Stunden mit dieser Angelegenheit, die aufgrund ihrer Komplexität aber noch immer nicht abgeschlossen wurde¹⁹.

Der Fall Amber Gold deckte zahlreiche wesentliche Schwächen im polnischen Recht auf, was auch der polnische Justizminister einräumte, indem er auf die Notwendigkeit

¹⁷Hierzu trugen fehlerhafte gesetzliche Regelungen bei, da die Strafen für die Nichterfüllung dieser Verpflichtung in der Praxis sehr milde sind und häufig nicht vollzogen wurden.

¹⁸Berücksichtigt man die Einwendungen von Amber Gold im Hinblick auf die angebliche Entscheidung der Bank, Amber Gold von der Berichtspflicht zu befreien (ohne darauf einzugehen, ob dieser Vorwurf zutrifft), so kann man die Liste um den sechsten Typ gebrochener Absprachen erweitern: *lenders promises to debtors*.

¹⁹Relacja na żywo: czy powstanie komisja ws. Amber Gold? <http://wiadomosci.wp.pl/kat,1018703,title,Relacja-na-zywo-czy-powstanie-komisja-ws-Amber-Gold,wid,14883868,wiadomosc.html?ticaid=1fffb> , 2012-08-30

einer staatsanwaltschaftlichen Reform hinwies²⁰. Der Fall übte im Hinblick auf die Effizienz und Rolle des Staates sowie das Ansehen von Gerechtigkeit und Demokratie einen höchst negativen Einfluss auf die Bürger/innen Polens aus. Das Ausmaß der mentalen Schädigung findet durch folgende, in den Medien verbreitete Sentenz seinen Ausdruck: „ein schwacher Staat orientierungsloser Bürger“²¹, aber auch durch die gehässige Sentenz „ich glaube an die Gerechtigkeit wie an das Gold von Amber Gold“ sowie die Ansicht, dass man „in Polen wegen 50 Złoty im Gefängnis sitzt, aber wegen 50 Millionen niemals!“²². Gleichzeitig deckte der Fall Amber Gold die mangelhafte ökonomische Bildung der Polen auf, wodurch sie Finanzbetrügereien weitgehend wehrlos ausgeliefert sind. Erneut wird hier die Ansicht bestätigt, dass der Markt keine Feinde, dafür viele Opfer hat. Zu Opfern werden in erster Linie Personen, die nur über eine unvollständige ökonomische Bildung verfügen. Dies weist auch auf die Schwächen im überwiegend staatlichen Bildungssystem hin.

So kann nicht überraschen, dass der Staat nach Auffassung der Polen im Fall Amber Gold untätig geblieben ist. Diese Meinung vertraten fast 65 % der Befragten in einer für "Dziennik Gazety Prawnej" vom „Instytut Homo Homini“ durchgeführten Umfrage. Sie waren der Ansicht, dass das lückenhafte Recht (so 44,3%) bzw. die ineffizienten Aktivitäten der staatlichen Organe (20,9 %) für die Affäre verantwortlich sind. Nur 13,1% der Befragten machen die Kunden von Amber Gold für die schlechte Auswahl ihrer Geldanlage verantwortlich²³.

4. Gebrochene Absprachen – das makroökonomische und globale Ausmaß des Problems

Den Fall Amber Gold könnte man in den Kategorien gewöhnlicher Betrugsverbrechen abhandeln, die es in der Geschichte immer gab, wenn da nicht das Ausmaß und die Häufigkeit dieses Phänomens wären. Denn gegenwärtig gibt es immer mehr Fälle des Nichteinhaltens vertraglicher Absprachen. In Polen berichten die Medien fast täglich über solche Fälle. Aus internetgestützten Informationen, aber auch aus Sonderberichten erfährt man, dass dies auch andere Länder betrifft. Viele Beweise für gebrochene Absprachen, auch auf internationaler Ebene, liefert die aktuelle Finanzkrise. Dies ist im Falle Griechenlands offensichtlich, aber auch in anderen Ländern, zuletzt auf Zypern. Als Symptom für die Nichteinhaltung von Verpflichtungen kann man ebenfalls den notorischen und eigentlich nicht sanktionierten Regelbruch des Maastrichter Vertrags durch einige Mitgliedstaaten der EU einordnen.

All das deutet darauf hin, dass gebrochene Absprachen immer stärker zu einer Alltagserscheinung werden, deren Ausmaß zunimmt, angefangen bei höchsten

²⁰ Gowin o Amber Gold: potrzebne reformy prawa i prokuratury <http://m.onet.pl/wiadomosci,w43dp> ,

²¹ <http://www.trojmiasto.pl/wiadomosci/Amber-Gold-Slabe-panstwo-zagubionych-obywateli-n61064.html>

²² <http://wpolityce.pl/artykuly/34055-wierze-w-sprawiedliwosc-niczym-w-zloto-amber-gold-w-polsce-mozna-siedziec-za-50-zlotych-ale-za-50-milionow-nigdy>

²³ Amber Gold obracał złotem bez pozwolenia, <http://www.forbes.pl/artykuly/sekcje/wydarzenia/amber-gold-obracal-zlotem-bez- pozwolenia,29448,1> ,16.08.2012 08:41

staatlichen – sogar supranationalen – Strukturen, über die Vorstände von Unternehmen bis hin zu Fällen von Unterschlagungen von Privatpersonen. Man kann demnach behaupten, dass „der Fisch vom Kopfe her stinkt“, was eine klare Bedrohung für das demokratische System darstellt, da es zu dessen Erosion führt. Nicht selten beginnt auch vor diesem Hintergrund die Diskussion über die Dysfunktionen des Kapitalismus und seine zukünftigen Varianten.

Die Nichterfüllung von Verträgen ist in der Regel mit Rechtsbruch verbunden, gleichzeitig gibt es aber es nicht wenige Fälle gebrochener Absprachen, die im Rahmen des Rechts erfolgen. Dies geschieht dann, wenn es in Rechtsregulierungen Lücken oder nicht eindeutige Vorschriften gibt, wodurch der nicht sanktionierte Bruch von Verpflichtungen durch eine der Vertragsseiten, zumeist die stärkere, begünstigt wird. Dazu trägt in Polen die immens ansteigende Zahl rechtlicher Regulierungen und ihrer Veränderbarkeit bei, die für zunehmende Komplexität, Intransparenz und Nichteindeutigkeit sorgt. Intransparentes Recht begünstigt dessen Beugung und Undurchführbarkeit.

Weiterhin behält also die antike, Tacitus zugeschriebene, Sentenz ihre Gültigkeit, dass *die größte staatliche Unordnung von den Gesetzen herrührt*. Intransparentes Recht erfordert komplexe und kostspielige juristische Dienstleistungen, die sich finanziell schwächer gestellte Personen oft nicht leisten können. Aufgrund dessen werden rechtliche Regelungen, obschon sie in demokratischen Systemen naturgemäß Schwächere schützen sollen, zur Waffe der Stärkeren, die nicht selten gegen Schwächere gerichtet wird. Dies wird auch durch das asymmetrische, an den Interessen der Stärkeren orientierte Funktionieren der Rechtslobbys begünstigt. So steigt das Risiko, dass es zu einer Situation kommt, bei der "die Regulierenden zu Häftlingen der Regulierten" (*regulatory capture*) werden. Daher haben gebrochene Absprachen häufig keine rechtlichen Konsequenzen, und zieht der Vertragsbruch keine Strafe nach sich. Dagegen ist die andere Vertragsseite von negativen Konsequenzen betroffen. In Polen kommt dies sehr häufig vor, was sich u.a. aus den oben angeführten Dysfunktionen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft ergibt. Die Gerichtsverfahren dauern deshalb sehr viel länger als in anderen Staaten der EU, verzögern sich erheblich oder werden schließlich nicht selten eingestellt. Zusätzlich muss der Geschädigte die Gerichtskosten in Höhe des Streitwerts des Verfahrens tragen, was für finanziell schwächer gestellte Personen ein Hindernis darstellen kann, ihr Recht einzufordern.

Zusammenfassend kann man auf Grundlage der angeführten Tatsachen feststellen, dass gebrochene Absprachen durch rechtliche Dysfunktionen begünstigt werden, durch Intransparenz, die Nichteindeutigkeit rechtlicher Regulierungen sowie die darin auftretenden Lücken. Ein zusätzlicher negativer Faktor ist überdies die übermäßige Veränderbarkeit der Rechtsvorschriften, was zu Rechtsunsicherheit führt. Dies alles kann man (zumindest im Hinblick auf Polen) als ersten Teil der Antwort auf die im Artikel von Prof. Kornai gestellte Frage betrachten, warum es so häufig zu gebrochenen Absprachen kommt.

Hinzuzufügen ist noch die erwähnte Vertrauenskrise, die eine unausweichliche Konsequenz des nicht eingehaltener Absprachen und gebrochenen Rechts darstellt. Die Vertrauenskrise ist sowohl Folge als auch Faktor der Erosion von Ethik und Moral. Unter diesen Bedingungen wächst die Neigung, Versprechungen nicht einzuhalten, getreu der Devise: „wenn die anderen sich nicht an ihre Absprachen halten, dann brauche ich das auch nicht“. Wenn Absprachen gebrochen werden und dies nicht auf eine adäquate, wirksame Reaktion der Gesellschaft oder der staatlichen Verwaltung stößt, heißt das, dass es zumindest informell erlaubt ist. Und gerade die Toleranz gegenüber diesem Sachverhalt stellt den zweiten Teil der Antwort auf die Frage dar, warum es so häufig zu gebrochenen Absprachen kommt. Dies bedeutet nicht nur Rechtsbruch, sondern auch Sittenwidrigkeit, denn wie Horaz schon mahnte: *welchen Wert hat ein Recht ohne Sitten.*

Das Recht und die Rechtstaatlichkeit stellen das Fundament der institutionellen Infrastruktur eines jeden demokratischen Systems dar. Deshalb sind die Phänomene der Rechtsbeugung für die Demokratie höchst destruktiv. In Polen ist sogar die Verfassung von der Nichteinhaltung des Rechts betroffen. Dies steht für eine demoralisierende Rechtsheuchelei, eine „demoralisierende Verfassungsheuchelei“²⁴. Mit dieser Formulierung quittiert Tadeusz Kowalik die Tatsache, dass die verfassungsmäßige Anerkennung der ordoliberalen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in Polen – als verpflichtendes Modell der Gesellschaftsordnung – nicht der sozioökonomischen Realität entspricht²⁵.

Obwohl die Transformation der Wirtschaftsordnung in Polen bereits vor über 20 Jahren begonnen wurde (1989), sind deren verfassungsmäßigen Grundlagen bis heute noch immer nicht befriedigend gelöst. Auch der EU-Beitritt Polens im Jahre 2004 vermag diese Bewertung nicht zu verändern. Dies geschieht, obwohl im Vertrag über eine Verfassung für Europa festgestellt wird, dass „die Grundlage für eine stabile Entwicklung der Europäischen Union die soziale Marktwirtschaft ist“. Diese Formulierung wurde auch ins Lissaboner Abkommen, das den Vertrag über die Europäische Union und das Abkommen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft ablöste, aufgenommen²⁶.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein ordoliberales Gesellschaftsmodell des Gleichgewichts, das auf den Ausgleich von ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen ausgerichtet ist. Eine der wichtigsten Prioritäten in einem solchen Gesellschaftsmodell ist das Streben nach Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt. In der Praxis wurde die Priorität der Beschäftigung durch die Priorität des Monetarismus und die Interessen der Finanzmärkte verdrängt. Hierbei treten

²⁴Dwudziestolecie polskich przemian. Konserwatywna modernizacja. Praca zbiorowa po red. Pawła Kozłowskiego. Warszawa 2011, S. 15

²⁵Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r., Dz. U. z 1997 r. Nr. 78, poz. 483, art. 20

²⁶Traktat ustanawiający Konstytucję dla Europy, Dz. Urz. UE, C 310, t. 47, 16.12.2004 r., art. 3

Widersprüche und Ungleichmäßigkeiten zwischen den Annahmen des Modells der Sozialen Marktwirtschaft und der durch den ökonomischen Mainstream akzeptierten Hypothese von der Effizienz und Selbstregulierung der Finanzmärkte (*Efficient Market Hypothesis*) in Erscheinung.

Diese Ungleichmäßigkeiten werden durch die in Polen auftretenden Erscheinungen institutioneller Unordnung bestätigt. Und gerade diese institutionelle Unordnung kann man als dritten Teil der Antwort auf Kornais Frage, warum es so oft zu gebrochenen Absprachen kommt, betrachten. Dies deutet gleichzeitig auf die Bedeutung von Lösungskonzepten hin, die zu einer Beseitigung oder Abschwächung der Konsequenzen institutioneller Dysfunktionen beitragen. Deren Notwendigkeit steht außer Frage, umso mehr, als es in Zeiten systemischer, zivilisatorischer oder krisenbedingter Transformationen zu Anomien kommen kann. Damit sind eine Wertekrise sowie ein normatives Chaos verbunden, die sich aus dem Auseinanderdriften axiologischer Grundlagen der gesellschaftspolitischen Ordnung sowie den Möglichkeiten ergeben, in ihrem Rahmen zu agieren.

Wichtig ist dabei, dass aufgrund des sich in der globalen Wirtschaft vollziehenden tiefgreifenden zivilisatorischen Umbruchs, der sich aus den Veränderungen in der Informationsgesellschaft ergibt, das Risiko besteht, dass die Erscheinungen des institutionellen Chaos anhalten und nur schwer zu überwinden sind. Auf dieses Risiko weisen zahlreiche Fachleute und Wissenschaftler hin. Unter anderen mahnt der schon zitierte Lester Thurow, dass „unter den sich gegenwärtig vollziehenden fundamentalen Veränderungen der ökonomischen Erdoberfläche und den immer spektakuläreren ökonomischen Erdbeben und Vulkanausbrüchen, die sich deutlich abzeichnen, die Bewegungen von fünf ökonomischen Platten auszumachen sind, deren Kräfte denen der Geologie in nichts nachstehen“²⁷. Sie beschädigen die sozioökonomischen Strukturen und führen zum institutionellen Chaos.

In dieser komplexen Situation wird das Risiko, dass die Behebung der institutionellen Unordnung nur verzögert stattfindet, mit der Geschwindigkeit der durch die informationelle Revolution hervorgerufenen sozioökonomischen Veränderungen konfrontiert. Die institutionellen Anpassungen können nicht mit ihnen Schritt halten. Wie die globalen Erfahrungen beweisen, kommt bisher der Finanzsektor damit am besten zurecht, zumal er das Potenzial der informationellen Revolution optimal nutzt²⁸. Gerade deshalb erzielt der Finanzsektor im Verhältnis zu anderen Bereichen der Sozioökonomie einen Wettbewerbsvorteil. Hieraus erklären sich auch die überaus dynamische Entwicklung des Finanzsektors und seine Dominanz über andere Sektoren, wie den realen Sektor materieller Produktion. Dank der informationellen Revolution werden immer mehr Entscheidungen automatisch von Finanzinstitutionen getroffen, die dazu über 24 Stunden laufende Computer nutzen. Vor diesem Hintergrund unterliegen

²⁷Thurow, op cit. S. 16

²⁸Tapscott, D., Williams, A. D.: *Makrowikinomia. Reset świata i biznesu*. Warszawa 2011, S. 13–16

die Entscheidungen in anderen Sektoren, so auch die Entscheidungen von Regierungen – im Hinblick auf das Tempo ihrer Umsetzung – geradezu dem „Schildkrötensyndrom“. Nicht selten werden diese Prozesse auch von einer nur unvollständigen Nutzung moderner Informationstechnologien begleitet. Der (zentrale und regionale) Regierungssektor bleibt also im Hinblick auf die Anpassung an die Anforderungen der informationellen Revolution deutlich zurück. Das betrifft nicht nur Polen, sondern auch die Strukturen der Europäischen Union, mit ihren höchst bürokratischen und sich hinauszögernden Entscheidungsfindungen. Auch dies ist demnach ein Symptom systemischer Dysfunktion.

5. Systemische Dysfunktionen

Die systemischen Dysfunktionen und die aus ihnen resultierenden Bedrohungen wurden durch die globale Finanzkrise des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts besonders spektakulär offen gelegt. Gleichzeitig verdeutlichte diese Krise ebenso spektakulär die Bedrohungen, die sich aus der Indoktrinierung der Wirtschaft ergeben, aus ihrer Unterordnung unter ausschließlich eine einzige Lehre: die neoliberale Doktrin, die in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern als die einzig richtige angesehen wurde. Gerade diese ökonomische Lehre dominierte die Marktwirtschaften des Westens ganz deutlich. Diese Doktrin, basierend auf der unkritischen Übernahme der für die neoklassische Ökonomie fundamentalen Hypothese von der Unfehlbarkeit und Effizienz des Marktes als Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen, wurde durch die globale Finanzkrise negativ verifiziert. Aufgrund des versagenden Neoliberalismus entsteht das natürliche Bedürfnis, nach Lösungen in anderen Theorien zu suchen. Einen solchen, viel versprechenden Ansatz kann der Ordoliberalismus mit seiner sich vom Neoliberalismus klar unterscheidenden Philosophie darstellen. Gleichzeitig bedingt die Komplexität unserer Gegenwart, dass man auch andere theoretische Strömungen nutzen sollte. Wie historische Erfahrungen zeigen und was durch theoretische Forschungen belegt wird, trägt ein theoretischer Monismus nicht zu einer harmonischen sozioökonomischen Entwicklung bei. Er führt zwangsläufig zu einer Indoktrinierung des sozioökonomischen Lebens und hemmt dessen Fortschritt.

Die für den Neoliberalismus so charakteristische Marginalisierung der historischen Erfahrung, auch der Erfahrungen, die sich aus Wirtschaftskrisen ergeben, setzte sich durch, obwohl ökonomische Theorien, wie Galbraith hervorhebt „immer Produkt eines konkreten Orts und einer bestimmten Epoche sind. Man kann sie nicht abgetrennt von der Welt betrachten, die sie zu erklären suchen. Die Welt verändert sich und unterliegt einem Prozess unaufhörlicher Veränderungen. Wenn ökonomische Theorien demnach ihren Bezug zur Wirklichkeit nicht verlieren wollen, müssen sie sich auch verändern“²⁹.

Geschieht das nicht, so klaffen die Theorie sowie ihre darin vertretenen Ideen und die ökonomische Realität, die vor allem durch moderne Technologien gestaltet wird, weit auseinander. Und gerade dies hat wirtschaftliche Unordnung zur Folge. Deren extremes

²⁹Galbraith, J. K.: *Godne społeczeństwo. Program troski o ludzkość*, PTE Warszawa 2011, S. 15

Symptom in Form der globalen Wirtschaftskrise wird dem Auseinanderdriften zwischen der neoklassischen Ökonomie (der Ökonomie des Mainstreams) mit ihrer neoliberalen Doktrin und den Bedürfnissen sowie den gesellschaftlich erwünschten Orientierungen der Entwicklung der realen Wirtschaft zugeschrieben, die von der neuen postindustriellen Zivilisation determiniert werden.

Dass die Ablehnung des theoretischen Monismus begründet ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass die Dysfunktionen und Turbulenzen der sich verändernden globalen Wirtschaft ein Experimentierfeld für die Entwicklung neuer Strömungen in der ökonomischen Theorie bilden, so auch für die Ökonomie der Komplexität oder die Ökonomie des unvollständigen Wissens³⁰. Zu diesen Strömungen gehört auch die Ökonomie der Krise, die von N. Roubini entwickelt wurde. „Die neue Epoche erfordert ein neues Denken. Deshalb sollten wir auch die diskreditierte Idee von der natürlichen Stabilität, Effizienz und Widerstandfähigkeit nicht regulierter Märkte vollkommen verwerfen und den Krisen einen adäquaten Platz in der Ökonomie und im Finanzsystem einräumen. Schade, dass viele durchaus intelligente Menschen weiterhin der Überzeugung sind, dass die jüngste Krise ein unvorhersehbares Ereignis war, das sich durch nichts angekündigt hat. Niemand hat das erwartet – behaupten sie – und niemand wird zukünftig etwas Ähnliches erleben, zumindest nicht im Laufe unseres Lebens. Wir können natürlich abwarten, bis die nächste Finanzkatastrophe dieser ungerührten Selbstzufriedenheit den Todesstoß versetzt. Wir können aber auch die neue Ökonomie zur Kenntnis nehmen, die Ökonomie der Krise“³¹.

Im Kontext mit dem sich vollziehenden zivilisatorischen Umbruch sind die Ursachen für die mit einer befriedigenden Lösung der sozioökonomischen Probleme verbundenen Probleme atypisch, anders als in der Industriezivilisation unkonventionell, und bedürfen deshalb auch nicht konventioneller Lösungen. Dies macht es notwendig, nach neuen, unkonventionellen Mustern und theoretischen Grundlagen für ökonomische Entscheidungen – zum Beispiel Investitionen – zu suchen. Muster die – an die Bedarfe der neuen Zivilisation angepasst – effektive, gesellschaftlich erwünschte Aktivitäten in Gang setzen, etwa Investitionen, die der gesellschaftlichen Weiterentwicklung dienen. Wenn den Ausgangspunkt bei der Festlegung eines Paradigmas Fragestellungen bilden, die auf die Erforschung der Wirklichkeit gerichtet sind, sowie Gedankenmuster und Instrumente, die zu Antworten auf die gestellten Fragen führen, so kann bereits deren Formulierung als wichtige Grundlage für die Suche neuer Regeln zur Gestaltung sozioökonomischer Prozesse betrachtet werden³². Gerade solchen hermeneutischen Überlegungen ist der vorliegende Artikel gewidmet.

³⁰Goldberg, M. D., Frydman, R.: *Ekonomia Wiedzy Niedoskonalej*, Wydawnictwo Krytyki Politycznej, Warszawa 2009 (Original: *Imperfect Knowledge Economics: Exchange Rates and Risk*, Princeton University Press, New Jersey 2007)

³¹Roubini, N., Mihm S.: *Ekonomia kryzysu*, Oficyna Wolters Kluwer business 2011; Original: *Economics - a Crash Course in the Future of Finance*. New York 2010, S. 302

³²„The paradigm is a set of questions exploring the empirical and prospective reality and a set of methodologies creating the philosophical and instrumental framework how to answer those questions“, A. Kukliński, *Europa quo vadis*. A programmatic paper. In: Kukliński, A., Muszyński, J., Roman, G.,

Die hier vorgestellten, für eine harmonische sozioökonomische Entwicklung bedrohlichen Phänomene einer Erosion des Rechts und gebrochener Absprachen, und somit auch von Gesellschaftsverträgen, sind Symptome institutioneller Unordnung und stehen auch für das Versagen der Idee des Neoliberalismus. Sie zeugen gleichzeitig davon, dass es richtig und notwendig ist, sich ordoliberalen Ideen zu bedienen, die auf eine Stärkung des Wettbewerbs, die Verhinderung von Monopolen und generell auf eine sozioökonomische Ordnung zielen, die dem Staat die wichtige Rolle eines Wächters zuschreibt. Die Einführung dieser Ordnung stellt gegenwärtig eine große übernationale Herausforderung dar, die sich angesichts des enormen Ausmaßes an sozioökonomischer Unordnung als äußerst schwierig erweist. Auch hier muss man G. Kołodko zustimmen, der diese Unordnung „als unrühmliches Erbe des Neoliberalismus“ bezeichnet³³. So betrachtet gewinnt die ordoliberalen, sich von der neoliberalen Rolle des Staates unterscheidende Konzeption gegenwärtig an Aktualität. Dabei geht es nicht nur um die Rolle des Staates als Nachtwächter, sondern um die eines Förderers und Bewahrs der sozioökonomischen Ordnung, eines Staates, der weder zu groß noch zu klein ist, sondern optimal und effektiv agiert. Angesichts der sich vollziehenden Umbrüche in der globalen Wirtschaft bedürfen ordoliberalen Ideen ebenfalls einer Anpassung an die neuen Bedingungen, besonders aufgrund der fortschreitenden Globalisierung und der zunehmenden Bedeutung supranationaler Regulierungen³⁴.

6. Resümee

Angesichts des in der Wirtschaft zunehmenden Phänomens eines global gestörten Gleichgewichts gewinnt der Ordoliberalismus – als eine Theorie, die auf die sozioökonomische Ordnung ausgerichtet ist – an Bedeutung. Einer der bedrohlichsten Faktoren sozioökonomischer Unordnung ist das Phänomen gebrochener Absprachen und Gesellschaftsverträge. Dies betrifft viele Länder und bringt destruktive Folgen in Form von Dominoeffekten. Das Phänomen der Nichteinhaltung von Verträgen hat sich in den letzten Jahren verstärkt, was u.a. eine Folge der neoliberalen Doktrin ist, die ethische und auf Verantwortung zielende Fragen dem Mechanismus des freien Marktes überlässt. Die Rolle des Staates wird dabei marginalisiert. Da sich dieser Ansatz als falsch erwiesen hat, schafft dies Raum für den Ordoliberalismus als theoretischer Grundlage zur Entwicklung neuer institutioneller und systemischer Muster. Allerdings bedarf die ordoliberalen Theorie ebenfalls einer Anpassung an die sich aufgrund des zivilisatorischen Umbruchs verändernden sozioökonomischen Bedingungen.

Fiaszkiewicz, J. (ed) *Europa quo vadis*, Lower Silesian Conference, Wrocław 2010, S. 13; Kukliński, A.: *In Search of New Paradigms* (Selected papers 2001-2011); PTE, Warszawa 2013

³³Grzegorz Kołodko spricht sogar von der Erosion und „dem unrühmlichen Erbe des Neoliberalismus“, G. Kołodko, *Wędrujący świat*, Wyd. Pruszyński i spółka, Warszawa 2009

³⁴Maczyńska, E: *Dysfunkcje gospodarki w kontekście ekonomii kryzysu*, Zeszyty Naukowe, PTE, 2011, Nr 9, S. 43 -70

Katarzyna Witozyńska

Delokalisierung der Produktion von Polen nach Deutschland

Ein relativ neues Phänomen in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind die steigenden polnischen Investitionen in Deutschland (nach Angaben der Abteilung zur Förderung von Auslandshandel und -investitionen der polnischen Botschaft in Berlin hat ihr Wert bereits 1 Mrd. Euro überschritten).¹ Der Umfang polnischer Investitionen in Deutschland ist dennoch relativ klein. Es gibt eine enorme Asymmetrie zwischen deutschen Direktinvestitionen in Polen und polnischen Direktinvestitionen in Deutschland. Wenn wir den kumulierten Wert der gegenseitigen Direktinvestitionen im Jahre 2005 vergleichen, so zeigt sich, dass die deutschen Direktinvestitionen in Polen fünfzigmal größer sind als die polnischen Direktinvestitionen in Deutschland. Im Vergleich zu anderen makroökonomischen Indikatoren, wie BIP oder Außenhandel sind die Disproportionen bei den ausländischen Direktinvestitionen am größten, was auch noch über einen längeren Zeitraum so bleiben wird. Der Vergleich des Volumens ausländischer Direktinvestitionen in Polen und in Deutschland veranschaulicht den enormen Abstand, der Polen von seinem westlichen Nachbarn trennt.²

Aus der Sicht polnischer Investoren gehört Deutschland aufgrund der Größe seines Marktes, der günstigen geographischen Lage, der guten Forschungs- und Entwicklungsbedingungen, der hohen beruflichen Qualifikation seiner Arbeitnehmer/innen, der moderen Logistik, der hohen Qualität der Produkte, des Zugangs zu einem homogenen Binnenmarkt sowie der Rechtssicherheit zu einem der attraktivsten Orte für die Delokalisierung ausländischer Direktinvestitionen in Europa. Auf internationaler Bühne hat Deutschland als ein Land, das ausländische Direktinvestitionen anzieht, seine Stellung durch die Reform der Besteuerung der Unternehmenseinkünfte gestärkt. Der durchschnittliche nominelle Steuersatz liegt gegenwärtig unter 30%.³ Ferner ist die Gründung von Unternehmen in Deutschland durch die Novellierung des GMBH-Rechts vereinfacht und beschleunigt worden, was deutlich wird, wenn man die nach dem 1. Mai 2004 einsetzende, starke Zunahme der Zahl registrierter Kleinfirmen aus Polen analysiert. Dies alles bedingt, dass Deutschland im Hinblick auf die Allokation von Kapital im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, aber auch mit vielen in anderen Erdteilen gelegenen Ländern überaus konkurrenzfähig ist.⁴ Am 1. Januar 2009 kam es außerdem zur Fusion von *Invest In Germany* und der Bundesagentur für Außenhandel, wodurch die neue Institution

¹http://wyborcza.pl/1,91446,9417549,Niemcy_Otwarcie_rynku_pracy_wplynie_na_rozwoj_wspolpracy.html#ixz1JJd5M4rz

² Małachowski, W.: *Zagraniczne inwestycje bezpośrednie w procesie transformacji gospodarki Niemiec oraz Polski*, [w:] *Polska i Niemcy w Unii Europejskiej: gospodarki i przedsiębiorstwa w procesie integracji* / red. nauk. Józef Olszyński, Szkoła Główna Handlowa, Warszawa 2010, s. 341

³ Proczek, M.: *Niemieckie bezpośrednie inwestycje zagraniczne w Polsce na tle Europy Środkowej oraz polskie BIZ w RFN po 2000 r.* (w:) red. J. Olszyński, Wydawnictwo SGH, 2010, s. 255

⁴ Niemcy pozostają atrakcyjne dla inwestorów, Ambasada Niemiec, Warszawa 2008, www.warschau.diplo.de/Vertretung?warschau/pl/05/Wi/Standort_Deu/D_attraktiv_Investitionen_Seite.html, wrzesień 2009 r.

Germany Trade and Invest entstand, die ein Marketing betreibt, das sich mit der Suche von ausländischen Investoren für Deutschland sowie der Förderung von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beschäftigt. Die Gründung dieser Institution, die bei ihren Aktivitäten von den Außenhandelskammern unterstützt wird, verstärkt zusätzlich die deutsche Position als Zielort für die Niederlassung von Produktionsstätten.⁵

Die Anfänge der Kapitalpräsenz polnischer Firmen in Deutschland gehen auf die 1970er Jahre des XX Jahrhunderts zurück, und zwar in Form mehrerer Handelsvertretungen, die den Großteil des polnischen Warenexports auf dem deutschen Markt abwickelten. Daneben bestand schon damals ein Abkommen über Werkverträge, das durch das am 30. 01. 1990 abgeschlossene internationale Abkommen über die Entsendung von Arbeitnehmern zur Wahrnehmung von Werkverträgen erweitert wurde. Von da an entwickelte sich die Präsenz von Dienstleistungsfirmen, besonders im Bau- und Montagesektor in Form von Filialen, Vertretungen, technischen Büros u.ä. Ungefähr 100 größere Firmen organisierten sich im Verband Polnischer Dienstleistungsunternehmen in Köln.⁶ Dies ermöglichte es polnischen Unternehmern im Ausland – und damit auch in Deutschland – zu investieren. Die Klischees, die mit dem Image Polens in Deutschland verbunden sind sowie die Befürchtungen polnischer Investoren hinsichtlich der Wahrnehmung Deutschlands als eines für die Anlage ausländischer Direktinvestitionen zu teuren Landes trugen allerdings nicht zur Expansion polnischer Investoren bei. In den Jahren 2000 bis 2004 kam es diesbezüglich nur zu einer unwesentlichen Verbesserung. Aufmerksamkeit verdient lediglich der im Jahre 2003 erfolgte Ankauf eines Netzes von 494 in Deutschland situierten Tankstellen des BP-Konzerns durch PKN Orlen. Diese Transaktion sicherte der polnischen Firma 3% Anteile am deutschen Kraftstoffmarkt sowie einen Anteil von 7% am ostdeutschen Markt. Der Wert dieser Investition wurde auf ca. 140 Mio Euro geschätzt.⁷

Es gibt nicht sehr viele Veröffentlichungen zum Thema polnische Auslandsinvestitionen. Sie bestehen aus den jährlichen Berichten der Polnischen Nationalbank und des World Investment Report der UNCTAD, den Informationen der Ressorts für die Förderung von Handel und Investitionen, den Darstellungen der bei den polnischen Auslandsvertretungen aktiven Wirtschaftsabteilungen sowie aus Presseberichten. Zudem ist für die Kapitalpräsenz polnischer Unternehmen in Deutschland seit dem EU-Beitritt Polens – ähnlich wie vor 2004 – charakteristisch, dass sich viele kleine Firmen beteiligen, die vor allem im Baugewerbe tätig sind. Ähnlich wie im Falle der übrigen EU-15-Staaten wird diese Situation in hohem Maße durch die Übergangsfristen hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitnehmern aus den neuen Beitrittsländern beeinflusst. Seit dem Beitritt Polens zur EU haben die Polen bessere

⁵ Proczek, M.: *Niemieckie bezpośrednie inwestycje zagraniczne w Polsce na tle Europy Środkowej oraz polskie BIZ w RFN po 2000 r.* (w:) red. J. Olszyński, Wydawnictwo SGH, 2010, s. 255

⁶ Małachowski, W.: *Polska obecność gospodarcza w Niemczech. Zmiany po wejściu Polski do Unii Europejskiej*, Szkoła Główna Handlowa w Warszawie, Warszawa 2009, s. 256

⁷ *Polskie inwestycje bezpośrednie 2006/2007*, Departament Analiz i Prognoz Ministerstwa Gospodarki, Warszawa, 2008, s. 26

Möglichkeiten zur Legalisierung ihrer wirtschaftlichen Auslandsaktivitäten erhalten, etwa durch die Registrierung kleiner Firmen, die in Deutschland gewöhnlich nach dem Prinzip der Selbstbeschäftigung funktionieren. Dagegen beruhen die in Deutschland getätigten Investitionen über 1 Mio Euro hauptsächlich darin, dass polnische Firmen bereits schon bestehende deutsche Firmen übernehmen, um sich damit eine entsprechende Ausgangsposition auf dem deutschen Markt zu sichern. Im Verhältnis zu Deutschland ist dies sicherlich eine optimale Lösung, obschon sie eine größere Einmalinvestition fordert als das der allmähliche Aufbau der eigenen Marktposition und Marke erfordert.

Nach dem EU-Beitritt Polens ergoss sich ein neuer Strom polnischer Direktinvestitionen nach Deutschland⁸. Dies war sowohl mit dem größeren Wissens über die neuen Möglichkeiten auf einem homogenen Binnenmarkt sowie mit der größeren Reife hinsichtlich der Leitung von Unternehmen im Ausland verbunden. Die erhöhten polnischen Investitionen in Deutschland konzentrieren sich auf die Chemiebranche. Polnische Hauptinvestoren sind u.a. PKN Orlen (die Kapitalanlage erfolgte vor dem 1. Mai 2004), Boryszew, Unimil, Selena, Sanplast, PGNiG, Smyk, Comarch sowie Rabbi Factory Outlet. Eine wichtige polnische Direktinvestition in Deutschland ist auch die für 75 Mio Euro getätigte Übernahme des deutschen Sodaproduzenten Sodawerk Stassfurt durch die Chemiegruppe Ciech. Aufgrund dieser Übernahme senkte die polnische Firma sowohl die logistischen als auch die Verkaufskosten nicht nur auf dem deutschen, sondern auch auf dem tschechischen und dänischen Markt und stärkte ihre Position als zweitgrößter Sodaproduzent in Europa.⁹

Hohe polnische Investitionen in Deutschland sind ebenfalls mit der Übernahme von Firmen verbunden, die sich mit der Produktion von Kunststoffen beschäftigen (Verpackungsfolien) sowie mit dem Erwerb eines Mehrheitspakets in einem Unternehmen, das sich mit der Produktion von Elektrosystemen und elektronischen Systemen für den Bergbau beschäftigt. Der jeweilige Wert der Transaktion betrug ca. 27,4 Mio Euro (Ergis-Eurofilms) und 26,4 Mio Euro (Kopex).

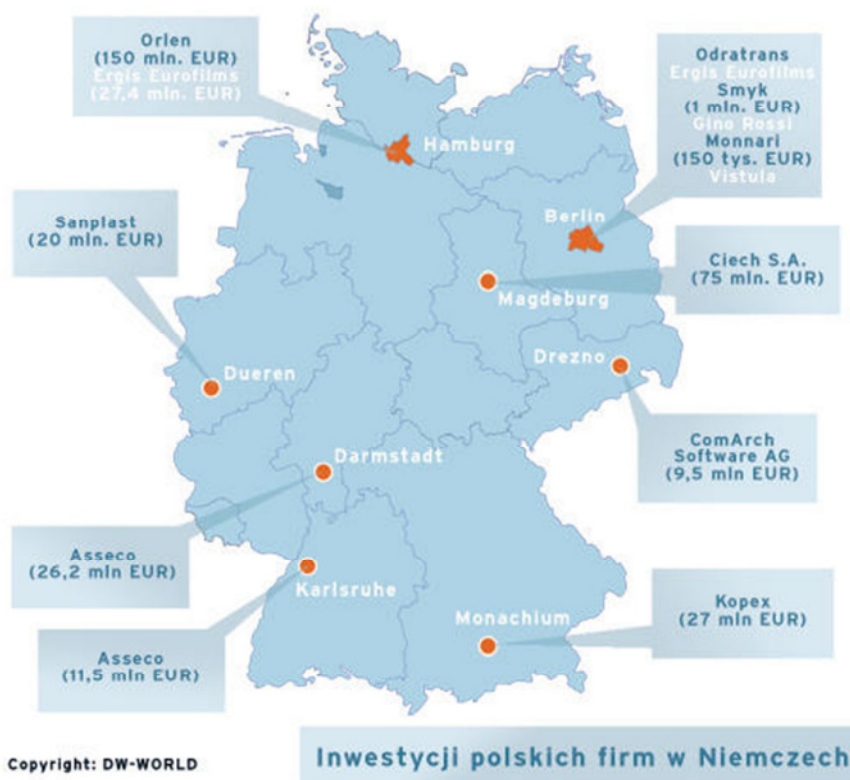
Unter den übrigen Übernahmen, die von polnischen Unternehmen in Deutschland getätigt wurden, sind zwei wichtige Transaktionen erwähnenswert. Das war erstens die Übernahme von 80% der Beteiligungen einer deutschen Firma aus der Informatikbranche durch die polnische Firma Asseco (im Wert von 10 Mio Euro). Die zweite größere Transaktion in Deutschland stellte den Kauf von 72 % der Beteiligungen eines deutschen Unternehmens durch die polnische Transportfirma Odratrans dar. Weiterhin hat die Gruppe Sanplast den vor der Schließung stehenden Hoesch-Betrieb für 20 Mio Euro erworben und eine erfolgreiche Restrukturierung durchgeführt.

⁸ Małachowski, W.: *Polska obecność gospodarcza w Niemczech. Zmiany po wejściu Polski do Unii Europejskiej*, Szkoła Główna Handlowa, Warszawa 2009, s. 256

⁹ Cabaj, J., Krakowiak, A.: *Rekordowe wydatki Polaków za Odrą*, "Rzeczpospolita", 24.04.2008

Ferner gibt es in Deutschland eine wichtige polnische Investition des Greenfield-Typs, die mit der Nutzung moderner Technologien verbunden ist. Dabei handelt es sich um die Investition der Gesellschaft ComArch, die ca. 9,5 Mio Euro bei der Gründung eines Kompetenzzentrums angelegt hat. Sie soll im Hinblick auf neueste Technologien einem größeren Wissenstransfer auf dem deutschen Markt dienen. Diese Gesellschaft führt gemeinsam mit der Technischen Universität Forschungsprojekte in Dresden durch und bildet Studenten aus.¹⁰ Unten ist die Verteilung polnischer Investitionen in Deutschland abgebildet.

Darstellung 1. Verteilung polnischer Investitionen in Deutschland



Quelle: dw-world.de

Die größten polnischen Investoren in Deutschland:

- **PKN Orlen S.A.** (Kauf von über 500 Tankstellen von BP – 150 Mio Euro),
- **CIECH S.A.** (Beteiligung an der Gesellschaft Sodawerk Holding Strassfurt – 75 Mio Euro),
- **Sanplast S.A.** (Kauf des Vermögens des Produzenten von Badezimmeraustattungen Hoesch Design – 20 Mio Euro),
- **Kopex** (Kauf der Hansen Sicherheitstechnik – 27 Mio Euro),
- **Asseco Germany** (Grupa Asseco Poland) – 37,7 Mio Euro,
- **Unimil** (17,5 Mio Euro),
- **ComArch** (9,5 Mio Euro),

¹⁰ Radomska, E.: *Bezpośrednie inwestycje zagraniczne (BIZ) polskich przedsiębiorstw*, www.exporter.pl/bazy/Info_obszerne/284.php, wrzesień 2009

- **Selena** (1 Mio Euro), -
- **Smyk** (1 Mio Euro).

Ende 2007 schätzte man den Wert polnischer Investitionen, die die Summe von 1 Mio Euro überstiegen, auf ca. 350 Mio Euro, die in 15 großen Projekten angelegt wurden. An der Kapitalpräsenz polnischer Unternehmen in Deutschland sind in hohem Maße kleine Firmen beteiligt, hauptsächlich aus der Baubranche. Nach Schätzungen waren in Deutschland Ende 2007 ca. 100.000 polnische Wirtschaftssubjekte aktiv, in ihrer Mehrheit Einpersonenfirmer.

Denn polnische Unternehmen sind in der Regel kleine Einpersonenfirmer, und häufig bedeutet die Registrierung von Einpersonenfirmer den Versuch – wegen des Fehlens legaler Beschäftigungsmöglichkeiten – Arbeit zu finden (Situation bis Mai 2011). Besonders viele Firmen aus Polen sind in dem stark industrialisierten westlichen Teil Deutschlands engagiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden sind in Nordrhein-Westfalen ca. 9.000 polnische Firmen tätig, in Hessen 6.500 und in Rheinland-Pfalz 2.000.¹¹

Der Wert polnischer Direktinvestitionen in Deutschland erreichte im Jahre 2009 ein Niveau von 0,5-0,7 Mrd Euro, die Zahl der Firmen etwa 44.000. Dieser Umfang ist im Vergleich zu den deutschen Direktinvestitionen in Polen nicht groß, dennoch stärken sie den deutschen Markt mit polnischen Unternehmen und füllen entsprechende Nischen aus. Die Präsenz polnischer Firmen wurde auf dem deutschen Markt durch eine relative große Zahl polnischer Handwerker ergänzt, die ihre Wirtschaftstätigkeit auf deutschem Territorium registrieren ließen und Dienstleistungen erbringen (Einpersonenerbetriebe). Ihre Zahl wird auf etwa 100.000 geschätzt, wovon 95% der Registrierungen auf den Zeitraum nach dem 1. Mai 2004 entfielen.

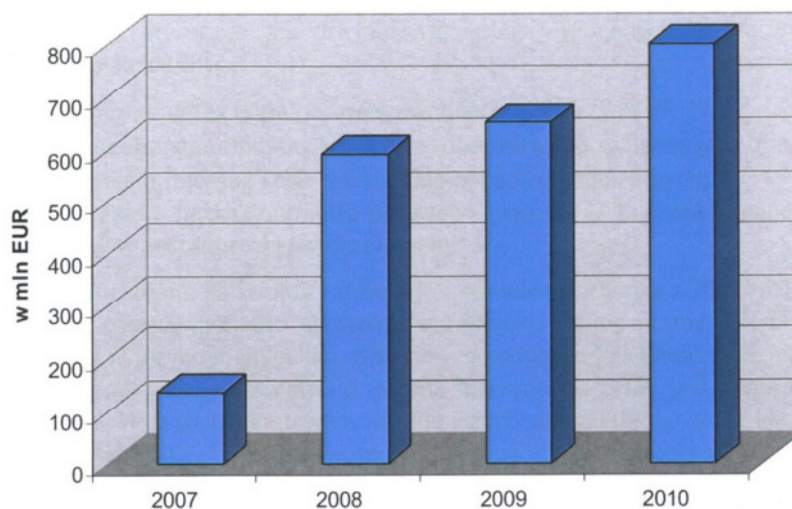
Die deutsche Wirtschaft ist eine der weltweit führenden. Die geographische Lage des Landes im Zentrum des europäischen Wirtschaftsraums, die hervorragende Infrastruktur und die räumliche Nähe zu den Ländern Mittelosteuropas gewähren polnischen Wirtschaftssubjekten den Zugang zu einem großen, aufnahmefähigen Markt.

Die polnischen Investitionen in Deutschland schätzt man bei steigender Tendenz auf fast 1 Mrd Euro. Das unten stehende Diagramm bildet die Entwicklung polnischer Investitionen in Deutschland in den letzten vier Jahren ab.¹²

¹¹ www.rp.pl.

¹² www.destatis.de.

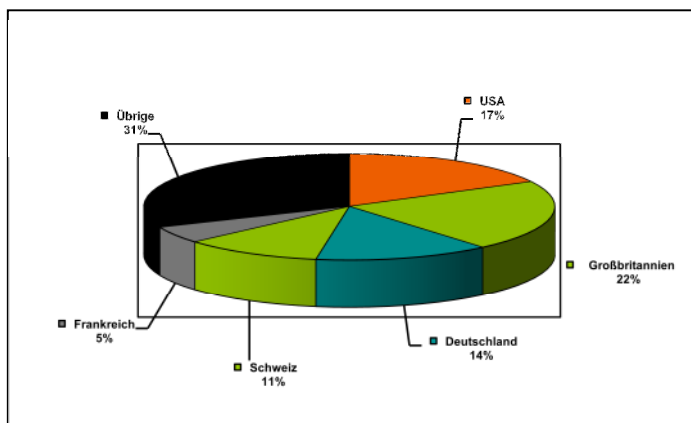
Diagramm 1. Zuwachs polnischer Investitionen in Deutschland (in Mio Euro)



Quelle: KPMG

Die Investitionen polnischer Unternehmen im Ausland unterliegen einem anhaltenden Wachstum. Dies ergibt sich aus dem steigenden Export und der Tatsache, dass bei abnehmender Nachfrage auf dem polnischen Binnenmarkt die polnischen Unternehmen beginnen, die Expansion ins Ausland als wichtiges Element ihrer Strategie zu begreifen. Betrachtet man die territoriale Verteilung dieser Investitionen, so lässt sich feststellen, dass Deutschland einen wichtigen Zielort für polnisches Kapital darstellt. Auf Deutschland fallen 13,8% des im Ausland investierten Kapitals polnischer Firmen. Deutschland steht in dieser Hinsicht allerdings hinter Großbritannien und den USA, die entsprechend 21,5% und 17,3% des polnischen Kapitals angezogen haben. Dies wird in dem unten stehenden Diagramm abgebildet.

Diagramm 2. Weltweite territoriale Verteilung polnischer Investitionen



Quelle: eigene Bearbeitung

Die Ursachen hierfür ergeben sich aus der Branchenstruktur dieser Investitionen sowie aus den für den deutschen Markt spezifischen Barrieren. In Deutschland werden sehr häufig Vertretungen und Gesellschaften eröffnet, die den polnischen Export fördern

sollen. Sie sind um den Kauf ausländischer Firmen bemüht. Immer häufiger haben wir es aber auch mit einer Expansion polnischer Firmen zu tun, die von ausländischen Konzernen kontrolliert werden.¹³

Die größte Investitionsregion im Hinblick auf die Zahl polnischer, in Deutschland aktiver Unternehmen ist Nordrhein-Westfalen. Fast ein Drittel der Gesellschaften mit polnischem Kapital haben sich hier niedergelassen. Es sind etwa 200. Über 40 Prozent von ihnen entstanden in den letzten fünf Jahren hier.¹⁴ Die polnischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen erreichten im Jahre 2005 ein Niveau von 55 Mio Euro und betragen ein Jahr später 69 Mio Euro (damals gelangte in Mönchengladbach die Firma WattSolar, die Sonnenkollektoren der höchsten Qualität produziert, auf den Markt). Nordrhein-Westfalen zählt 18 Mio Einwohner und ist der größte Absatz- und Verbrauchermarkt in Europa sowie das Wirtschaftszentrum Deutschlands. Es verfügt über eine stark entwickelte Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Deshalb zieht es auch Investoren aus Polen an.¹⁵ In Nordrhein-Westfalen sind Unternehmen aus Polen in sehr verschiedenen Branchen aktiv, besonders im Großhandel: sie verkaufen Bauelemente, Rohstoffe, Möbel, aber auch Lebensmittel, elektrische Einrichtungen und Metallprodukte. Fast 30 Prozent der polnischen Firmen in Nordrhein-Westfalen erzielen Umsätze in Millionenhöhe und einige von ihnen beschäftigen über 300 Mitarbeiter/innen.¹⁶

Zu den größten polnischen Investoren in Deutschland gehören PKN Orlen S.A. (über 500 Tankstellen im nördlichen Teil Deutschlands) sowie die Ciech-Gruppe (Übernahme einer Sodafabrik in Niedersachsen für 75 Mio Euro). Eine Firma aus der IT-Branche, Comarch S.A., agiert ebenfalls erfolgreich auf dem deutschen Markt und hat bisher einige deutsche Firmen übernommen. Auch die in Deutschland beheimateten polnischen Unternehmen – besonders in der Informatik- und Kraftstoffbranche sowie in der Metall- und Chemieindustrie – gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Überdies gibt es allem im Bereich von Baudienstleistungen ca 100 polnische Firmen in Deutschland, darunter Budimex S.A., Polservice S.A. sowie die Gesellschaft Selena S.A. (Produzent von Bauchemie) aus Breslau, die den kleineren lokalen Betrieb Dr. Schenk übernommen hat, um auf den deutschen Markt zu gelangen. Den Großteil der Investoren stellen allerdings Einpersonenfirmer dar. Im Unternehmensregister figurieren ca. 25.000 Handwerksbetriebe, von denen die meisten nach dem EU-Beitritt Polens eingetragen wurden.

Eine interessante Firmengruppe, die auf dem deutschen Markt agiert, stellen polnische Unternehmen dar, die energetische Dienstleistungen anbieten.

¹³ *Polski rynek za ciasny*, „Rzeczpospolita“ 06.08.2002

¹⁴ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4241625,00.html>.

¹⁵ http://www.dw-world.de/popups/popup_lupe/0,,4241625_ind_3,00.html

¹⁶ *Ibidem*

Eine dieser Firmen ist **Elko Sp z o.o.** aus Ratibor. Die Firma ist seit 2002 auf dem deutschen Markt aktiv. Hier erbrachte sie folgende Dienstleistungen:¹⁷

- - in Berlin (Montage eines Wasserleitungsdampfkessels vom Typ OR-27),
- - in Herbrechtingen (Montage eines Kessels zur Verbrennung von Baumrinde),
- - in Mannheim (Montage eines Kessels zur Verbrennung kommunaler Abfälle),
- - in Düsseldorf (Montage eines Dampfkessels vom Typ OS-27 zur Verbrennung von Biomasse aus Holzresten).

Eine andere seit Jahren auf dem deutschen Markt präsente polnische Firma aus der Energiebranche ist **SEFAKO S.A.** – ein Kesselbauer aus Sędziszów. Die Firma besitzt Referenzen folgender deutscher Firmen:¹⁸

- - Babcock Borsig Power Germany,
- Alstom Power Stuttgart Conversion Germany,
- CSI Germany
- Alstom Power Babcock Borsing Service GmbH Neumark Germany
- EON Germany,
- AEE Inova GmbH Niemcy,
- Fisia Babcock Environment GmbH Niemcy,
- Wartsila Finlandia Ltd,
- Weiss GmbH Niemcy,
- Baumgarte Boiler System GmbH Niemcy.

Eine andere polnische Firma aus der Energiebranche, die auf dem deutschen Markt agiert, ist **Energoinstal S.A.** Von 2008 bis 2010 hat diese Firma über zehn Aufträge für deutsche Klienten ausgeführt, u.a. für:¹⁹

- Alstom Power Energy recovery GmbH/ Düsseldorf,
- Standardkessel Baumgarte GmbH,
- Standardkessel GmbH,
- Baumgarte Boiler Systems,
- ThyssenKrupp Xervon Energy,
- KAB-TAKUMA,
- Hitachi und Alstom Power.

Die von polnischen Firmen aus der Energiebranche erbrachten Dienstleistungen sind für deutsche Unternehmen wichtig. Die große Zahl polnischer Firmen auf dem deutschen Markt ergibt sich aus der Nachbarschaft zu Deutschland, der Attraktivität dieses größten europäischen Marktes sowie der allmählichen Liberalisierung der Vorschriften hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitnehmern/innen aus Polen und anderen Ländern Mitteleuropas nach ihrem EU-Beitritt im Jahre 2004. Darüber hinaus wurde die Legalisierung der Wirtschaftstätigkeit im Hinblick auf die Registrierung kleiner

¹⁷ <http://www.zre-elko.pl/>

¹⁸ <http://www.sefako.com.pl/pl/Aktualnosci.html>

¹⁹ <http://www.energoinstal.pl/plik,24,.html>.

Unternehmen, die gewöhnlich als Einpersonbetriebe funktionieren, erleichtert.²⁰ Im Jahre 2009 erreichte der globale Konjunkturunbruch auch Deutschland, das die schärfste Rezession seit den 1960er Jahren erlebte. Im Jahre 2010 bewältigte die deutsche Wirtschaft die Krise und erreichte ein überraschend gutes Ergebnis. Es handelte sich dabei um das höchste Wachstum seit 20 Jahren. Die Jahre 2010 und 2011 zeigen, dass sich die deutsche Wirtschaft nach der Krise des Jahres 2009 in einem Zustand der Belebung befindet und weiter wächst. Auch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) stellt für Deutschland gegenwärtig eine überraschend günstige Prognose. Nach anhaltend gedämpften Konjunkturerwartungen drängt Deutschland nunmehr nach vorne. Dies verdeutlicht die Arbeitslosenstatistik: die Arbeitslosenrate wird im Jahre 2012 6,8% Prozent betragen. Das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren.

Die Hauptmotive für die Delokalisierung polnischer Unternehmen in Deutschland:

- Die Größe und Aufnahmefähigkeit ausländischer Märkte aufgrund ihres demographischen Potenzials; eine hohe Inlandsnachfrage sowie das erhebliche Wirtschaftswachstum,
- Der Schutz und die Stärkung der eigenen Marktposition; unter den Bedingungen einer sich globalisierenden Wirtschaft die Aufrechterhaltung, Sicherung sowie Erweiterung der eigenen Marktposition durch die Verdrängung vorhandener und potenzieller Konkurrenten,
- Die Erweiterung des Kundenstamms,
- Die Konsolidierung innerhalb der Branche; Direktinvestitionen (am häufigsten als Übernahmen) dienen der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens,
- Die Möglichkeit einer stärkeren Exportsteigerung in die benachbarten Märkte; Investitionen auf dem Auslandsmarkt erleichtern die Erweiterung der Wirtschaftstätigkeit in geographisch angrenzende Regionen und bringen Kostensenkungen; Erhöhung des Skalennutzens, wozu die Integration indirekt beiträgt,
- Zusätzliche Exportmöglichkeiten auf dem Investitionsmarkt; die im Ausland vorgenommenen Investitionen sorgen für den Export von Komponenten und anderen benötigten Waren, wodurch die Produktions- und Dienstleistungsaktivitäten gefördert werden.
- Nicht selten werden Auslandsinvestitionen von Vorurteilen, Stereotypen und schematischem Denken beeinträchtigt. Eine Barriere stellt hierbei nicht nur die Fremdsprache dar, sondern auch die unterschiedliche Kultur, Gewohnheiten und die Mentalität der Menschen. Und unterbewusst mag die Überzeugung schlummern, dass der ausländische Geschäftspartner unehrlich ist. Das Wissen um die Vielfältigkeit der Kulturen erlaubt es hingegen, Missverständnissen und Enttäuschungen vorzubeugen. Sich bewusst zu machen, dass Unterschiede

²⁰ http://www.wsz-pou.edu.pl/biuletyn/index.php?nr=27&p=&strona=biul_radom_biz.

bestehen, ist der erste Schritt, um nach gemeinsamer Kommunikation zu suchen und sie gegenseitig abzustimmen.

Immerhin sind seit dem 1. Mai 2011 die mit dem Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verbundenen Beschränkungen Vergangenheit geworden.²¹ Deutschland hat den Arbeitsmarkt für Polen geöffnet und polnische Staatsbürger/innen können ohne jede Beschränkung auf dem deutschen Markt Arbeit aufnehmen.

²¹ Vom 1.5.2011 an sind die Staatsbürger von acht neuen Mitgliedstaaten der EU von der Pflicht befreit worden, im landwirtschaftlichen sowie im gastronomischen und Beherbergungssektor eine Arbeitserlaubnis zu beantragen.

Gerhard Schüsselbauer Rumänien (România)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der kommunistischen Zwangsherrschaft) genoss der am **1. Januar 2007** erfolgte **Beitritt Rumäniens zur EU** einen sehr hohen Stellenwert in der rumänischen Außenpolitik. Rumänien versteht sich als europäisches Land mit einer wechselvollen Geschichte, die sich aus dem Erbe des Römischen Reichs ableitet. Linguistisch betrachtet steht die rumänische Sprache als der romanischen Sprachfamilie zugehörend dem Latein sehr nahe. Das Jahr 1918 stellte für Rumänien einen entscheidenden Wendepunkt dar. Die Erklärung der Vereinigung von Transsilvanien und dem Altreich am 1. Dezember 1918 läutete die nationalstaatliche großrumänische Phase ein, die sich bis heute im Unteilbarkeitspostulat in der rumänischen Verfassung widerspiegelt. Die Einheit des Nationalstaates Rumänien und die territoriale Unantastbarkeit werden darin als unumstößlich betrachtet.

Rumänien legt Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen direkten Nachbarstaaten Bulgarien, Republik Moldau, Ukraine, Serbien und Ungarn. Bedeutsam ist die Stellung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen und im Banat. Schon während des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg und der totalitären kommunistischen Herrschaft unter Nicolae Ceaușescu war die Integration und die Anerkennung der ungarischen Minderheit (ca. 1,6 Mio. Menschen) ein äußerst strittiger Aspekt der bilateralen Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn. Die Bedeutung der einst zahlenmäßig großen deutschsprachigen Minderheit in Siebenbürgen und im Banat ist seit den 1980er und insbesondere 1990er Jahren erheblich zurückgegangen. Während die Siebenbürger Sachsen sich ab dem Beginn des 13. Jahrhunderts im damaligen Königreich Ungarn im Rahmen der Ostkolonisation ansiedelten, kamen die Banater Schwaben während der Habsburger Monarchie ab Ende des 17. Jahrhunderts in das Gebiet um Temeschburg (Timișoara, Temesvár) im Banat. Von den einst weit mehr als einer halben Million sogenannter „Donauschwaben“ leben heute nach harten Zeiten der Umsiedlung, Vertreibung oder Verschleppung in

Fläche 238.391 km²

Einwohner 20,1 Mio. Einwohner (vgl. NRW – 17,8 Mio. EW)

Einwohner/km² 84 Einwohner / km²

Geburtenrate 9,9 Lebendgeborene/1.000 Einwohner (Geburtenrate sinkend)

Hauptstadt Bukarest (1,9 Mio. Einwohner, etwas größer als Hamburg oder Wien)

Staatsform Semipräsidentiale Republik / semipräsidentielle repräsentative Demokratie Rumänien verfügt über ein Zweikammern-System mit einem vom Volk direkt gewählten Staatspräsidenten (**Traian Băsescu**, seit Dezember 2004) als Staatsoberhaupt, der den Ministerpräsidenten ernennt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Die Parlamentswahlen vom Dezember 2012 hoben erneut den seit Mai 2012 amtierenden Ministerpräsidenten **Viktor Ponta** der sozialdemokratischen Partei PSD im Rahmen einer *sozialliberalen Union* (USL) mit einer deutlichen Mehrheit von knapp 59 Prozent der Stimmen ins Amt.

Religion 86,7 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zur Rumänisch-Orthodoxen Kirche; 6,7 Prozent Protestanten, vor allem reformierte Christen; 5,6 Prozent Katholiken

BIP/Einwohner 12.700 € (nach Kaufkraftstandard, Schätzung für 2012), zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 31.300 €, Niveau des BIP/Kopf: 49 % des Durchschnitts der EU (28)

BIP-Wachstumsrate +2,5 % (2011), 0,8 % (2012), 1,7 % (2013, Schätzung)

Anteil der Beschäftigten in Dienstleistung + Staat: 53 %, Industrie: 40 %, Landwirtschaft: 7 %,

Inflationsrate 4,0 % (Ende 2012)

Arbeitslosenquote 7,4 % (2012), 7,0 % (2013, Schätzung)

Haushaltsdefizit -2,8 % des BIP (2012)

sowjetische Arbeitslager und dem Exodus nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Zwangsherrschaft nur noch ca. 35.000 „Rumäniendeutsche“ auf rumänischem Staatsterritorium.

Von der seit **März 2004** bestehenden Mitgliedschaft in der **NATO** sowie dem im **Januar 2007** erfolgten **EU-Beitritt** erhofft sich Rumänien

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und den Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt und wegen der Schwarzmeerküste von strategischer Bedeutung ist
- den Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- die Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) sowie die **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Rumänen bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Land als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich werden ihre Arbeitsmärkte für rumänische und bulgarische Arbeitnehmer nicht vor Anfang 2014 öffnen.
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle rumänische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Historisch bedingte Feindseligkeiten aufgrund der bis ins 19. Jahrhundert reichenden türkischen Fremdherrschaft spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989/1990

Vorgeschichte: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Rumänien als rückständiges, agrarisch geprägtes und mit einer faschistischen Vergangenheit unter General Antonescu belastetes Land schnell von kommunistischen Parteiapparatschiks beherrscht. Den Jahren des stalinistischen Terrors unter Gheorghe Gheorghiu-Dej folgten einerseits die schleichende Abkehr von der Sowjetunion und andererseits die forcierte Industrialisierung des Landes. Nach der Machtübernahme durch Nicolae Ceaușescu im Jahr 1965 isolierte sich Rumänien zusehends, während die Bevölkerung vor allem in den 1970er und 1980er Jahren aufgrund der Versorgungsengpässe große Not leiden musste. Das Fernsehprogramm lief maximal zwei Stunden täglich, und die Höchsttemperatur in Plattenbauwohnungen belief sich im Winter auf 12 Grad. Die Ausschaltung jeglicher Opposition und Andersdenkender, Gehirnwäsche, Abtreibungsverbot und Diskriminierung von Frauen, permanente Überwachung und

Unterdrückung, Gigantomanie bei Bauprojekten, Devisenknappheit, Schwarzmärkte, Zwangsarbeit für politische Häftlinge und bittere Armut – das waren die wahren Gesichter des kommunistischen Ideals in Rumänien. Symbolisiert wird der Wahnsinn des Diktators Ceaușescu heute noch insbesondere durch den Bau des gigantischen „Haus des Volkes / Casa Popurului“, dem heutigen Parlamentspalast in Bukarest, dem zahlreiche Kirchen und historische Gebäude mit ca. 40.000 Wohneinheiten zum Opfer fielen.

Rumäniens Wende war durch eine blutige Revolution, organisiert durch eine breite Bevölkerungsschicht, und den Kampf gegen die brutale Geheimpolizei Securitate im Dezember 1989 geprägt, die nach der Hinrichtung von Nicolae und Elena Ceaușescu am 25. Dezember 1989 den inneren Kreis um Ion Iliescu, den späteren Staatspräsidenten, innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei an die Macht spülte. Dies unterscheidet die Entwicklung in Rumänien gravierend von der Wende in der ehemaligen DDR, in Ungarn oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich auch in Rumänien eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Rumänien gelang in den Jahren nach der Revolution **1989/1990** der **friedliche, jedoch ausgesprochen steinige Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Die Konsolidierung der Demokratie und der Aufbau stabiler demokratischer Institutionen sind auch nach mehr als zwanzig Jahren der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Transformation nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Das Erbe der kommunistischen Herrschaft und postsozialistischen Transformationsphase ist bis heute in weiten Teilen der politischen Elite sowie der Gesellschaft zu spüren. Besonders ausgeprägt ist jedoch die ausgesprochen enge Verzahnung der (dubiosen) Geschäftswelt, den vielfach betrügerischen Gewinnern der Systemtransformation und politischen Mandatsträgern.

Rumänien verfügt zwar über eine relativ breite parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische Richtung sowie bürgerlich-konservatives Lager) zeigte jedoch in der Vergangenheit die Polarisierung der politischen Landschaft. Die linkspopulistische und pseudo-sozialdemokratische Regierung von Viktor Ponta schreckt nicht davor zurück, die unumstößliche Gewaltenteilung im Staat massiv zu beeinträchtigen, um die Exekutive zu stärken und die judikative Kontrollfunktion einzuschränken. Mittlerweile ist das rumänische Verfassungsgericht – es entspricht in etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden, da es versucht, den überbordenden Einfluss der Regierung zurückzudrängen.

Die Minderheiten in Rumänien haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der zahlenmäßig sehr bedeutsamen ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend.

Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der rumänischen Bevölkerung. Die Kernfrage richtet sich hier nach den Möglichkeiten und dem Willen zur sozialen Inklusion der Roma-Minderheit.

Politik heute – 2012/2013

Die extreme Polarisierung und Spaltung der politischen Landschaft und damit der Gesellschaft symbolisiert sich im **Machtkampf zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Ponta**, dem Sieger der Parlamentswahlen vom Dezember 2012, und dem seit 2004 im Amt stehenden, **konservativen Staatspräsidenten Traian Băsescu**. Das Jahr 2012 brachte eine Eskalation des bereits seit langem schwelenden Machtkampfes zwischen dem Staatspräsidenten und der Regierung. Die Situation gipfelte in dem gescheiterten Versuch, den Präsidenten mittels eines Volksreferendums im Sommer 2012 des Amtes zu entheben. Hauptauslöser der Staatskrise in Rumänien ist die dramatische Verschärfung der Finanz- und Wirtschaftskrise, einhergehend mit einer schweren Rezession. Die Auswirkungen der in den USA ausgelösten Finanzmarktkrise sowie der Euro-Verschuldungskrise spürt Rumänien besonders drastisch. Ende 2011 führte ein unpopuläres Sparprogramm zu landesweiten Protestaktionen. Die instabilen Machtverhältnisse belegen die Fragilität der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien und die personalisierten Feindseligkeiten, die die Europäische Kommission sowie die europäische Staatengemeinschaft zutiefst beunruhigen. Obwohl Rumänien seit mehr als sechs Jahren Vollmitglied der EU ist, steht es ebenso wie Bulgarien unter besonderer Beobachtung seitens der Europäischen Kommission („Postmonitoring“), da nicht nur die Konsolidierung der demokratischen Legitimität und der effektiven Gewaltenteilung angemahnt werden muss, sondern auch innen- und finanzpolitische Defizite gravierenden Ausmaßes auszumachen sind. Neben der schwersten Vertrauenskrise der rumänischen Politik seit der Revolution und den Turbulenzen der 1990er Jahre ist die Tatsache besonders beunruhigend, dass ehemalige Geheimdienstmitarbeiter und zahlreiche Politiker, die sich massiven Korruptionsvorwürfen gegenübersehen, die politischen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Machtstrukturen dominieren. Unter dem Deckmantel des „Sozialliberalen“ zementieren sich nun Machtverhältnisse, die die europäischen Werte mit Füßen treten. Aber auch die bürgerlich-konservative Seite muss sich massiv vorwerfen lassen, in diesem Gefüge eine unselige Rolle zu spielen und nichts gegen Amtsmissbrauch und Misswirtschaft in den eigenen Reihen unternommen zu haben.

Besonders strittig ist nach wie vor der Beitritt Rumäniens sowie Bulgariens zum Schengenraum im Rahmen der Verhandlungen der EU-Innenminister. Das Schengensystem dient dem Schutz der künftigen Schengen-Außengrenzen zwischen Rumänien und der Ukraine, der Republik Moldau und Serbien und soll die im Schengen-Abkommen festgelegten technischen Anforderungen erfüllen. Die Regierung in Bukarest protestierte im März 2013 heftig gegen die von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich bekräftigte Ankündigung, den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum notfalls mit einem deutschen Veto zu verhindern. Der rumänische Innenminister Radu Stroe verwies Deutschland, in dieser heiklen Angelegenheit besser

„den Mund zu halten“. Die neue Haltung unter Ministerpräsident Victor Ponta besteht nun darin, dass der Schengen-Beitritt nicht mehr zu den Prioritäten seiner Regierung gehört. Auch nach dem Rücktritt der bulgarischen Regierung von Bojko Borrisow im Februar und der Ankündigung von Neuwahlen in Bulgarien ist dieser fundamentale Aspekt der Integration dieser zwei südosteuropäischen EU-Länder nach wie vor völlig ungeklärt.

Zusammenfassend bestehen die größten Herausforderungen für die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Ponta in folgenden Punkten:

- Überwindung der dramatischen Wirtschaftskrise, des immer wieder drohenden Staatsbankrotts und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung des einheimischen KMU-Sektors (kleine und mittelständische Unternehmen), auch durch das Anziehen ausländischer Direktinvestitionen.
- Überwindung der massiven Vertrauenskrise der Bevölkerung, hervorgerufen durch den Einzug korrupter Politiker und ehemaliger Securitate-Mitarbeiter ins Parlament
- Steuersenkungen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung und Kampf gegen die Inflation
- Abbau der Bürokratie, Stärkung einer effektiven Administration, Stärkung der Gerichtsbarkeiten, Abbau der ausufernden Ineffizienzen sowie Kriminalitätsbekämpfung
- Stärkung der institutionellen und administrativen Strukturen des Landes zur Überwindung der grassierenden Korruption, Günstlings- und Misswirtschaft.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** stellt einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Rumänien wie Deutschland oder andere europäische Länder eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur bewältigt werden, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird und zugleich das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben wird. Dazu kommen die enormen Auswanderungswellen, die das Land aufgrund des „Braindrains“, der Abwanderung besonders qualifizierter, meist junger Arbeitnehmer, hart treffen. Die Gesamtbevölkerung ist somit unter die 20-Millionen-Grenze gefallen. Insbesondere gut ausgebildete Fachkräfte im technischen oder betriebswirtschaftlichen Bereich sowie vor allem im Gesundheitswesen verlassen das Land seit etlichen Jahren in Scharen. Vor allem materielle, aber auch gesellschaftspolitische Gründe spielen hierbei eine bedeutsame Rolle.

Mit der Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der im Dezember 2012 neugewählten linksliberalen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch äußerst brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere

Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft immer wieder vor Zerreißproben.

Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der rasch wachsenden ethnischen Gruppe der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Rumänien durchlebte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den 1990er Jahren eine lange Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, basierend auf der Hinterlassenschaft der sozialistischen Wirtschaft, der Zwangskollektivierung und des Zusammenbruchs des RGW-Handelssystems. Darüber hinaus war die Wirtschaftspolitik der rumänischen Volkswirtschaft in dieser Phase der Systemtransformation von einem permanenten Richtungswechsel und somit einer schädlichen Stop-and-go-Policy geprägt. Nach der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Anfang der 2000er Jahre wies Rumänien fast zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **Wachstum des BIP** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2008 ungebrochen, auch wenn viele der lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits veräußert wurden. Wie in anderen mittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel in Rumänien deutlich sichtbar. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Bukarest, während die nördlichen und südlichen bzw. südöstlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts weit über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit.

Rumänien ist wegen der geringen Lohn- und Lohnnebenkosten zwar nach wie vor ein attraktives **Billiglohnland**. Die seit 2000 gestiegenen Lohnstückkosten sowie Reallöhne zeigen jedoch, dass eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung über einen längeren Zeitraum eingesetzt hat. Obwohl die Arbeitskosten weit unterhalb der EU-Länder und auch unterhalb konkurrierender Volkswirtschaften Ostmittel- und Südosteuropas liegen, behindern Marktunvollkommenheiten, infrastrukturelle Entwicklungsrückstände sowie große ordnungspolitische Defizite den weiteren Entwicklungsprozess in Richtung einer etablierten Marktwirtschaft. Rumänien ist weit davon entfernt, den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum zu verstetigen.

Neben der wenig fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und der mangelnden **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum weist die rumänische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen

Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate von 4 bis 6 Prozent (bis Ende 2012), die sich aufgrund des vormals hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Rumänischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Rumänien schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden rasanten Anstieg der Gesamtverschuldung sowie eines permanenten Defizits der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2011 4,4 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Mittlerweile beträgt der Gesamtschuldenstand des Staates ca. 35 Prozent des BIP im Jahr 2012 nach lediglich 13 Prozent im Jahr 2008. Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen, inländischen Nachfrage sind die Importe zwar rückläufig, was das Handelsbilanzdefizit schrumpfen lässt, allerdings zeigen sich rumänische Produkte als wenig wettbewerbsfähig auf dem EU-Binnenmarkt sowie auf den Weltmärkten.

Rumänien wies ein deutlich verringertes Wachstum des realen BIP von 0,8 Prozent im Jahr 2012 und einen drastischen Wirtschaftsabschwung in den Vorjahren ab 2008 auf, da wirtschaftspolitische Fehler und die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum hemmen. Die Rezession hat Rumänien weiterhin fest im Griff. Für 2013 wird zwar eine leichte konjunkturelle Erholung prognostiziert, von einer Überwindung der strukturellen Defizite kann jedoch noch lange nicht gesprochen werden kann. Von der Einführung des Euro ist Rumänien noch sehr weit entfernt. Überhaupt muss der gegenwärtigen Regierung der Wille abgesprochen werden, an der langfristigen Einführung des Euro festzuhalten. Vielmehr geht es den Regierungsgliedern und weiten Teilen der Parlamentsabgeordneten darum, die eigene materielle Machtposition zu erhalten bzw. auszubauen und so nicht den gesellschaftlichen Nutzen, sondern lediglich den privaten Nutzen zu maximieren.

Bestehende regionale Unterschiede mit hoher Arbeitslosigkeit im Nordosten oder in der südlichen Tiefebene und Arbeitskräfteknappheit in den Agglomerationszentren des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten rumänische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem akzeptablen Wert von unter 7 Prozent lag, stieg zwischenzeitlich bis Ende 2012 auf über 8 Prozent, zählt

jedoch nach wie vor zu den eher moderaten Arbeitslosenquoten in der EU. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Arbeitslosenquote statistisch betrachtet nur deshalb so niedrig liegt, weil hunderttausende Rumänen das Land verlassen haben und somit der Druck auf den Arbeitsmärkten verringert werden konnte. Darüber hinaus existiert eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit, da viele Personen, insbesondere Roma, nicht registriert sind.

Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Rumänien die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte. Bei einem mittlerweile schwachen realen Wirtschaftswachstum gestaltet sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den gleichzeitig bestehenden immensen sozialpolitischen Herausforderungen als besonders problematisch. Wirtschaftspolitisch steht Rumänien ähnlich wie das Nachbarland Ungarn damit an einem Scheideweg zwischen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession! Die OECD mahnt seit etlichen Jahren immer wieder die ausgeprägte Wachstumsschwäche und die mangelnde Konsolidierung des Staatsbudgets an.

Die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen und Staat“) unterscheidet sich von der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die rumänische Volkswirtschaft ist neben der Landwirtschaft, in der viele Arbeitskräfte bei niedriger Arbeitsproduktivität gebunden sind, der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Textilindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Rumänien lange Zeit, ein robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken. Diese steigt jedoch nun aufgrund der mangelhaften Ausnutzung des Potenzialwachstums und der tiefen Wirtschaftskrise. Nach Strukturreformen, die mehrere Jahre dauerten und die Entwicklung eines dynamischen, von Unternehmen in ausländischem Besitz getragenen Ausfuhrsektors förderten, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik seit dem Jahr 2000 in erster Linie auf die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards durch Lohn- und Rentenerhöhungen und den Ausbau der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen, wofür ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf genommen wurde. Die sich daraus ergebende starke öffentliche und private Inlandsnachfrage federte den Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dem ersten Halbjahr 2001 zum Teil ab. Das reale BIP wuchs von 1998 bis 2008 durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr. Damit hat sich auch die reale Einkommenssituation weiter, jedoch bei weitem nicht aller Bevölkerungsteile verbessert. Vor allem Rentner/innen und Geringverdiener leiden unter dem hohen Preisniveau und der gestiegenen Inflationsrate, sodass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Schwächen zeigt.

Vom Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 war Rumänien aufgrund der zerrütteten Staatsfinanzen besonders stark betroffen. Wegen des hohen Doppeldefizits (Leistungsbilanz und Staatshaushalt) und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, die zu erheblichen Teilen in Fremdwährungen erfolgte, erlitt die rumänische Währung Leu (RON) gegenüber dem Euro ab Oktober 2008 erhebliche Kursverluste. Nachdem auch der Markt für rumänische Staatsanleihen wegbrach, bat Rumänien ähnlich wie Ungarn den Internationalen Währungsfonds IWF um Hilfe. Über den IWF wurde Rumänien vor dem drohenden Staatsbankrott mit Hilfe eines Rettungspakets, das an strikte Konsolidierungsaufgaben gebunden ist, bewahrt. Erste positive Signale in der Haushaltskonsolidierung sowie des Abbau des Leistungsbilanzdefizits zeigen sich nun im Jahr 2013. Andererseits sind aufgrund der Missernte im Herbst 2012 die Nahrungsmittelpreise sprunghaft in die Höhe geschneit, was zu einem Anstieg der Inflationsrate (Konsumentenpreisindex) auf nunmehr 5 Prozent führte.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So wurden Fortschritte erzielt, das rumänische Straßennetz langfristig an das europäische Autobahnnetz anzuschließen. Ebenfalls nimmt Rumänien neben Tschechien und Ungarn die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Auf 100 Rumänen/Rumäninnen entfallen 114 Handys. 20 von 100 Haushalten verfügen über einen eigenen Pkw, 25 von 100 Haushalten über einen Breitbandanschluss. Besonderen Nachholbedarf sieht man sowohl im Eisenbahn- und Straßennetz als auch in der Energiewirtschaft, die dringend modernisiert werden muss. Obgleich günstige klimatische Bedingungen herrschen, steckt der Ausbau regenerativer Energien, sieht man von der Nutzung von Wasserkraft ab (25 Prozent der Stromproduktion), noch in den allerkleinsten Kinderschuhen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen bis Ende 2013

Der EU-Beitrittsvertrag für Rumänien und Bulgarien sah Übergangsregelungen für den Arbeitsmarkt vor. Danach können alte Mitgliedstaaten den Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt beschränken. Deutschland machte davon auch in der dritten und letzten Phase Gebrauch. Die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien wird nach dem Beitritt 2007 erst nach Ablauf einer Frist von sieben Jahren Anfang 2014 gewährt. Bislang benötigen rumänische und auch bulgarische Staatsangehörige für den Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland weiterhin eine Arbeitserlaubnis. Zudem dürfen in den Branchen Bausektor, Gebäudereinigung und Innendekoration bis Ende 2013 Arbeitnehmer aus diesen Ländern nur eingeschränkt entsendet werden. Diese Einschränkungen für Rumänen und Bulgaren wurden von Seiten der Bundesregierung mit arbeitsmarkt-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen begründet. Solange der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland oder manchen Städten im Ruhrgebiet noch doppelt so hohe Arbeitslosenquoten aufweise wie im Westen des Landes, könnte die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren darüber hinaus diese Regionen zusätzlich belasten. Gleichzeitig regelt eine vom Kabinett

beschlossene Verordnung, dass rumänische und bulgarische Fachkräfte leichterem Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Mit den Erleichterungen werden Rumänien und Bulgarien zum einen weiter an die volle Freizügigkeit herangeführt. Zum anderen wird es für Fachkräfte einfacher, in Deutschland zu arbeiten. Im Jahr 2012 entfiel die Arbeitserlaubnispflicht für Fachkräfte mit Hochschulabschluss bei entsprechend qualifizierter Beschäftigung, bei der Aufnahme betrieblicher Ausbildungen sowie bei Saisonbeschäftigungen.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Richtlinien, Verordnungen und Normen) wurden zwar Fortschritte erzielt. Auch die Ratifizierung des **EU-Vertrags von Lissabon** brachte Rumänien schnell auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** (Rechtsbesitzstand der EU) bestehen allerdings noch gewaltige Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen, Recyclingsystem etc.), der Justiz- und Innenpolitik und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration. Die Europäische Kommission mahnt nicht nur den ineffizienten Mitteleinsatz verfügbarer Struktur-, Kohäsions- und Regionalfonds an, sondern verschärfte seit der Staatskrise im Sommer 2012 das Prinzip des „Postmonitoring“, d.h. der verstärkten Kontrolle der politischen Stabilität, des staatlichen Auftrags- und Ausgabenwesens, der staatlichen Verwaltung sowie der Einhaltung der aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen.

Rumänien in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- „Staatskrise Rumäniens“ → dramatischer wirtschaftlicher Abschwung, verbunden mit drastischen Haushaltskürzungen im öffentlichen Sektor, Zuspitzung des Machtkampfes zwischen der Regierung unter Ministerpräsident Viktor Ponta und dem Staatspräsidenten Traian Băsescu, verbunden mit dem gescheiterten Versuch der Amtsenthebung des Staatspräsidenten im Sommer 2012
- Deutlicher Sieg der sozialliberalen Koalition USL unter Führung des „Sozialdemokraten“ Ponta bei den Parlamentswahlen im Dezember 2012; Rückkehr vieler „korrupter“ bzw. „belasteter“ Politiker ins Parlament
- Kampf gegen die Rezession und Staatsverschuldung durch hartes Sparprogramm und Einschnitte im sozialen Bereich sowie im Bildungssektor durch massive Gehaltskürzungen
- Umfassende Reform der staatlichen Administration und des Gesundheitswesens als weitere Hauptaufgaben der Regierung
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten zwischen reichen Regionen, bspw. Bukarest oder Teilen Siebenbürgens, und den armen Regionen Moldau und Bukowina im Nordosten des Landes, der rumänischen Tiefebene im Süden sowie Dobrudscha im Südosten des Landes
- Deutliche Abschwächung des lang anhaltenden soliden und exportorientierten Wachstums durch wirtschaftspolitische Fehlgriffe, tiefe Rezession seit dem Jahr 2009, keine konjunkturelle Erholung in den Jahren 2012 sowie 2013!
- Währungsstabilität in Gefahr durch mangelhafte Inflationsbekämpfung

- Zudem mangelhafte makroökonomische Konsolidierung → „Zwillingsdefizit“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte)
- Weiterhin moderate, allerdings statistisch nach unten verzerrte Arbeitslosenquote → Gefahr der Zementierung höherer struktureller Arbeitslosigkeit auf Dauer
- Hoher Abwanderungs- und Auswanderungsdruck, insbesondere bei jüngeren, gut qualifizierten Fachkräften („Braindrain“)

Wirtschaftsgeographie Rumäniens

- **Regionen A:** Großraum Bukarest, Teile Siebenbürgens/Transsilvaniens (Klausenburg/Cluj, Kronstadt/Braşov, Hermannstadt/Sibiu) – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt, Knappheitspreise für Produktionsfaktoren und Immobilien
- **Regionen B:** Westrumänien, Banat mit Timișoara, Nordwestrumänien sowie Hafenstadt Constanța an der Schwarzmeerküste – Entwicklung durch neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südrumänien sowie Maramureș im Norden – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme deutlich sichtbar, kaum vorhandene industrielle Basis, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers angestrebt
- **Regionen D:** Nordostrumänien, Moldau und Bukowina sowie Dobrukscha an der Schwarzmeerküste – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Abwanderung/Binnenmigration, völlig unzureichendes Unternehmertum, große Armut im ländlichen Raum

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz, Navina Engelage

Demokratie leben und gestalten – Jugendaustausch mit Tunesien 2013

Deutsch-tunesisches Austauschseminar im GESW in Vlotho (05.-12. 05. 2013)

Struktur der Teilnehmenden:

Erhebliche Vielfalt und erheblicher Individualismus

Nach intensiver Werbung nahmen schließlich neun junge Deutsche – zumeist Studierende – an der ersten Maßnahme dieses vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik geförderten Projekts im GESW in Vlotho teil. Es handelte sich um fünf junge Frauen und vier junge Männer. Die Ausschreibung erfolgte frei, die TN hatten in entsprechenden Schreiben ihr Interesse und ihre Motivation für den Austausch mit Tunesien offengelegt.

Die deutsche Gruppe bestand – was sich im Laufe des Seminars immer deutlicher herausstellte – aus drei Untergruppen. Drei sehr motivierten Studierenden – u.a. der Islam- und Politikwissenschaften (kurz M), drei TN mit zum Teil tunesischem und arabischen Migrationshintergrund (MH), die schon aus biographischen Gründen sehr an dem Austausch interessiert waren, und einer Gruppe von drei Studierenden (LA), die linke, aktionistische Positionen vertraten – und für lebhaftes Diskussionsleben sorgten. Ihre Fundamentalkritik am bestehenden System und die Akzentuierung von in Deutschland durchaus bestehenden Problemen führten bald zu erhitzten Debatten zwischen M und LA, während sich MH zurückhielt, in der Regel eine vermittelnde Position vertrat.

Es musste darauf geachtet werden, dass dies alles nicht auf Kosten der Seminarinhalte und der tunesischen TN geschah, von denen die meisten zum ersten Mal in Deutschland waren und über ein eher geringes Deutschland- und Europawissen verfügten. LA wurden deshalb des Öfteren aufgefordert, sich mit ihren Redebeiträgen zurückzuhalten, um auch die tunesischen TN öfter zu Wort kommen zu lassen. Diese Appelle schienen zu wirken, denn ab dem dritten Seminartag beruhigte sich die Situation etwas, vor allem nahmen die zuvor spürbaren Spannungen zwischen M und LA deutlich ab.

Die tunesische Gruppe war im Unterschied hierzu etwas homogener; sie bestand aus sieben jungen Frauen und drei jungen Männern. Allesamt Studierende oder bereits mit Hochschulabschlüssen, die nicht nur am Programm interessiert waren, sondern sich auch intensiv um ihre deutschen Mitstreiter/innen bemühten. Allerdings wurden politisch auch hier die unterschiedlichsten Positionen vertreten: von neoliberal bis kommunistisch! Islamistische Ideologeme wurden nicht propagiert, zumal sich im Laufe des Seminars ergab, dass sich alle tunesischen TN für einen toleranten, liberalen Islam aussprachen.

Englisch als gemeinsame Seminarsprache

Vor- und Nachteile

In der Ausschreibung war Englisch als Seminarsprache angekündigt worden – und wurde auch während der meisten Seminarmodule angewendet. Allerdings gab es mit dem Englischen als lingua franca dann Probleme, wenn die Diskussion – besonders zwischen den tunesischen TN – engagiert bis leidenschaftlich geführt wurde. Dann konnten schnelle Übergänge ins Französische oder tunesische Arabisch erfolgen und die meisten Deutschen blieben außen vor. Es musste entsprechend moderiert werden, was nicht einfach war, weil sich eine enorme Diskussionslust entwickelte – und manchmal undiszipliniert durcheinander geredet wurde. Gerade hier wurde deutlich, wie unterschiedlich solche Begriffe wie Demokratie, Toleranz, Laizismus, Parlamentarismus u. ä. innerhalb der tunesischen Gruppe bewertet werden. Dass Demokratie auch etwas mit Diskussionskultur und der Fähigkeit zum Zuhören und Ertragen konträrer Meinungen zu tun hat, wurde permanent erprobt und stellte – über die Inhalte und Diskurse hinaus – eine anhaltende Herausforderung in Sachen Toleranz und Akzeptanz dar. Dies galt sowohl für einige tunesische als auch deutsche TN. Aufgrund der recht unterschiedlichen Englischkenntnisse kam es überdies gelegentlich zu Über- und Unterforderungen. Dann musste wohl oder über ins Deutsche oder Arabische rückübersetzt werden.

Im Vorfeld des Seminars erwies es sich auch nicht ganz einfach, geeignete Materialien in englischer Sprache zu finden, um diese dann in den national gemischten Workshops für alle gewinnbringend nutzen zu können. Dies ist aber grosso modo gelungen, denn die meisten auf Materialien beruhenden Präsentationen zur deutsch-deutschen Teilung und Wiedervereinigung, zu Migration und Integration, zum europäischen Einigungsprozess, zur Teilung von Staat und Kirche in Deutschland und Tunesien sowie zur Bedeutung von NGO in beiden Ländern fielen recht gut aus. Angesichts der Diversität der Gruppe eine beachtliche Leistung, die bei den meisten TN auf eine recht hohe interkulturelle Kompetenz und Ambiguitätstoleranz schließen ließ! Durchgängige simultane bzw. konsekutive Übersetzungen hätten sicherlich manches Missverständnis gar nicht erst entstehen lassen, andererseits aber auch sehr viel Zeit gekostet.

Allerdings wird überlegt, ob in Sousse bei bestimmten Modulen gelegentlich mit Konsekutivübersetzungen gearbeitet werden sollte. Erfreulich war, dass sich zwei deutsche TN im Düsseldorfer Landtag spontan bereit erklärten, die zumeist auf Deutsch vorgetragenen Diskussionsbeiträge des Abgeordneten ins Englische zu übersetzen. Überhaupt gab es innerhalb der Gruppe einige konstruktive Ansätze, den tunesischen Gästen über den eigentlichen Seminarrahmen hinaus, Zusatzinformationen zu Deutschland zu bieten (abendliche selbst organisierte Exkursionen nach Bad Oeynhausen und Münster, Stadtführung in Köln, gemeinsame Sichtveranstaltung zur tunesischen Revolution).

Eigenverantwortung – gelebte Demokratie – zukünftige Kooperation Demokratie leben in interkulturellen Begegnungen

Ferner bestand eines der Lernziele darin, im Seminar Eigeninitiativen zu fördern und die TN zur Artikulation eigener Meinungen und Argumente zu ermuntern. Die Inputs der Seminarleitung lieferten lediglich Basisinformationen und Thesen, die dann von den TN in Workshops kontrovers diskutiert und erfreulich differenziert präsentiert wurden. Gezielt wurde nicht nur diskursiv über Demokratie diskutiert, sondern versucht, sie gemeinsam zu leben und tolerant umzusetzen, ohne dabei die eigenen Meinungen, Überzeugungen, Glaubensinhalte und Erfahrungen zu unterdrücken. Für den einen oder anderen mag das zu persönlich und zu wenig distanziert ausgefallen sein. Dem Lernziel war es dienlich, denn die Seminarreihe sollte auch eine nachhaltige Zukunftskomponente haben. Zwischen den aufgeschlossenen jungen Menschen aus beiden Ländern werden aufgrund des gemeinsam durchgeführten Seminars sowie intensiver persönlicher Kontakte sicherlich Beziehungen entstehen, die über das Persönliche und das Politische hinausreichen. Vielleicht erwächst hieraus – über alle offiziellen Grenzen und Trennlinien hinweg – einst gemeinsames politisches, wirtschaftliches, kulturelles oder soziales Handeln!

Insgesamt ein recht hoher Anspruch angesichts der Diversität der Gruppe, der unterschiedlichen Erwartungshaltungen und des jugendlichen Alters der TN. Das Experiment scheint aber – berücksichtigt man die abschließende schriftliche Seminauswertung – im Großen und Ganzen gelungen zu sein. Das Seminar in Vlotho erwies sich trotz aller Konflikte und Kontroversen als gute Widerspiegelung eines selbstbewussten, weltoffenen und toleranten Deutschlands; gerade angesichts der anhaltenden Integrations- und Islamdebatte, durchaus bestehender Islamophobie, und des gleichzeitig in München angelaufenen NSU-Prozesses. Dessen Zustandekommen sowie ausländer- und islamfeindliche Implikationen wurden von den TN natürlich ebenfalls intensiv diskutiert.

Demokratie-Revolutionen in Europa und im arabischen Raum Was kam/kommt danach?

Das Seminar hatte ein vergleichendes Konzept zur Grundlage. Der demokratische Umsturz in Tunesien – mit all seinen postrevolutionären Unwägbarkeiten – sollte mit den demokratischen Revolutionen im einstigen Ostblock verglichen werden. Deshalb wurde der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas nach 1989 relativ viel Platz eingeräumt. Gleichzeitig wurde die europäische Entwicklung mit der Arabellion in Tunesien verglichen. Wichtig schien dabei, dass die tunesischen TN gleichsam als Zeitzeugen auftreten konnten, die ihre Hoffnungen, Ziele, ihre Arbeit in gemeinnützigen NGOs sowie ihre Enttäuschungen zum Ausdruck bringen konnten.

Zu Beginn der Seminareinheit „Der lange Weg zu Demokratie und Freiheit: Deutsche und Europäische Einigung“ fasste die Referentin die politische Lage des geteilten

Deutschlands im Kalten Krieg, die Reaktionen der DDR-Führung auf entspannungspolitische Initiativen sowie Formen des Widerstands von DDR-Bürger/innen gegen das DDR-Regime in einem Impulsreferat zusammen. Dabei setzte sie die Schwerpunkte auf die Flucht- und Ausreisebewegung sowie die politische Opposition, die in der Kirche Raum fand. Anhand von Protestplakaten wurden die Forderungen der DDR-Oppositionellen – Reisefreiheit, Informationsfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen – thematisiert. Sie boten einen Einstieg zur Diskussion über die Forderungen der tunesischen TN an ihre Regierungen in der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart. Diese Diskussion wurden in binationalen Arbeitsgruppen vertieft, die sich mit folgenden vier Themenfeldern beschäftigten: 1. Akteure der Revolution 2. Forderungen der Demonstranten und politischen Oppositionellen 3. Reaktionen der politisch Herrschenden 4. Errungenschaften, Misserfolge und ungelöste Fragen nach der Wende. Die Arbeitsgruppen hatten zur Aufgabe, die radikalen politischen Veränderungen in Ost-Deutschland und Tunesien zu spiegeln. Doch bevor die TN in ihre Arbeitsgruppenphase starteten, diskutierten die Tunesier/innen über die wichtige Frage der zeitlichen Eingrenzung der Jasminrevolution (Beginn und Ende). Die Meinungen liefen auseinander, die Diskussion wurde leidenschaftlich geführt. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob die Revolution in Tunesien überhaupt vollendet sei. Schließlich einigte man sich für die genannte Aufgabenstellung auf die Periode 2008 (Streiks der Minenarbeiter in Gafsa) bis heute. Doch die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit der Fortführung der tunesischen Revolution bzw. die Forderung nach einer zweiten Revolution, weil die erste als gescheitert angesehen werden müsse, wurden in Kleingruppen und in der Präsentationsphase weitergeführt.

Die Arbeitsgruppen benötigten für die Vorbereitung einer Kurzpräsentation mehr Zeit als erwartet. Ein Grund war das Bedürfnis nach Austausch und Diskussion, ein anderer das große Interesse der Tunesier/innen mehr über die Zusammenhänge in Deutschland und Europa zu erfahren. Sie hatten kein oder nur wenig Vorwissen über den Kalten Krieg, das Impulsreferat konnte die Lücke nur zum Teil füllen. Die deutschen TN gaben sich Mühe, ihre Kenntnisse über die deutsche und europäische Geschichte weiterzugeben. Dabei wurde deutlich, dass die Ereignisse auf deutscher Seite historisiert sind. Die deutschen TN berichten neutral und ohne große Emotionen über die Geschichte, die sie persönlich nicht miterlebt haben. Ganz anders erzählen die tunesischen TN, die am Umbruch im eigenen Land beteiligt waren.

In der Präsentationsphase zeigte sich ein zweiter Diskussionspunkt auf tunesischer Seite über die Frage: Wer waren die Akteure der Revolution in Tunesien bzw. wie ist ihr Beitrag zu bewerten? Besonders wurde über die Rolle der Minenarbeiter und der studentischen UGET-Gewerkschaftler diskutiert, die Wertschätzung für ihren Beitrag war höchst unterschiedlich, eine Einigung nicht möglich.

Trotz unterschiedlicher Einschätzungen kamen die TN zu einem wichtigen gemeinsamen Zwischenergebnis: Soziale und ökonomische Ungleichheiten bleiben in

Tunesien und Deutschland unzureichend beantwortet. Dies kann schwerwiegende Folgen für die politische Stabilität in den Ländern nach sich ziehen.

Dass Desillusionierung und Frustration in Tunesien überwiegen und der Enthusiasmus abgeebbt ist, ergibt sich nicht nur aus der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes, sondern sicher auch aus dem Umstand, dass zahlreiche zivilgesellschaftliche Ziele (Verabschiedung der neuen Verfassung!) bisher nicht erreicht werden konnten, und dass die erstarkten, antiwestlich orientierten Islamisten in der Regierung und außerhalb über (zu) großen Einfluss verfügen. Das Land kommt nicht zur Ruhe, die wirtschaftliche Situation ist prekär und das Ansehen der Wendepolitiker/innen hat stark gelitten. So kann nicht verwundern, dass einige tunesische TN die Ansicht vertreten, dass es den Tunesiern/innen unter dem Diktator Ben Ali besser ging als heute.

Den postrevolutionären Katzenjammer gab es allerdings nach 1989 auch in Ostdeutschland und den ostmitteleuropäischen Transformationsgesellschaften, die sich zwar mehr Freiheit erkämpft hatten, dafür aber den harten Realitäten neoliberaler Transformationsprozesse ausgesetzt blieben. Diese Vergleiche wurden während des Seminars des Öfteren gezogen und verdeutlicht, dass es trotz der so großen Unterschiede zwischen Deutschland, Ostmitteleuropa und Tunesien durchaus strukturelle Übereinstimmungen gibt. Deutlich wurde hierbei auch, dass der Aufbau einer toleranten Zivilgesellschaft viel Zeit benötigt und permanent gefährdet wird. Sind es in Tunesien z. B. fundamentalistisch orientierte Salafisten, die der (westlichen) Demokratie eine klare Abfuhr erteilen und von einem homogenen Gottesstaat träumen, so muss für Deutschland konstatiert werden, dass es neben terroristischen Gefährdungen extremer islamistischer Gruppen ebenfalls eine lange unterschätzte rechtsextreme und gewaltbereite Szene gibt, die bereit ist, aus rassistischen Motiven heimtückisch und gezielt zu morden. Die Demokratie muss deshalb, um akzeptabel und glaubhaft zu bleiben, nicht nur tolerant, sondern auch wehrhaft sein. Das impliziert aber auch einen äußerst vorsichtigen Umgang mit dem staatlichen Gewaltmonopol, das in Diktaturen so gerne missbraucht wird. Umgekehrt impliziert dies auch, dass der gesellschaftliche Protest gegen Missstände möglichst gewaltlos vorgetragen werden sollte, um Zuspitzungen und Blutvergießen zu vermeiden. An dieser Stelle wurde von tunesischen TN deutlich gemacht, dass nicht auszuschließen sei, dass es in ihrem Land, dessen Parteien sich momentan politisch blockieren, durchaus noch zu einer gewalttätigen Lösung und zur Rückkehr der Despotie kommen könne. Für die meisten deutschen TN ein nachdenklich stimmendes Szenario, das umso drastischer wirken musste, als es nicht von abwägenden Politikern oder Analysten vorgetragen wurde, sondern von Altersgenossen, die sich in hohem Maße verunsichert und betroffen fühlen mussten. Während die Mehrheit der Deutschen noch immer unter gesicherten materiellen und rechtstaatlichen Verhältnissen lebt, ist der tunesische Alltag durch die wirtschaftliche und politische Krise sowie eine unabsehbare, zahlreiche Menschen verunsichernde Zukunft geprägt. Wie akut die Problematik ist, zeigten die Auseinandersetzungen zwischen tunesischen Sicherheitskräften und den Anhängern der größten und radikalsten

salafistischen Gruppe „Ansar al Scharia“ am 19. Mai 2013 in einem Vorort von Tunis, bei denen mindestens ein Mensch getötet und 200 Demonstranten festgenommen wurden.

Integration, Migration, Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Europa Welches Wirtschaftsmodell für Tunesien?

Im Zuge des Seminars wurde für die tunesischen TN deutlich, dass Deutschland keine homogene Bevölkerungsstruktur hat. Etwa 20 Prozent der deutschen Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, wobei sich dieser Anteil zukünftig noch erhöhen wird. Die BRD ist mittlerweile ein Einwanderungsland, das eine entsprechende Integrationspolitik betreiben muss, um seine demographischen Probleme angehen zu können und für qualifizierte junge Einwanderer – auch aus sog. Drittstaaten – attraktiv zu werden. Gleichzeitig muss für die alteingesessene Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine adäquate Teilhabe gewährleistet werden. Die Gesellschaft spaltende Integrationsdebatten, wie sie durch die rassistischen Thesen Thilo Sarrazins hervorgerufen wurden, erweisen sich als kontraproduktiv und gefährlich, weil sie zur Exklusion ganzer Bevölkerungsteile führen können. Sie fördern auf beiden Seiten Ansätze zu extremen Denkweisen und wirken desintegrierend. Da sie sich zugleich in erster Linie gegen Muslime und den Islam richten, waren sie für die tunesischen TN, die weltweit mit einer ausgeprägten Islamkritik und Islamophobie konfrontiert werden, von besonderem Interesse. So stellte sich zwangsläufig die Frage nach der in Deutschland vertretenen Integrationspolitik, besonders im Hinblick auf die hier lebenden Muslime. Inwiefern sind sie emanzipierter Teil der deutschen Gesellschaft, wie stark ist ihre gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet, werden sie diskriminiert, haben sie die Möglichkeit, ihren Glauben uneingeschränkt zu leben, waren demnach Fragen, die intensiv behandelt und in verschiedensten Kontexten diskutiert wurden.

In der Seminareinheit „Partizipation, Teilhabe, Integration: Welche Voraussetzungen braucht man hierfür?“ setzten sich die TN mit Machtstrukturen in ihren Gesellschaften auseinander.

Die Referentin widmete sich dem Thema Partizipation in der Migrationsgesellschaft Deutschland. Ihr Vortrag konzentrierte sich auf die in Deutschland lebenden 3,8 bis 4,3 Mio. Muslime. Kritisch stellte sie fest, dass von den 2,9 Mio. türkeistämmigen Bürger/innen nur 80 Mandatsträger/innen in den deutschen Parlamenten saßen (Erhebung aus dem Jahr 2007). Bei den Zuhörer/innen entwickelte sich daraufhin eine Diskussion über die politische Teilhabe von „Minderheiten“, die sich auf das Thema alltäglicher Rassismus ausdehnte und sehr emotional geführt wurde. Die Diskussion wurde von drei TN auf deutscher Seite dominiert, die zum Teil selbst Ausgrenzung in Deutschland erlebt hatten. Die Auseinandersetzung gipfelte in der Äußerung, dass auch von manchen im Seminar das Wort „Migrant/in“ mit einem rassistischen Unterton benutzt werde. Um die Diskussion wieder auf die Sachebene zurückzuführen, zählte die Referentin zentrale Punkte auf, die Partizipation auf politischer Ebene ausmachen, d.h.

1. mehr Verständnis durch Perspektivwechsel 2. Beleuchtung der Privilegien 3. gesellschaftliche Strukturen als Messgröße von Integration 4. Beteiligung der Adressat/innen auf gleicher Augenhöhe. Danach erläuterte sie konkrete Voraussetzungen, damit Menschen in der Migrationsgesellschaft partizipieren können, z.B. Sprachförderung, niedrigschwellige Angebote, interkulturelles pädagogisches Bewusstsein in Schulen und Kitas sowie die interkulturelle Öffnung durch Einstellung von Fachkräften.

Ziel war es, anschließend das Gespräch über Partizipation, Teilhabe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf die Metaebene zu heben und die Lage anderer gesellschaftlich benachteiligter Gruppen einzubeziehen. Leider konnte die erweiterte Integrationsdefinition des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Zuwanderung und Integration der Gruppe nur knapp vorgestellt werden. Aus Zeitmangel wurde die Diskussion über mögliche Voraussetzungen für eine chancengleiche Teilhabe aller Menschen an zentralen, gesellschaftlichen Bereichen – wie Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht, soziale Sicherheit – nur rudimentär geführt. In einem weiteren Modul wurde die Frage behandelt, wie eine humane europäische und deutsche Migrations- Flüchtlings- und Asylpolitik aussehen könnte. Einerseits wurde hervorgehoben, dass sich die EU durch den Zuzug illegaler Einwanderer/innen bedroht sieht (Festung Europa), andererseits wurde betont, dass sie in manchen EU-Staaten als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Einerseits muss der Verlust qualifizierter Migranten von den Geberstaaten als brain drain betrachtet werden, andererseits hat gerade ein Land wie Tunesien in der Vergangenheit von den Rücküberweisungen seiner Arbeitsmigranten profitiert. Die Diskussion drehte sich durchgängig um den kaum aufzulösenden Zielkonflikt zwischen postulierten humanen Zielsetzungen (Allgemeingültigkeit der Menschenrechte) und den die Wirklichkeit bestimmenden massiven ökonomischen Interessen ganzer Staaten oder ausschließlich profitorientierter Gruppen. Und hier gingen die Meinungen natürlich stark auseinander. Für das zukünftige Tunesien wurden neben liberalen Ansätzen auch etatistische vertreten, neben einer tiefen Sozialismuskritik gab es angesichts massiver sozioökonomischer Ungleichgewichte eine ebenso tiefe Kritik an dem in den USA und in der EU vorherrschenden Modell des real existierenden Kapitalismus. Ins Spiel gebracht wurde aber auch das über lange Zeit so erfolgreiche Modell der sozialen Marktwirtschaft. Und es gab natürlich nur ganz selten schlüssige Antworten, vielmehr wurden immer wieder neue Fragen aufgeworfen und nach dem Warum gefragt.

NGOs und Zivilgesellschaft

Wie funktioniert ein Parlament in Deutschland?

Viel Wert wurde seitens der Seminarleitung auf die Vorstellung deutscher NGOs und Vereine gelegt, da sie gewöhnlich den zivilgesellschaftlichen Kern für basisdemokratische Strukturen und Entwicklungen darstellen. Dabei wurde die Kleinstadt Vlotho als Modellfall diskutiert, in der es neben der beiden Initiatoren des Seminars, dem AKE und dem GESW e.V. zahlreiche weitere Vereine gibt, die sich der

internationalen Kooperation und Völkerverständigung widmen: So kamen Vertreter der Vlothoer Städtepartnerschaftsvereine zu Wort, wurden die Ziele der Vereine „Ethik und Moral“ sowie „Die Internationale Gesellschaft“ (DIG) erläutert und die Arbeit des Jugendhofs Vlotho sowie seine Geschichte vorgestellt. Diskutiert wurden die Aktivitäten der NGOs in Tunesien, die nach einem ersten revolutionären Enthusiasmus zu stagnieren scheinen. Besprochen wurde aber auch der Rückzug zahlreicher junger Menschen aus ihren ehrenamtlichen Aktivitäten, der für beide Länder typisch zu sein scheint. In diesem Kontext wurde von tunesischer Seite auch hervorgehoben, dass die Bedeutung der sozialen Medien beim Umsturz in Tunesien zwar für eine Mobilisierung der Straße gesorgt habe, später aber keine nachhaltigere Wirkung mehr entfaltete. Hier wurden Vergleiche zu ähnlichen Erscheinungen in Deutschland und Europa gezogen: Stichpunkt „Piraten“. Debattiert wurde über das Verhältnis und die Widersprüche zwischen strategischen, geplanten Vorgehensweisen und spontanen Bürgerprotesten, über das Verhältnis von indirekter und direkter Demokratie.

Anschaulich gemacht wurde das Funktionieren parlamentarischer indirekter Demokratie durch den Landtagsbesuch in Düsseldorf, wo es die Gelegenheit gab, Basisinformationen über dessen Geschichte zu erfahren, live einer Debatte des Schulausschusses zu folgen und mit einem Landtagsabgeordneten sowie zwei Medienvertretern zu diskutieren. Im Focus der Diskussion standen Fragen der Glaubwürdigkeit von Politikern/innen (Korruption!), die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Kommunal-, Landes- und Bundespolitik in Deutschland, die Rolle des religiösen Bekenntnisses in der Politik, die Umsetzung von Diversity im politischen Alltag (etwaige Diskriminierung von Fremden, Frauen, Menschen mit Behinderung, Schwulen und Lesben). Vor dem Hintergrund der anhaltenden Verfassungsdiskussion in Tunesien ganz zentrale Fragestellungen, die über die zukünftige Gestalt der tunesischen Gesellschaft entscheiden werden und deshalb ausdauernd nachgefragt wurden. Zumal – so einige TN – die islamistische Regierungspartei Ennahda in Tunesien versuche, das Land durch eine Sonderstellung des Islam in der noch immer nicht verabschiedeten neuen Verfassung zu islamisieren. Somit bestehe die Gefahr, dass religiöse Werte über Menschenrechte gestellt werden könnten.

Islamischer Alltag in Deutschland

Homogene versus heterogene Gesellschaft, Diversität, Umgang mit Rassismus und rechtem Terror

In Köln Mühlheim hatten die TN die Gelegenheit ein islamisches Gemeindezentrum zu besuchen und mit Vertretern des Vorstands zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass die islamische Gemeinde in Mühlheim, die zahlreiche religiöse, schulische und freizeitorientierte Angebot macht, seit langem im Stadtteil integriert ist. Seitens der Vorstandsvertreter wurde betont, dass gegenseitiges Vertrauen zwischen Christen und Muslimen nur dann entstehen und erhalten werden könne, wenn man sich kenne und Fremdheit abgebaut worden sei. Deshalb betreibe man eine Politik der Öffnung und der

Offenheit – und deshalb stehe das Zentrum auch interessierten Christen zur Verfügung. Begrüßt werden auch die verstärkte Förderung des Islam-Unterrichts an deutschen Schulen sowie die Ausbildung von Islamlehrenden an deutschen Universitäten. Dabei wurde in der Diskussion von allen TN hervorgehoben, dass das religiöse Bekenntnis und dessen Ausübung Privatangelegenheit jedes Einzelnen seien, und das gesellschaftliche und politische Leben nicht bestimmen dürften. Der Islamisierung des öffentlichen Lebens, ob in Deutschland, der Türkei oder Tunesien sei deshalb eine deutliche Abfuhr zu erteilen. Gleichzeitig hoben einige tunesische TN hervor, dass die tunesische Gesellschaft im Hinblick auf den Glauben wesentlich homogener sei als die deutsche. So wurde die Frage, ob ein Christ in Tunesien Staatspräsident werden könnte, sehr kontrovers diskutiert. Hieran schloss sich eine Debatte über die Akzeptanz von Diversität und die Rolle von Frauen, Schwulen, Lesben oder Menschen mit Behinderung in politischen Führungspositionen an. Es wurde deutlich, dass trotz bestehender Probleme und Alltagsdiskriminierungen Europa (Deutschland) diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gemacht hat. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass Diversität und der Grad ihrer Akzeptanz (Toleranz) in Tunesien weiterhin recht umstritten bleiben. Schließlich wurde auch die Frage aufgeworfen, wie die islamische Gemeinde in Mühlheim auf die von Thilo Sarrazin und anderen „Islamkritikern“ vertretenen rassistischen Thesen reagiert habe. Die Vorstandsmitglieder erläuterten, dass die Reaktionen sehr unterschiedlich ausgefallen seien: von absoluter Empörung und Betroffenheit bis hin zur Bagatellisierung. Gleichzeitig wurde eingeräumt, dass die türkische und türkischstämmige Bevölkerung Köln Mühlheims die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses und die Umstände des angelaufenen NSU-Prozesses sowohl in den deutschen als auch in den türkischen Medien sehr genau verfolgte. Immerhin gehe es hier um das Funktionieren und die Glaubwürdigkeit des deutschen Rechtsstaats! Angesichts massiver Versäumnisse und des Versagens deutscher Ermittlungsbehörden sei diesbezüglich wohl viel Porzellan zerschlagen worden.

Resümee

Die Seminauswertung ergab, dass die meisten der tunesischen und deutschen TN mit dem Verlauf und den Ergebnissen des ersten Teils unseres tunesisch-deutschen Austauschseminars sehr zufrieden waren. Kritik gab es vereinzelt im Hinblick auf die gelegentlich auftauchenden Sprachprobleme, da natürlich nicht alle Referierenden und Teilnehmenden über eine annähernd gleiche Englischkompetenz verfügten. Auch wurde auf deutscher Seite bemängelt, dass man während des Seminars noch stärker grundlegende Elemente des deutschen Staats-, Parteien- und Wirtschaftssystems hätte behandeln sollen, da sie den tunesischen TN als elementare Strukturen eines demokratischen Staatswesens vielleicht nicht genügend vertraut waren. So berechtigt diese Kritik war, so muss man sich auch vor Augen führen, dass wir es in diesem frei ausgeschriebenem Seminar auf beiden Seiten mit sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten zu tun hatten, die sich erst während des Seminars näher kennenlernten. Gemäß ihrer individuellen Prägungen verfügten sie über sehr heterogene Erfahrungen,

Kenntnisstände und Erwartungen und brachten die unterschiedlichsten Überzeugungen, Haltungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck. Angesichts dieser erheblichen Diversität erbrachten alle Beteiligten im Laufe des Seminars eine erstaunliche Integrationsleistung und kamen dem Motto des Seminars, Demokratie zu leben, sehr nahe. Insofern darf man auf die Fortsetzung des Seminars, das vom 23. bis 30. Oktober 2013 in Sousse stattfinden wird, sehr gespannt sein.

Aleksandra Pagacz-Pociask¹

Pädagogische Schulentwicklung – eine gemeinsame Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern – Oder: Wege vom Schüleraustausch in die Schulpartnerschaft?

Das IX. Zygmunt-Wróblewski-Allgemeinbildende-Lyzeum in Krakau (Kleinpolen) und das Konrad-Adenauer-Gymnasium in Westerburg (Rheinland-Pfalz) auf dem Weg zur Schulpartnerschaft

Vorbemerkung:

Die Ergebnisse internationaler pädagogischer Vergleichsstudien zeigen, dass Lehrer/innen in allen Ländern täglich vor einer großen pädagogischen Herausforderung stehen – einer Herausforderung, die sie miteinander verbindet. Es geht um die Bewältigung folgender Frage:

Wie kann ich meine Schüler/innen so unterrichten, dass sie sich möglichst alle optimal auf die Überprüfung ihrer Lernergebnisse oder auf den nächsten internationalen Vergleichstest auf möglichst hohen Anforderungsebenen vorbereitet fühlen?

Lehrer/innen, die die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien lesen, fühlen sich nicht selten allein gelassen, wenn von ihnen eine Verbesserung ihres Lehrens verlangt wird. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen können sie zu der Erkenntnis gelangen, dass die Ergebnisse im eigenen Land im Durchschnitt vielleicht nicht besonders gut sein mögen, sie selbst aber immer wieder durch Rückmeldungen von Eltern darin bestätigt werden, dass sie sehr gut unterrichten und die Kinder ihren Unterricht gern besuchen. Zum anderen sind die Schulleitungen in ihren Beurteilungen zu diesen sehr guten Ergebnissen ihrer Arbeit gekommen. Es scheint daher einen Widerspruch zu geben zwischen den allgemeinen Feststellungen über die pädagogischen Leistungen aller Lehrer/innen eines Landes und der Wahrnehmung des Ertrags des eigenen Unterrichts.

Woher ergibt sich der Optimierungsbedarf?

In allen Ländern kann man als Lehrperson damit zufrieden sein, wenn die Schüler/innen das, was sie gelernt haben, bei Überprüfungen so wiedergeben können, dass es zu einer „Gauss’schen Normalverteilung“ der Noten kommt. Diese Verteilung der Noten enthält auch eine Aussage darüber, wie viele Schüler/innen in der Lage sind, auf hohem oder niedrigerem Anforderungsniveau zu denken. Nun kann man zu der Schlussfolgerung gelangen, dass dies bis heute niemanden gestört hat. Es war im Schulalltag die Norm. Die Internationalen Vergleichsstudien der OECD (PISA, TIMSS etc.) verbinden nun die qualitative Aussage über die Lernkompetenz der Schülerschaft eines Landes mit folgender quantitativen Feststellung: Je mehr Schüler/innen eines Landes in der Lage sind, möglichst hohe Lernanforderungen zu bewältigen, desto höher ist der Bildungsstand der Schulen in diesem Land – und desto höher ist die zukünftige

¹ Die Autorin ist Deutschlehrerin am IX. Lyzeum und koordiniert seit 11 Jahren den Schüleraustausch mit dem Konrad-Adenauer-Gymnasium in Westerburg

Wettbewerbsfähigkeit dieser Schüler/innen auf einem globalen Arbeitsmarkt. Es geht bei dieser Argumentation um die von der Schule versprochenen gleichen Bildungschancen auf hohem Niveau und im internationalen Vergleich. Aufgrund dieser Argumentation befinden sich nicht nur die Schulen in Europa in einem bemerkenswerten Wettbewerb, sondern auch die von ihnen ausgebildeten Schüler/innen. Sie stehen somit vor der eingangs formulierten gemeinsamen Herausforderung, bestmöglich für eine qualitativ hohe Ausbildung im Sinne der hohen Lernanforderungen für möglichst alle Schüler/innen zu sorgen. Gemeinsame Herausforderungen können daher in einer Schule nur gemeinsam von Lehrer/innen bewältigt werden. In Fragen des Lehrens und Lernens ist die partnerschaftlich-solidarische Zusammenarbeit ein Gebot der Stunde. Lernentwicklung in einer Klasse braucht die Solidargemeinschaft der in dieser Klasse lehrenden Lehrer/innen, um in angemessener Weise aus Sicht der Schüler/innen zu lernen. Denn nur wenn wir wissen, wie Schüler/innen lernen, können wir sie erfolgreich unterrichten.

Der Aufbau der Solidargemeinschaft der Unterrichtenden ist natürlich Aufgabe der Lehrpersonen, die in einer Klasse unterrichten. Wenn es aber darum geht, dass auch das Niveau einer Schule oder der Schulen eines Landes im globalen Maßstab gehoben werden soll, sollten Formen der Solidargemeinschaft entstehen, die die Lehrer/innen aus Schulen in verschiedenen Ländern miteinander verbinden.

Wie Partnerschaft entsteht – die Förderrolle eines COMENIUS- Regio Projekts

Schlussfolgerungen aus diesen Überlegungen haben Lehrer/innen des IX. Allgemeinbildenden Lyzeums in Krakau und des Konrad-Adenauer-Gymnasiums in Westerburg gezogen. Lehrer/innen beider Schulen pflegen seit 11 Jahren einen intensiven Schüleraustausch. In diesen Jahren konnten sich vor allem die Lehrkräfte sowohl beruflich als auch privat intensiver kennenlernen, so dass beide Schulen dazu bereit waren, an einem interessanten europäischen Bildungsangebot, einem COMENIUS-Regio Projekt, teilzunehmen. Neben den beiden Schulen kamen zwei weitere Partner auf beiden Seiten hinzu. Das jeweilige Lehrerfortbildungsinstitut in der Region: Das Kleinpolnische Zentrum für Lehrerfortbildung (MCDN) in Krakau und das Pädagogische Landesinstitut (PL) in Speyer sowie das Bildungskuratorium in Krakau und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) – Schulaufsicht – in Koblenz. Sie arbeitete zwei Jahre unter folgendem Projektthema zusammen: „Vom Bericht über die externe Evaluation zum Erfolg der Schule“. Eine der Kernfragen des Projekts bestand darin: Wie können die Ergebnisse der externen Evaluation so aufbereitet werden, dass sie den Schülern/innen zugute kommen?

Vom 9. bis zum 13. April 2013 fanden am IX. Zygmunt-Wróblewski-Allgemeinbildenden-Lyzeum in Krakau die zweiten Gemeinsamen Studientage statt, an denen Fachlehrer/innen von Schulen teilnahmen, die sich inzwischen auf dem Weg vom Schüleraustausch zur Schulpartnerschaft befinden.

Entwicklungslinien

Das Projekt hatte den Titel: "Pädagogische Schulentwicklung – eine gemeinsame Aufgabe von Lehren/innen – Oder: Wege vom Schüleraustausch in die Schulpartnerschaft?". Es war ein Projekt zum 10. Jubiläumsjahr der Schulpartnerschaft, die sich bis zu diesem Zeitpunkt auf drei Ebenen entwickelt hatte:

- Regelmäßiger Schüleraustausch,
- Teilnahme der Schulleiter/innen an den Foren für Schulleitungen der Schulen in Rheinland-Pfalz und Kleinpolen sowie die
- Teilnahme von Lehrern/innen an den Seminaren für Koordinatoren der Schülerbegegnungen.

Nach zehn Jahren Zusammenarbeit erhielt die Partnerschaft zwischen den beiden Schulen eine neue Dimension: Vertreter von Lehrerkonferenzen trafen sich zu einem Workshop, den sie selbst planten und durchführten. Das erste Treffen dieser Art fand im November 2012 in Westerburg statt, das zweite im April 2013 in Krakau. Das Ziel der Veranstaltungen war ein intensiver Erfahrungsaustausch über allgemeine Erziehungsfragen an beiden Schulen sowie ein pädagogischer Erfahrungsaustausch, aus dem eine systematische Verbesserung der Unterrichtsqualität hervorgehen sollte. An den Treffen wirkten insgesamt 20 Lehrer/innen – jeweils zehn aus jeder Schule – mit. Schon vorhandene Kontakte zwischen den Lehrern/innen beider Schulen konnten im Übrigen erweitert und vertieft werden.

Erste Schritte – gemeinsame Studientage am Gymnasium in Westerburg

Im November 2012 lernten die Lehrer/innen des IX. Lyzeums das Profil der Partnerschule in Westerburg kennen, besuchten die neu gebauten und modern ausgestatteten Räume für naturwissenschaftliche Fächer, beteiligten sich an Workshops über Mobbing und Streitschlichtung, tauschten sich über die Rolle und das Aufgabenfeld der Schülervvertretung aus, eigneten sich die Methode der kollegialen Fallberatung an und behandelten mit den deutschen Kollegen/innen Erziehungsfälle. Die Lehrer/innen des Konrad-Adenauer-Gymnasiums öffneten ihren Unterricht, es wurden sechs Unterrichtsstunden hospitiert und kollegial besprochen: Chemie, Naturwissenschaften und jeweils zwei Unterrichtseinheiten in Biologie und Englisch. Ein Training über schwierige Gespräche mit Eltern führten zwei Referenten des Pädagogischen Landesinstituts in Boppard durch. Die Teilnehmer/innen definierten konstruktive und kritische Konfliktsituationen, tauschten sich über ihre bisherigen Erfahrungen bei der Bewältigung schulischer Konflikte aus und versuchten, die angebotenen Techniken der Gesprächsführung (aktives Zuhören, Ich-Botschaften, Paraphrasieren, Fragetechniken u.ä.) auf hypothetische Situationen in der Simulation anzuwenden.

Die nächsten Schritte – gemeinsame Studientage am Lyzeum in Krakau

Während der Studientage in Krakau im April 2013 setzten die Lehrer/innen das gemeinsame Projekt der kollegialen Unterrichtsberatung fort. Polnische Kollegen präsentierten Stunden in Sozialkunde, katholischer Religion, Erdkunde und eine Stunde

mit dem Klassenlehrer – die so genannte Erziehungsstunde – sowie zwei Unterrichtseinheiten in Polnisch. Die hospitierenden Lehrer/innen besprachen den beobachteten Unterricht zuerst mit den hospitierten Kollegen/innen. Danach wertete man in einer Arbeitsgruppe die beobachteten Arbeitsmethoden aus und erarbeitete im Plenum Empfehlungen für die Weiterarbeit mit dem Lehrstoff.

Die kollegiale Unterrichtsberatung wurde am IX. Lyzeum in Krakau von Dezember 2012 bis Juni 2013 als internes Weiterbildungsprojekt realisiert. Es beteiligten sich 14 Fachlehrer/innen daran. Den Impuls zur Verbreitung dieser Fortbildungsmethode erhielt die Lehrergruppe durch einen Studienaufenthalt der Schulleiterin und einer Lehrerin im Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz in Boppard sowie in der Partnerschule KAG Westerburg im November 2011, da diese Methode im oben genannten Programm des COMENIUS-Regio Projekts 2011-2013 vorgesehen war.

Das nächste Modul der Studientage war ein Präventionsprogramm des IX. Lyzeums. Seine Autorin – Frau Grażyna Kubic - präsentierte die Ziele, die konkreten Aufgaben seiner Realisierung und verschiedene Evaluationsmethoden. Der Diskussion und den vielen Fragen folgte eine kollegiale Besprechung der Unterrichtseinheit „Stunde mit dem Klassenlehrer“. Diese Stunde weckte besonders das Interesse der deutschen Kollegen/innen, weil die Lehrpläne für die Oberstufen an den Gymnasien in Rheinland-Pfalz eine solche Form der Erziehung durch den Klassenlehrer nicht vorsehen.

Gemeinsame Vorbereitung von Unterrichtsstunden

Eine Herausforderung für alle Seminarteilnehmenden war die Erarbeitung gemeinsamer Unterrichtsansätze anhand gleicher Quellen. Die Lehrer/innen entwarfen Vorlagen für Unterrichtsstunden in Sozialkunde, katholischer Religion, Polnisch und Deutsch. Jede Gruppe konstruierte einen genauen Unterrichtsablauf. Dabei legte man auf die Berücksichtigung aktivierender Methoden besonderen Wert. Das Ergebnis sind drei Unterrichtskonzeptionen zu folgenden Themen:

1. *Ist Europa unsere Zukunft? Nationale Perspektiven der Entwicklung der Europäischen Union;*
2. *Der Herrschaftsauftrag des Menschen nach Gen 1,28 – profitorientierte Ausbeutung oder verantwortungsvolle Bewahrung?;*
3. *Opfer oder Täter? Figuren der Holocaustliteratur auf dem Prüfstand?! (Material: Schlink „Der Vorleser“ und Borowski „Bei uns in Auschwitz“)*

Sie werden im nächsten Schuljahr an beiden Schulen durchgeführt und evaluiert. Ihr Fazit sollte ein Bestandteil der 3. Gemeinsamen Studientage sein, die für November 2014 in Planung sind.

In Anknüpfung an das Thema der beobachteten Unterrichtseinheiten in Polnisch und des Konzepts für Deutsch- und Polnischunterricht besuchten die Lehrer das Museum der ehemaligen Fabrik Schindler in Krakau und das jüdische Stadtviertel Kazimierz.

FAZIT²

Die Gemeinsamen Studientage für Lehrer/innen aus den genannten Partnerschulen waren die erste Maßnahme dieser Art in beiden Regionen. Sie machte es möglich, dass ihre Teilnehmer/innen zusammen kamen, um ihre gemeinsamen beruflichen Kompetenzen zu identifizieren und zu erweitern.

Der Mehrwert des Projekts Gemeinsame Studientage ergibt sich aus der Integration des Lehrerkollegiums durch gemeinschaftliches Handeln, aus einer Stärkung der Offenheit für Veränderungen und aus der Festigung der partnerschaftlichen Schulkultur an beiden Partnerschulen sowie aus der Verbesserung des Lernniveaus von immer mehr Schülern/innen.

In politischer Hinsicht wurden sich die Seminarteilnehmer bewusst, dass ihre Arbeit einen unmittelbaren Bezug zum deutsch-polnischen Vertrag vom 17. Juni 1991 hat, der besonders die Schulen, also auch die Lehrer/innen zur Verbesserung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auffordert. Im vorliegenden Fall ist es gelungen, Geist und Buchstaben des Vertrags zu erfüllen. Die Studientage in beiden Schulen waren bedeutsame Schritte auf dem Wege vom Schüleraustausch zu einer wirklichen Schulpartnerschaft zwischen dem IX. Lyzeum in Krakau und dem Konrad-Adenauer-Gymnasium in Westerburg.

² Das Projekt wurde gefördert aus Mitteln des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz sowie aus Eigenmitteln des IX. Allgemeinbildenden Lyzeums und der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Dokumentation

Jacek Żakowski

Die Polen sind irgendwie anders

Wir sind Polen! Also sind wir anders – und das sieht man. Aber am unterschiedlichsten sind wir da, wo man es nicht sieht. Kaum zu glauben, wie gut sich das messen lässt.¹

Dank der spanischen Stiftung BBVA, die die Überzeugungen und Haltungen der Europäer in zehn Ländern der Europäischen Union sorgfältig untersucht hat, wird uns die polnische Andersartigkeit auf dem Teller serviert. Wir dürfen uns die Chance nicht entgehen lassen, uns selbst endlich scharf ins Visier zu nehmen und zu verstehen. Sicher nicht, um uns noch mehr aufzuplustern. Denn ehrlich gesagt gibt es dafür keinen Grund. Vielmehr gibt es etwas zu erklären, verständlich zu machen und zu verstehen. Jedenfalls ist es besser, etwas über sich selbst zu erfahren, als in Wolken zu schweben.

Nun ja, wir sind anders: ganz anders, konsequent und traditionell anders. Nicht nur anders als die Schweden, Deutschen und Franzosen, sondern auch als unsere tschechischen Brüder. Unser Anderssein ist vor allem Eigenart, und zwar nicht nur im Sinne einer Besonderheit, sondern vor allem als Mangel an Neugier. Wyspiański, der sich einst zu diesem polnischen Mangel an Neugier äußerte, schrieb: „Mag die ganze Welt Kriege führen, das polnische Dorf wird sich nicht rühren“. Wenn diese Aussage das damalige polnische Desinteresse an der Welt widerspiegelt, so lässt sich sagen, dass wir seitdem noch viel weiter in diese von unserem Dichturfürsten vorgegebene Richtung vorgedrungen sind.

Die Spanier stellten den Europäern die Frage: „Wie sehr interessieren dich Informationen über die Welt, über Europa, über dein Land, über deine Stadt oder den Ort, aus dem du stammst“. Nur bei einer Kategorie waren die Polen nicht am wenigsten interessiert und belegten den vorletzten Platz. Denn noch weniger als ein Pole ist der durchschnittliche Brite an Europa interessiert. Allerdings liegt Polen nicht auf einer Insel.

Der polnische Mangel an Neugier ist nicht Ergebnis einer durch endlose Debatten hervorgerufenen Ermüdung oder der Unlösbarkeit immerzu gleicher Probleme. Die Polen verfügen vielmehr gar nicht über die Möglichkeit, deswegen zu ermüden oder sich zu langweilen. Sie haben davon nur verschwommene oder gar keine Vorstellungen, und zwar ganz einfach deshalb, weil sie im Unterschied zur Mehrheit der Europäer das

¹ In: Polityka, Nr. 17/18, 24. 04.-07. 05. 2013, S. 20-21; die Gesamtergebnisse der Untersuchung findet man unter www.fbva.es in englischer Sprache.

Geschehen nicht verfolgen, und sich erst gar nicht der Anstrengung unterziehen, es zu verstehen. Presseerzeugnisse lesen wir mehr als dreimal so wenig als der Durchschnittseuropäer. Nur jeder Zehnte von uns liest irgendeine Zeitung in Papierform oder im Internet. Sechsmal seltener als die Schweden, fünfmal seltener als die Niederländer, viermal seltener als die Deutschen, dreimal seltener als Briten und Franzosen sowie zweimal seltener als die Tschechen.

Das Unwissen ist mit radikaler Passivität gepaart. Zur Mitgliedschaft in einer Organisation bekennt sich nur jeder Sechste von uns. Das ist das schlechteste Ergebnis insgesamt. Mehr als doppelt so schlecht wie beim Durchschnitt der befragten Staaten. Fünfmal seltener als die Dänen, viermal seltener als die Deutschen, zweimal seltener als Spanier und Tschechen „gehören wir an“. Ganz ähnlich unterscheiden wir uns im Hinblick auf fast alle öffentlichen Aktivitäten. Bei politischen Kampagnen, bei Geldspenden für politische Parteien und andere Organisationen, beim Unterzeichnen von Petitionen, bei der Streikbeteiligung, bei Internet-Protesten, bei Demonstrationen, Verbraucherboykotten oder bei indirekten Formen des Drucks gegen Politiker sind wir zwei- bis fünfmal weniger aktiv als die durchschnittlichen Europäer.

Während über 40 Prozent der Europäer bei öffentlichen Angelegenheiten aktiv sind, so sind es nur 18,6 Prozent der Polen.

Wir haben durchaus das Recht auf das Ausmaß und die Folgen der spontan zusammengerufenen Massenproteste Jugendlicher in Sachen ACTA stolz zu sein, was aber nichts an der Tatsache ändert, dass wir an den durch soziale Netzwerke organisierten Protesten zweimal seltener teilnehmen als die Durchschnittseuropäer und fast viermal seltener als Spanier und Schweden.

Der Unterschied ist so groß, dass die spanischen Forscher vier Kategorien schufen, um das bürgerschaftliche Verhalten in den einzelnen Ländern zu systematisieren: die sehr aktiven Nordeuropäer (Schweden, Dänen und Holländer), das recht aktive Kerneuropa (Frankreich, Deutschland), die weniger aktive Peripherie (Spanien, Italien, Großbritannien, Tschechien) und eine vierte Kategorie, der Polen angehört. Und nur Polen. Politisch und geographisch sind wir zweifellos Teil Europas, aber bürgerschaftlich und kulturell sind wir nur Nachbarn, die durch eine dicke Mauer oder – wenn man so will – einen tiefen Graben von Europa getrennt bleiben.

Unsere konsequente Passivität mag seltsam erscheinen, wenn man bedenkt, dass aufgrund der gleichen Umfrageergebnisse die Polen am seltensten (ebenfalls zweimal seltener als der Durchschnitt) einer Partei angehören oder zumindest mit ihr sympathisieren. Man kann also den Eindruck gewinnen, dass wir das System generell ablehnen, uns nicht mit ihm identifizieren und nicht in ihm aufgehen wollen. Auch hier wird die Aufteilung in die drei ein Kontinuum bildenden Gruppen (Nordeuropäer, Zentrum und Peripherie) sowie Polen deutlich, das sich von den übrigen Ländern durch abgründige fast 50 Prozent unterscheidet.

Dies ist aber der weniger wichtige Teil des Problems. Ein echtes Dilemma stellt vielmehr die Tatsache dar, dass die Polen mit diesem Stand der Dinge ganz offensichtlich zufrieden sind. Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land befinden wir uns deutlich über dem europäischen Durchschnittsniveau. Unsere (passive, uninteressante und uns nicht aktivierende) Demokratie gefällt uns besser als den Engländern, Franzosen, Tschechen, Italienern und Spaniern der Zustand der Demokratie in ihren Ländern. Zufriedener als wir sind nur die Nordeuropäer und die Deutschen. Das lässt wohl nicht erwarten, dass wir etwas verändern und uns aktiver beteiligen möchten. Zumal wir, da wir uns nicht an öffentlichen Dingen beteiligen und uns nicht für sie interessieren, weniger als der Durchschnittseuropäer den mangelnden Einfluss auf politische Entscheidungen wahrnehmen, die in unserem Namen getroffen werden.

Grundsätzlich meinen wir, dass es – so wie es ist – gut ist, dass es keinen Grund zum Klagen gibt und man sich nicht der – gleich einem Tsunami – durch Europa schwappenden Nörgelei über das Demokratiedefizit und die Elitendiktatur, die sich auch dort eines immer geringeren Vertrauens der Gesellschaften erfreut, anschließen sollte. In den ersten vier Jahren der europäischen Krise haben die Politiker durchschnittlich über die Hälfte ihres Vertrauens eingebüßt, Geistliche ein Viertel, die Wirtschaft ein Fünftel und die Gerichte ein Sechstel. Relativ stabil ist das Vertrauen der Europäer gegenüber der Polizei und der Wissenschaft.

Und auch hier stellt Polen ein Phänomen dar. Kaum eine der europäischen Gesellschaften hat so ein großes Vertrauen zu Politikern, Journalisten und Geistlichen wie wir. Und gleichzeitig ist niemand so misstrauisch wie wir gegenüber Ärzten, Wissenschaftlern, Lehrern, der Polizei und Beamten. Auch den Unternehmern vertrauen wir weitaus weniger als die Durchschnittseuropäer und weniger als allen anderen Eliten (außer den Politikern); noch misstrauischer gegenüber den Unternehmern sind nur noch Spanier und Franzosen.

Die polnische Eigenart verfügt hier über ihre klare Logik. Mit Menschen verbindet uns viel mehr als mit Institutionen. Das erklärt auch, warum Sozialismus und Nationalismus (die man mit etatistischen Einstellungen verbindet) im europäischen Vergleich in Polen am wenigsten Unterstützung finden, dagegen der Kapitalismus am meisten (gleich hinter Dänen und Niederländern). Und das erlaubt zu verstehen, dass wir neben den Deutschen eine aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft am stärksten ablehnen. Gleichzeitig meinen nur Schweden, Spanier und Italiener häufiger als wir, dass es hauptsächlich der Staat ist, auf dem die Verantwortung lastet, allen würdige Lebensbedingungen zu garantieren. In dieser Hinsicht sind wir – für unsere Verhältnisse – sehr konsequent. Etwas mehr als die Hälfte der Polen will diese Pflicht dem Staat auferlegen, und ein wenig mehr als die Hälfte meint, dass es besser wäre, ein effizientes System sozialer Dienstleistungen zu haben, auch wenn man hierfür höhere Steuern zahlen müsste.

Würden sich die Polen für öffentliche Angelegenheiten interessieren, so verstünden sie, dass das System, von dem sie träumen, die Fusion zweier in Europa bekannter Systeme darstellt, die in den letzten fünf Jahrzehnten geräuschvoll zusammengebrochen sind. Des Wohlfahrtsstaates, der allen eine volle Absicherung gewährte, und der die von ihm erzeugten Kosten nicht tragen konnte, sowie des neoliberalen Staates, der erlaubte, dass die Wirtschaft sich selbst regierte, und der das durch die Märkte erzeugte Ungleichgewicht nicht ausgleichen konnte. Dieses Unverständnis stellt ebenfalls eine polnische Eigenart dar, und kann tatsächlich dafür sorgen, dass wir uns auf Dauer schmerzlich vom Rest Europas unterscheiden werden.

Sicherlich sind die Menschen verschieden. Kulturen unterscheiden sich, Gesellschaften ebenfalls, auch Bedürfnisse und Gewohnheiten. Aber auch Unterschiede sind unterschiedlich. Die einen zeigen unsere Unterschiedlichkeit an, andere sorgen für unseren Ausschluss. Wenn wir doppelt so klein wie der europäische Durchschnitt wären sowie viermal so klein wie die Deutschen und zweimal so klein wie die Tschechen, so würde es uns nicht nur schwer fallen, mit den übrigen Europäern Fußball zu spielen oder an Skiwettbewerben teilzunehmen. In den von ihnen gebauten Pkw würden wir mit unseren Füßen die Pedale nicht erreichen, sie müssten in unseren Restaurants das Hauptgericht viermal nachbestellen, auf den Sitzungen des Europäischen Rates müsste der polnische Ministerpräsident ein Spezialstühlchen mit Leiter haben, Bronisław Komorowski müsste bei der Begrüßung von Kanzler Merkel hochspringen – und sie müsste sich sowieso bücken. Wir würden einfach physisch nicht zu Europa gehören. Heute aber scheinen wir weder gesellschaftlich noch kulturell zu ihm zu passen.

Es hat keinen Sinn aus dieser Andersartigkeit ein Drama zu machen. Die Welt und Europa verändern sich, und auch wir ändern uns. In der Regel vollzogen sich die Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg in Richtung Konvergenz. Es bleibt zu hoffen, dass deren nächste Welle uns nicht nur in politischem und zivilisatorischem, sondern auch in kulturellem Sinne mitnimmt. Dass wir uns als Gesellschaft europäisieren, demokratisieren, zu interessieren beginnen und aktiv werden. Aber das ist weder sicher, noch gibt es eine Garantie dafür. Das müssen wir schon selbst leisten.

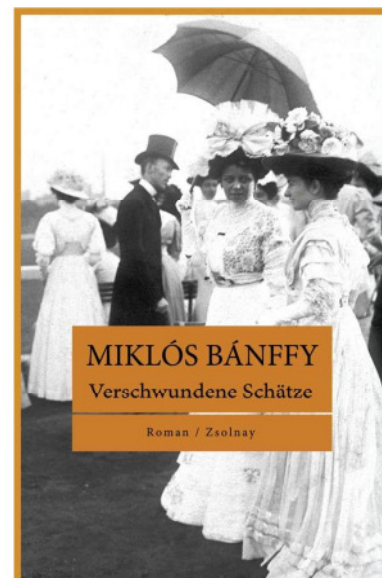
Rezensionen

Miklós Bánffy, *Verschwundene Schätze* Paul Zsolnay Verlag Wien 2013, 574 S.

„Krieg! Krieg nicht in fernen Kolonien, sondern hier in Europa. Ein Kampf um Leben und Tod, um die Existenz. Krieg, der, sollte er verloren gehen, die Doppelmonarchie zerbrechen würde, Krieg, dessen Preis sein Vaterland zu bezahlen hätte sowie Siebenbürgen, das einer Zitadelle gleich am Weg steht.“

Nach dem Erscheinen des sensationellen ersten Teils der Siebenbürger Trilogie *Die Schrift in Flammen* von Miklós Bánffy veröffentlichte nun der Paul Zsolnay Verlag den zweiten Teil der ungarisch-siebenbürgischen Geschichten aus den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts, erneut meisterlich übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Andreas Oplatka. *Verschwundene Schätze* ist die kongeniale Fortsetzung von Miklós Bánffys erstem Romanteil und wirkt in Detailtreue und Tiefenschärfe wie ein Historienspielfilm, in dem der Untergang der Aristokratie, politische Wirren im Vielvölkerreich sowie Familien- und Liebestragödien zu einem einzigartigen Sittengemälde verwoben sind. Miklós Bánffy, ein Kind der k. u. k. Donaudoppelmonarchie, wurde 1873 in Klausenburg (ungarisch Kolozsvár, rumänisch Cluj-Napoca), damals der zweitgrößten Stadt Ungarns, geboren. In der Zeit des Ersten Weltkrieges wurde er zum Leiter der Budapester Oper berufen. In der Zwischenkriegszeit fungierte er von 1921 bis 1922 als ungarischer Außenminister. Der Ruhm seiner Siebenbürger Geschichten konnte ihm nicht mehr zuteilwerden, da er arm und mittellos 1950 in Budapest verstarb, nachdem er wegen seiner Besitztümer 1926 die rumänische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Seine Versuche, seinen Einfluss als bekannter Siebenbürger auf eine Aussöhnung zwischen Ungarn und Rumänien nach dem Vertragsschluss von Trianon im Jahr 1920 geltend zu machen, scheiterten aufgrund der veränderten politischen Lage in beiden Ländern, die auf Jahrzehnte hinaus ein spannungsgeladenes Verhältnis prägte. Erst heute in der neuen EU (28) gelingt eine zögerliche Besserung der binationalen Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien, für die sich Bánffy zeit seines Lebens eingesetzt hatte.

So wie im ersten Roman *Die Schrift in Flammen* verwebt Bánffy mindestens drei zentrale Ebenen: die Makrowelt der Agonie der Adelligenwelt, der herrschenden Aristokratie am Anfang des 20. Jahrhunderts und am Vorabend des Ersten Weltkriegs, den Mikrokosmos der stets zum Scheitern verurteilten Liebe zwischen den einzelnen Protagonisten sowie die Metaebene der politischen Realität im Vielvölkerstaat der österreichisch-ungarischen Habsburger Doppelmonarchie. Sie sollte zwar als Vorläufer der Vereinigten Staaten von Europa gelten, ihr Schicksal schien aber aufgrund endogener sklerotischer Prozesse schon vor dem Attentat von Sarajewo und dem damit verbundenen Ausbruch des Ersten Weltkrieges entschieden. Bánffy ist dabei weder



bloßer politischer Berichterstatter, noch idealisierender Neoromantiker oder naturalistischer Beobachter. Am ehesten findet er seinen Platz in der klassischen europäischen Moderne. Seine literarische Leistung besteht darin, eine vielschichtige und detailgetreue Romantrilogie zu entwerfen, ohne dabei dem Kitsch zu erliegen. Mit seinen wunderbaren Beschreibungen der Naturschönheiten und Vergänglichkeit hält er gleichsam den Menschen den Spiegel des gesellschaftlichen Untergangs seiner Zeit vor Augen.

Hin und herschwebend zwischen Bánffys siebenbürgischer Heimatstadt Klausenburg, der Natur und dem Dorfleben in Transsilvanien, der Budapester aristokratischen High-Society mit ihren verlogenen, intrigengeladenen Bällen, Festivitäten und „ehrenhaften“ Duellen sowie der Realpolitik im ungarischen Parlament und den zentrifugalen Strömungen in der Habsburger Monarchie oszilliert der Roman zwischen unentrinnbarer Tragödie, Bitterkeit und anmutiger Schönheit. Unausweichlich wandeln die Protagonisten Bálint Abády und sein Cousin László Gyerőffy auf dem Pfad in den Abgesang an die Überlebensfähigkeit der Kunstprodukte Monarchie und Dualismus, aber auch die Familienehre und Liebesbeziehungen sind unrettbar verloren.

Bálint Abády versucht verzweifelt und bisweilen naiv, seine liberalen, idealistischen und humanistischen Vorstellungen, die er besonders der ärmlichen Landbevölkerung Siebenbürgens entgegenbringt, gegen die realpolitischen Kräfte durchzusetzen. Sein Cousin László Gyerőffy versinkt immer mehr im Alkohol, der Selbstzerfleischung und Selbsterstörung, in ein haltloses Schlittern in den Abgrund. So verspielen beide ihre von den Vorfahren ererbten Schätze und Tugenden. Am Ende bleiben nur Selbstauflösung und Trauer „über sich selbst, sein verpfushtes Leben, über all den seit Jahren in sich getragenen Schmerz und Trotz, all die Begabung, die er leichtsinnig verspielt, die Zeit, die er verpasst, und die Jugend, die er vergeudet hatte.“ Bálint Abády reibt sich auf in seiner Liebe zur verheirateten Adrienne, die ihrem „furchtbaren Gefängnis“ nicht zu entfliehen vermag. Beide ertragen ihr bitteres Los und tragen „Erinnerungen in der Seele, die alle Schmerzen und jedes Glück in ihrem Leben enthielten, Wollust ebenso wie den Tod.“ Über all dem Privaten und Intimen schweben der drohende Untergang und die lauende Kriegsgefahr im konfliktgeladenen Vielvölkerreich. „Das Wesen des Lebens ist nun einmal so, dass es eines großen Zwangs oder einer gewaltigen Gefahr bedarf, um die Freude, das Leid und den Ärger des Alltäglichen zu überspielen.“ In einer moralisch dem Untergang geweihten Welt gibt es keinen Platz für eine alle Konventionen sprengende Liebe und auch keinen Platz für humanistische Philanthropie. Was bleibt ist die Wanderung „auf dem Grat, allein über der sich verfinsternden Welt, für immer allein.“

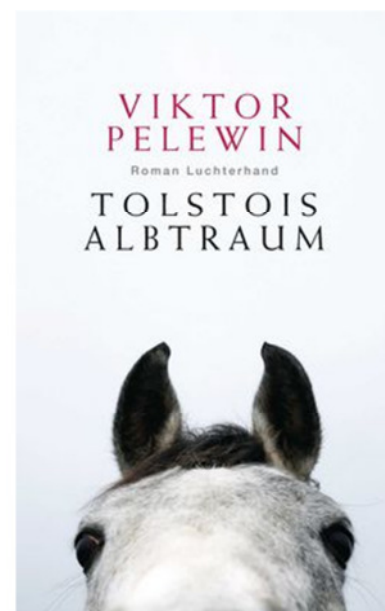
gs

Viktor Pelewin, Tolstois Albtraum Luchterhand Literaturverlag München 2013, 448 S.

„Aber eigenartig ist doch Folgendes – diese riesige Sonne und alles Übrige auf der Welt entsteht und vergeht auf erstaunliche Weise in einem winzigen Wesen, das in einem Strahl Sonnenlicht sitzt. Das bedeutet, es ist unmöglich zu sagen, was der Käfer, die Sonne und der bärtige Mann in einem Wagen, der in der Ferne schon fast verschwunden ist – was sie eigentlich sind, denn jedes Wort wird Torheit sein, Traum und Irrtum.“

Viktor Pelewin, Autor des Kultromans *Generation P* sowie der Romane *Das heilige Buch der Werwölfe* und *Das fünfte Imperium*, unternimmt in seinem neuen Roman erneut den gewagten Versuch, die postkommunistische Wirklichkeit Russlands gänzlich ad absurdum zu führen und dabei gleichzeitig die klassische russische Literatur, Lyrik und Überlieferung von Legenden wieder aufleben zu lassen. Im Original lautet der Romantitel schlichtweg „T“, leider konnte der Luchterhand Literaturverlag der Versuchung nicht widerstehen, daraus den eher merkwürdig tendenziösen Titel *Tolstois Albtraum* zu basteln. Diesmal bedient sich Pelewin nicht der großstädtisch-kapitalistischen Prägung einer darwinistischen Gesellschaft im heutigen Russland, um die post-sowjetischen Exzesse bloßzustellen. Vielmehr schickt er seine Hauptfigur, „Graf T.“, auf die Reise nach seiner eigenen dichterischen Identität und durchstreift so ganz nebenbei auch die Kulturgeschichte Russlands der letzten zweihundert Jahre. „Graf T.“ schlittert von einem Abenteuer ins nächste, begegnet wiederholt seinem Schöpfer Ariel und einem Team von Redakteuren, die nur Sensationen, Glamour und vordergründige Marketingstrategien im Sinn haben. Auch „Gott ist nur der Markenname auf dem Umschlag.“ In der postsowjetischen Beliebigkeit wird „Graf T.“ so zum Wanderer zwischen den Zeiten und den Kulturen. Pelewin bleibt seinem popartigen und flott-hyphen Stil treu verbunden auf die Gefahr hin, dass sein Fantasy-Feuerwerk rasch abbrennt und der Kern seiner literarischen und philosophischen Anspielungen auf das großartige Erbe der russischen Literatur und Geistesgeschichte sich in Rauch auflösen könnte. Er hält in seinen Romanen stets die absoluten und unabänderlichen Werte wie Demokratie, Menschenwürde, Solidarität, Liberalismus sowie das Recht auf individuelle Selbstbestimmung hoch, sie drohen aber zu verkommen in einer Welt, die von Korruption und Kriminalität in einem ausufernden Kosmos geprägt ist.

Pelewins Kunstgriff besteht nun darin, dass „Graf T.“ nicht nur eine bloße Hauptfigur ist, sondern sich seiner Rolle als fiktive Kunstfigur im Roman bewusst ist und beginnt, sich von seinen Schreiberlingen, einer obskuren Schriftstellergruppe, zu emanzipieren. Auf der Suche nach dem sagenhaften Ort „Optina Pustyn“ (vielleicht der unsterblichen Seele) muss jede Suche mit dem Abgrund enden, denn „die Krone jedes Wissens ist der Tod. ‚Ich‘, ‚Die Wahrheit‘, ‚Der Weg‘ – alle diese Begriffe sind derart giftig, dass man sie jedes Mal aufs Neue in der Erde vergraben muss.“ So verschmelzen Autor, Leser und Romanfiguren zu einem sich immer wieder neu erschaffenden Kreislauf auf dem



Weg ins große Unbekannte, der großen Leere. Das größte Geheimnis und zugleich das größte Ziel der Literatur ist ganz einfach: Genau die Erinnerung beim Leser heraufzubeschwören, die er schon immer wusste, um dann mit ihr zu verschmelzen! Gern bedient sich Pelewin dabei vieler literarischer Anleihen bei den großen russischen Schriftstellern neben Tolstoi. Er lässt Dostojewski in geradezu aberwitziger Weise auftauchen, der mit Tolstoi Untote jagt, um an Wodka und Wurst zu kommen. Zitiert werden Puschkin, Gorki und Lermontov, aber vor allem der mystische Religionsphilosoph Wladimir Solowjew (1853-1900) hat es Pelewin angetan. Und natürlich dürfen groteske Anspielungen auf die jetzigen politischen Machthaber Putin und Medwedjew, den doppelköpfigen Adler Russlands zur Rettung des Vaterlandes in der gelenkten Demokratie, nicht fehlen. Damit trifft der in Russland überaus erfolgreiche Viktor Pelewin den Nerv vieler Menschen in seinem Land, die im postsowjetischen Leben vor allem die schlimmen Auswüchse einer politisch und gesellschaftlich gespaltenen Gesellschaft wahrnehmen, aber gleichzeitig die Sehnsucht nach geistiger Wahrhaftigkeit und dem kulturellen Schatz bewahren möchten.

gs

Péter Esterházy, *Esti*

Hanser Verlag Berlin 2013, 368 S.

„Kornél Esti überblickte sein Œuvre. Was auf dem Tisch lag, auf dem Tisch der Nation. Gott, Vaterland, Familie, stellte er fest. Sie können mich mal. In diesem Können, Mitleid und Lachen verging dann sein Leben.“

Vor über zehn Jahren erschien Péter Esterházy's aufsehenerregendes Werk *Harmonia Caelestis*. „Der letzte große europäische Roman des 20. Jahrhunderts“, „eine postmoderne Familiensaga“, „ein hochironisches Textspiel“ – die literarische Welt war derart überwältigt vom wortgewaltigen, großartigen Entwurf Esterházy's, dass ein wahrer Wirbelsturm der Begeisterung durch die verstaubten Hirne der Literaturwelt zog. In diesem postmodernen Roman öffnete sich dem Leser ein Kaleidoskop sowohl europäischer Geschichte als auch europäischer Fiktion. Esterházy, dessen Name für den „ungarischen Traum vom verschwenderischen reichen Mann“, wörtlich übersetzt dagegen für den Abendstern (Ungarisch: esthajnal) steht, zeigt uns in seinem neuen Roman *Esti*, wie weit ein Schriftsteller mit literarischen Anspielungen und Streichen gehen kann. Natürlich ist *Esti* wiederum ein Wortspiel und bezieht sich sowohl auf Esterházy's früheren Spitznamen in seiner Jugend als auch vor allem auf die grandiose literarische Erfindung *Kornél Esti* von Dezső Kosztolányi, einer nicht zu fassenden, abenteuerlichen Schöpfung eines der berühmtesten ungarischen Schriftsteller der klassischen Moderne. Péter Esterházy, Jahrgang 1950 und daher ein Kind des Kommunismus und des damit einhergehenden Freiheitskampfes vieler Ungarn, verbunden mit dem Trauma des niedergeschlagenen Volksaufstandes von 1956, zählt zu den angesehensten europäischen Schriftstellern und arbeitete mehr als ein Jahrzehnt an seinem monumentalen Roman *Harmonia Caelestis*. Ähnlich entzieht sich nun *Esti* jeglicher einfacher Einordnung in Literarturgattungen. Mal handelt es sich um eine Zitatensammlung, mal um ein Vexierspiel oder um eine aufgefrischte Hommage an Kosztolányi. Natürlich geht Esterházy mit der ungarischen Geschichte und besonders mit der gegenwärtigen Ungarntümelei, angeführt von der rechts-konservativen, populistischen Regierung Viktor Orbáns, hart ins Gericht. „Unser einsames Vaterland darf nicht länger dahinsiechen! Mit den Türken, den Habsburgern, den Russen, immer ist es dasselbe, zuerst konkludentes Verhalten, dann bittender Befehl, befehlsartige Schleimerei, schleimender Zwang, zwingendes Betteln, bettelnde Anweisung, dann das Schlucken, das Schlucken der Kröte, der ewige Verlierer der ungarischen Geschichte...“ In Wirklichkeit durchlebt Ungarn nicht nur seit 1956 eine Niederlage nach der anderen, sondern auch einen Minderwertigkeitskomplex, der in bittere Einsamkeit führt. „Die Einsamkeit aber ist die Brutstätte des Verrats.“ *Esti* war Ungar vom „Scheitel bis zur Sohle“, Esterházy dagegen ist der große Nestbeschmutzer, der den „Ungarnkram“ als dumpfes Gejammer entlarvt. *Esti* „kam, sah und verlor“, ein Sinnbild des ewig verzweifelten Kampfes, der sogar nicht davor zurückschreckt, den verehrten



Renaissance-König Matthias Corvinus (Mátyás) als „gerechten Schwachkopf aller Ungarn“ zu titulieren.

Es wird überaus deutlich, dass Esterházy den Bogen der ästhetischen Anspielungen gewaltig spannt und damit seine Leser auch mitunter überstrapaziert, denn das Versteckspiel und die Kapiolen werden zum allgegenwärtigen Instrument, von dem Esterházy nicht lassen kann. Esterházy erliegt nicht der Illusion, Geschichte folge einer linearen Richtung. Geling es ihm jedoch auf großartige Art und Weise, in der *Harmonia Cælestis* distanziert eine eigene, fiktionale und doch so wahre Familienchronik zu schreiben, so verliert er sich in *Esti* bisweilen in einem Labyrinth, bestehend aus ausufernden Sträuchern, unüberwindbaren Hecken und Irrwegen. Ariadne hätte ihm so manchen literarischen Faden leihen können... Aber so versucht Esterházy gleichsam der literarische Heckenschütze zu sein, dem jede Kohärenz und Stimmigkeit vor die Flinte gerät. Auch wenn manche seiner Sprachspiele im luftleeren Raum zu verpuffen scheinen, gibt es exzellente Passagen. „Denn das Bild (der Roman) zeigt immer uns, das Leben, die Existenz, die Welt, die Hoffnung und deren Mangel (als Hoffnung), Gott (oder dessen Mangel als Hoffnung), den Himmel, die Erde: immer das Ganze.“

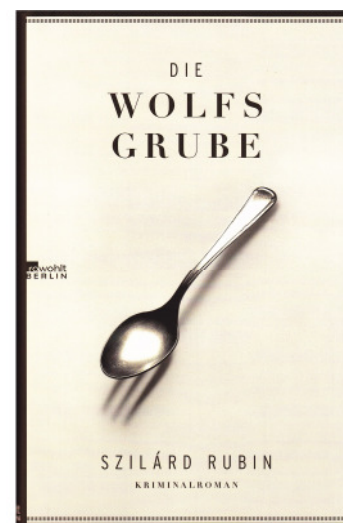
gs

Szilárd Rubin, *Die Wolfsgrube* Rowohlt Verlag Berlin 2013, 204 S.

„Einer nach dem anderen gingen sie durch den Salon ins Speisezimmer, wo sie sich an den geschmückten Tisch vor die leeren Teller setzten. Die Reihe der aschfahlen Gesichter, die unnatürliche Stille und die feierlich gedeckte Tafel ergaben das Bild eines Teufelsfestes. Das Service glänzte kalt, das stechende Rot der Nelken schmerzte in den Augen, und die Gäste saßen wie Wachsfiguren im grellen Licht.“

Erst sehr spät wurde Szilárd Rubin die Anerkennung zuteil, die ihm in Wirklichkeit schon wesentlich früher zugestanden hätte. Die Wiederentdeckung seiner Romane ist in den letzten Jahren in Mode gekommen. In der poststalinistischen Periode der 1960er Jahre passte der ideologiefreie Ton seiner Romane mit seinen sozialismuskritischen Anspielungen nicht in die Zeit und fand daher keine Beachtung. Selbst die ungarische Wikipedia-Website liefert nur ausgesprochen dürre Informationen zu Szilárd Rubin. Dabei handelt es sich um einen völlig zu Unrecht vergessenen Schriftsteller, der 1927 in Budapest geboren wurde und 2010 in Tapolca verstarb. *Die Wolfsgrube* ist ein anspruchsvoller Kriminalroman in nahezu klassischer Tradition – elegant, raffiniert, äußerst geschickt konstruiert, gesellschaftskritisch und mit hervorragend ausgearbeiteten Charakteren ausgestattet. Ideal eignet sich der Plot für Verfilmungen im Stile von Alfred Hitchcock oder Agatha Christie. Sechs alte Schulfreunde verabreden sich nach vielen Jahren zu einem Treffen auf einem Landhauussitz. Rasch stellt man die wechselseitige Entfremdung fest, Smalltalk bestimmt den äußeren Rahmen. Um die Stimmung aufzuheitern entschließen sich die Beteiligten, das berühmte Partyspiel „Mörder und Detektiv“ zu spielen. Mit fatalen Folgen, denn schnell liegt eine der Freundinnen tot auf dem Boden. Hauptmann Beke, ein Offizier der ungarischen Staatssicherheit, macht sich nun akribisch daran, den Fall zu klären, zumal feststeht, dass der/die Mörder/in nur aus den eigenen Reihen kommen kann. Sublim gezeichnet gelingt es Szilárd Rubin, nicht nur einen spannungsgeladenen Kriminalroman zu schreiben, der viel mehr als die üblichen Krimis und Thriller nicht nur dazu dient, die postmoderne Lebenszeit totzuschlagen, sondern mit feinen Anspielungen die Atmosphäre der 1970er Jahre in Ungarn, die kommunistische Unterdrückung sowie die autoritäre Zwischenkriegszeit aufgreift. Vor allem Hauptmann Beke steht für den Polizei- und Überwachungsstaat. „Seine zerbrechliche Figur, die rasch ergrauten Haare und die asketischen Züge ließen ihn jetzt eher wie einen Dichter als wie einen Polizisten erscheinen. In der mondänen, vom Tod gezeichneten Atmosphäre, wo im Dunstgemisch halbgeleerter Gin- und Cinzanogläser und abgestandenen Rauchs...eine tote Frau lag, wirkte die Reinheit dieses Gesichts so fremd, dass sie...beinahe Anteilnahme weckte.“ Es ist gerade das Spannungsfeld zwischen der Story nach dem Muster „Whodunit“ und dem Blick auf das gesellschaftliche, reale Leben im sozialistischen Obrigkeitsstaat, das dem Kriminalroman eine besondere Tiefe verleiht.

gs



Gedenken

Hubert Luszczynski, Dorota Niedenthal¹

Deutsch-polnische Schulpartnerschaften und die Ideen der „Kommission für Nationale Bildung“

Zum 240. Jahrestag ihrer Gründung am 14.10.1773

Vorbemerkung

In den polnischen Schulen ist jedes Jahr der 14. Oktober ein ganz besonderer Tag: Es ist der „Tag des Lehrers“. An diesem Tag danken die Schüler/innen ihren Lehrern/innen für die Mühe und Arbeit, die sie sich mit ihnen machen. Dieses Jahr lohnt es sich, den Lehrertag ganz besonders zu beleuchten, geht dieser Tag doch zurück auf die Einrichtung der „Kommission für Nationale Bildung“ am 14. Oktober 1773. Das bedeutet: Jene Kommission, die 1773 vom polnischen Sejm und dem polnischen König Stanislaus II. August Poniatowski gegründet wurde, kann einen „runden Geburtstag“ feiern. Sie würde in diesem Jahr 240 Jahre alt.

Sie verdient sie aber auch aktuelle Aufmerksamkeit, denn immerhin wurde das Archiv der Erziehungskommission 2011 wegen seiner universellen Bedeutung für die Menschheit in das Weltdokumentenerbe der UNESCO aufgenommen. Darum hat sie nicht nur unsere oberflächliche Aufmerksamkeit verdient. Es lohnt sich auch, ihre Ideen auf ihre Aktualität und ihre besondere Bedeutung für unsere deutsch-polnischen Schulpartnerschaften zu untersuchen, das heißt, der Frage nachzugehen, wo es ideengeschichtliche Wurzeln gibt, die diese lange Zeit von fast einem Viertel Jahrtausend überdauert haben und noch immer hochaktuell sind. Sollte dem so sein, dann lohnt es sich, ihren „runden Geburtstag“ zu nutzen und darauf aufmerksam zu machen. Wenn man so will, möge dieser Aufsatz unser bescheidener Dank sein an die Mitglieder der Kommission für die Mühe und Arbeit, die sie sich als erste staatliche Schul- und Erziehungskommission zum Wohle der jungen Menschen – damals in Polen und heute in unseren beiden Ländern – gemacht haben: „Auf Grund ihrer weitreichenden Autorität und Autonomie wird sie als das erste historische Bildungsministerium der Welt und einer der größten Errungenschaften der polnischen Aufklärung betrachtet.“² So wird dieses Jahr der Lehrertag zugleich ein Ehrentag der Kommission für Nationale Bildung.

¹ Die Autoren sind Träger der höchsten Auszeichnung des Ministeriums für Nationale Bildung in Warschau, der „KEN-Medaille“. Hubert Luszczynski ist Schulrat in Koblenz und seit 23 Jahren Koordinator für interregionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit den mittel- und osteuropäischen Staaten; Dorota Niedenthal ist Deutschlehrerin am IX. Allgemeinbildenden Lyzeum, im. KEN, in Krakau und seit 1991 Koordinatorin des Schüleraustauschs mit dem Aufbaugymnasium in Alzey (Rheinland-Pfalz). Beide leiteten seit 1996 gemeinsam eine Seminarreihe für polnische und deutsche Koordinatoren des Schüleraustauschs mit dem Thema „Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden“ Die Reihe wurde vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk gefördert.

² http://de.wikipedia.org/wiki/Komisja_Edukacji_Narodowej

Wir wollen zunächst ein paar Grundgedanken der Kommission darstellen, die konstitutiv waren für die Zeit ihrer Existenz bis 1794, ein Jahr vor der dritten Teilung Polens. Danach werden wir diesen Ideen im deutsch-polnischen „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 nachspüren, um abschließend auf einige Schlussfolgerungen aufmerksam zu machen, die sich aus dem ideengeschichtlich-politischen Vergleich ergeben.

Welche Bedeutung hat die Bildung junger Menschen für ein gutes Leben in Frieden und Freiheit?

Bis zur Einrichtung der Kommission fand Bildung und Erziehung entweder durch Hauslehrer in Adelsfamilien oder durch Mönche in Einrichtungen des Jesuitenordens statt. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens durch Papst Clemens XIV. am 21. August 1773 drohte der Niedergang der Bildung im Königreich Polen-Litauen, da der Orden sowohl Schulen als auch Universitäten unter seiner Kontrolle hatten. Die erste Teilung Polens im Jahre 1772 machte eine gemeinsame nationale Bildung notwendig, welche die individuellen und durchaus parteiischen Bildungs- und Erziehungsziele ersetzte. Zur Sicherung des Fortbestands der polnischen Nation und damit ihrer Sprache und Kultur sollte sie unter die Obhut des Staates gestellt werden. Er habe dazu das Recht und die Pflicht zur Gewährleistung einer allgemeinen, weil alle Stände umfassenden, nationalen Bildung. Interessant ist an dieser Stelle, dass der Staat nicht nur die häusliche, private Erziehung in seine Obhut nimmt, sondern auch „das Reisen der Jugendlichen ins Ausland“.³

Und es ist nun sehr bemerkenswert, welche Bezüge die Kommissionsmitglieder zwischen der allgemeinen Bildung und Erziehung im Lande selbst und den Auslandsreisen der Jugendlichen sehen.

Das Kind im Mittelpunkt von Bildung und Erziehung

Es muss für Hauslehrer mit ihren adeligen Arbeitgebern und für jesuitische Mönche in den Klöstern und Universitäten wie ein Paukenschlag gewesen sein, als die Kommission in den Mittelpunkt von Bildung und Erziehung das Kind stellte. So empfahl etwa Antoni Popławski Methoden für den Unterricht, dank derer die Kinder „ihr eigenes Interesse, tugendhaft und gerecht zu sein, kennenlernen sollten“ – und dazu gehöre auch das Kennenlernen der anderen Völker und Länder.⁴ Die Modernisierung der Schule und ihre erzieherische Rolle sollten darauf beruhen, dass die Schüler das Recht bekommen zur eigenständigen Entwicklung ihrer Persönlichkeit auf der Grundlage ihrer eigenen Untersuchungen und Erfahrungen.⁵ Und das bedeutet in seiner beachtlichen Aktualität eine schroffe Abkehr von jeder Form bevormundender Bildung und Erziehung von Unmündigen durch Adel und Klerus. War der Schüler bisher vor allem Objekt von Erziehung, so findet hier eine Erweiterung statt, die weit in die moderne Pädagogik

³ Mizia, Tadeusz: O Komisji Edukacji Narodowej. Warszawa 1972, S. 27

⁴ Kurdybacha, Łukasz, Mitera-Dobrowolska, Mięczysława: Komisja Edukacji Narodowej: 1773 – 1794. Warszawa 1973, S. 68

⁵ A.a.O., S. 86

unserer Tage hinein weist, in der es um individuelle Förderung des jungen Menschen auf der Grundlage seiner Begabungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten geht.

Die Rolle der patriotischen Erziehung

Neben dieser sehr zentralen Beachtung des Rechts auf individuelle Entwicklung in der Bildung und Erziehung spielt die Entwicklung von Kenntnissen als einer Schulung des Verstandes und der Vernunft eine zentrale Rolle, durch welche die individuelle Freiheit ihre normative und gesellschaftliche Verankerung bekommt. Der Schlüssel hierfür ist die patriotische Erziehung. Sie ist die Grundlage für die Liebe zur Heimat. Dazu zählen ihre Geschichte, ihre Rechte, die gesellschaftlichen Beziehungen sowie die Situation in den benachbarten Ländern. Eine allgemeine nationale Bildung habe zu gewährleisten, dass jeder Bürger umfassende Kenntnisse seiner Pflichten erhält im Verhältnis zu seiner Familie, den Nachbarn, den Bewohnern des Kreises, den Menschen des ganzen Landes und zur Welt, indem man ihm in Hinblick auf seine Rechte Orientierung schafft. Würden diese Kenntnisse nicht vermittelt, dann bliebe das Verständnis für die Andersartigkeit der Nachbarvölker aus, dann würde dies „in den Herzen der Kinder den Hass zu anderen Völkern hervorrufen oder sogar das Verlangen, ihnen durch Kriege einen Teil des Territoriums wegzunehmen.“⁶

Wie sehen die Beziehungen zwischen Polen und den anderen Ländern aus?

Es geht der Kommission um die Herstellung einer vollen und gleichwertigen Teilnahme polnischer Intellektueller und der politischen Elite an der europäischen Kultur der Aufklärung.⁷ Eine Schlüsselstellung für die Teilnahme an der europäischen Kultur hat darum der Fremdsprachenunterricht. So sollen außer dem traditionellen Latein, Französisch und Deutsch unterrichtet werden als Sprachen der nächsten Nachbarn, mit denen Polen ständig viele Angelegenheiten zu erledigen habe.⁸

Von der Notwendigkeit und dem Nutzen des Fremdsprachenunterrichts

Antoni Wiśniewski nennt die entscheidenden Gründe für die Notwendigkeit des Fremdsprachenunterrichts, indem er die sehr rhetorische Frage stellt: „Kann es eine größere Sorge geben, als keine ausländische Sprache sprechen zu können, unter den Sprechenden stumm zu sein und sich keiner Diskussion während einer Sitzung anschließen zu können? Es ist nämlich üblich, dass der Mangel dieser Fähigkeit entweder der Armut, Not, mangelnder Voraussicht, Sorgfalt oder mangelnder Ausbildung von allen zugeschrieben wird.“⁹

Schon damals stellte man fest, dass es viele Gemeinsamkeiten in den europäischen Ländern gab. Zu dieser Feststellung kamen vor allem die aufgeklärten Magnaten, die wegen ihrer vielen Reisen – den „Grand Tours“ – andere Länder kannten und Vergleiche mit dem Stand der Bildung in Polen anstellen konnten. Darum regte man an,

⁶ Kurdybacha, Łukasz, Mieczysława Mitera-Dobrowolska, op. cit., S. 68

⁷ Szweykowsk, Wojciech: Uwagi nad wyższymi szkołami polskimi w porównaniu do niemieckich. Warszawa 1808, S. 118

⁸ Kurybacha, Łukasz, Mitera-Dobrowolska, Mieczysława, a.a.o., S. 71

⁹ Ders. In: Alina Czerwińska: Droga do Komisji Edukacji Narodowej. Warszawa 1973, S. 20

dass vor allem junge Professoren aus allen Fachrichtungen Auslandsstudien absolvieren sollten, um das im Ausland erworbene Wissen nach ihrer Rückkehr an den polnischen Universitäten zu vermitteln. Es war der Wissensaustausch und der Wissenstransfer nach Polen, von West nach Ost, der die Kommission so sehr interessierte – zur Steigerung des Niveaus, der Kultur und der Wissenschaften im ganzen Land.¹⁰

Stanisław Konarski war es, der auf den besonderen Nutzen des Auslandsaufenthalts hinwies. Er war davon überzeugt, dass sich der Geist infolge des Kennenlernens einer konkreten Wirklichkeit entwickelt, aufgrund der logischen Analyse von Fakten, der Beobachtung von Ursachen und Folgen sowie der Beachtung erfolgreicher Wirkungsmethoden.¹¹ Für diese Aneignung von Wirklichkeiten sollten junge Männer und Frauen – so Stanisław Staszic – das Recht bekommen, Auslandsfahrten durchzuführen.¹²

Versuch einer Zusammenfassung

Das Recht auf eine eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung der Persönlichkeit ist das zentrale Versprechen der Kommission für nationale Bildung an die Kinder und ihre Eltern, wenn sie jene staatlichen Schulen besuchen, die unter der Aufsicht der Kommission arbeiten. Die Unterrichtung der Schüler in ihren Pflichten und Rechten ist Hauptbestandteil einer patriotischen Erziehung, die das Kennenlernen der Situation in den Nachbarländern einbezieht. Es ist daher keine nationalistische Erziehung zum Hass gegen die Nachbarländer, sondern eine Erziehung zu einer Heimatliebe, die die möglichst umfassende Kenntnis der Situation im Nachbarland einbezieht. Sie ist so betrachtet eine Erziehung zum bewussten Verstehen des Nachbarn – eine Erziehung zu wirklicher Toleranz, zu lebhaftem Interesse und zur Anteilnahme, die ein friedliches Neben- und Miteinander erst ermöglicht.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Die Grundlage für nachbarschaftliche Beziehungen sind umfassende Sprachkenntnisse. Sie fördern die Kommunikation mit den Menschen und ermöglichen einen umfassenden Erfahrungs- und Wissensaustausch, der als Wissenstransfer der Entwicklung im eigenen Land dient. Es findet eine Verbürgerlichung der Reisetätigkeit der Magnaten statt, die es im Sinne einer eigenständigen Wahrnehmung der Verhältnisse im Nachbarland immer mehr Menschen ermöglicht, sich ein eigenes Bild von der Situation im Ausland zu machen. Diese beginnende Verdichtung der Beziehungen zwischen den Menschen in Polen und den Menschen in den Nachbarländern findet leider mit der dritten Teilung Polens ein Ende. Zwar war Polen nunmehr seiner Staatlichkeit beraubt, aber es kam – auch dank der Ideen der Kommission für Nationale Bildung – nicht zur befürchteten Erosion der polnischen Nation.

¹⁰ Kurdybacha, Łukasz, Mitera-Dobrowolska, Mieczysława, a.a.O., S. 202f.

¹¹ ebenda

Ziele einer Auslandsreise

Hieraus ergeben sich erste Antworten auf die Frage: Welche Ziele muss eine Auslandsreise erfüllen, wenn sie eine pädagogische Veranstaltung sein soll?

1. Die Reisenden müssen eine Sprache beherrschen, in der sie sich verständigen können.
2. Sie sollen auf die Situation im Gastland vorbereitet sein, um etwas über die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zu erfahren und zu sehen, was ihnen vertraut und was ihnen fremd sein wird.
3. Im Gastland soll es zu Begegnungen mit den Einheimischen kommen, um mit ihnen über die Situation in ihrem Land zu diskutieren.
4. Der Aufenthalt soll so gestaltet sein, dass die Gäste auf Grund des Wissensaustauschs etwas Neues mit nach Hause nehmen, also etwas lernen können.
5. Die bewusste Wahrnehmung der Andersartigkeit fördert das Verständnis und die Toleranz für die Menschen im Gastland.
6. Die Lenkung des Aufenthalts durch die Lehrer sollte minimal sein. Vielmehr ist er so zu gestalten, dass die jungen Menschen ihre eigenen Erfahrungen gemeinsam mit den Gastgebern machen können.
7. Und schließlich: Die Einrichtung der Kommission an sich zeigt einen Weg auf, wie man Herausforderungen bewältigt, die sich uns stellen. Es ist das Prinzip der Solidarität und der Partnerschaft von Gleichen und Freien. Sie kommen in der Kommission zusammen und suchen nach Antworten auf die Frage: Wie soll eine gute nationale Bildung für alle Polen aussehen? Und sie finden Antworten im Sinne des Zeitalters der Aufklärung, die bis heute nicht an Gültigkeit verloren haben.

Wie bereits eingangs formuliert, wollen wir in einem zweiten Teil den deutsch-polnischen Vertrag anhand folgender Frage untersuchen: Welche Anforderungen an Begegnungen von jungen Menschen in Polen oder in Deutschland werden im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 gestellt?

Die für unser Thema vier wichtigsten Vertragspositionen lassen sich so zusammenfassen:

- Bei der „Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung“ kommt der jungen Generation eine besondere Rolle zu (Präambel).
- Im „Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft“ werden die Beziehungen gestaltet. Dazu dient eine „enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten“. Eine „dauerhafte Verständigung und Versöhnung“ ist in die Tat umzusetzen. (Art.1)

- Es geht um die Notwendigkeit einer „erheblichen Erweiterung der (...) schulischen Zusammenarbeit“, um die Förderung und den weiteren Ausbau der direkten Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen, „und zwar (...) den Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern durch gemeinsame Vorhaben.“ (Art. 26)
- Zwischenmenschliche Kontakte sind eine „unerlässliche Voraussetzung“ für Verständigung und Versöhnung beider Völker; dazu gehört die Förderung „umfassender persönlicher Begegnungen zwischen ihren Bürgern.“ (Art. 29)

Ziele der Kommission für Nationale Bildung (1773) und des deutsch-polnischen Vertrags (1991) im Vergleich:

Zum Erfolg verpflichtet

Bereits auf den ersten Blick lassen sich viele Gemeinsamkeiten erkennen. Man könnte auch von einer Konkretisierung der KEN-Ziele durch den deutsch-polnischen Vertrag sprechen. In beiden geht es um die Ermöglichung von persönlichen Begegnungen der jungen Menschen im jeweiligen Gastland. Und diese persönlichen Begegnungen heute sind den Erfahrungen sehr ähnlich, die junge Adlige im 18. Jahrhundert auf ihrer „Grand Tour“ durch Europa machen konnten. Die meisten von ihnen waren in Familien von Verwandten, Freunden oder Bekannten untergebracht und konnten auf diese Weise eine ganz einzigartige Erfahrung in noch jungen Jahren machen. Es ist die Ersterfahrung der menschlichen Nähe in einem fremden Land. Diese Erfahrungen hinterlassen ein Leben lang Spuren und entscheiden mit über die Frage, ob wir das Nachbarland als Land des Vertrauten oder des Fremden in Erinnerung behalten – ja, ob wir zum Beispiel bei unserer Abreise Freunde zurücklassen oder nicht. Und wenn es nicht so ist, dann kann es sein, dass eine einzige Reise darüber entscheidet, ob wir in Zukunft Sympathie oder Antipathie gegenüber den Menschen im Nachbarland empfinden werden. Wie gern hören wir uns einen Bericht an, in dem zum Beispiel ein Schüler 15 Jahre nach dem Abitur davon schwärmt, dass der Schüleraustausch die schönste Woche seines Lebens gewesen sei. Und darum sind Begegnungen mit jungen Menschen im Nachbarland letztlich zum Erfolg verpflichtet!

Erfahrung von Nähe in der Fremde

Unsere Erfahrungen bestätigen, dass Schulpartnerschaften die einzigartige Chance bieten, Land und Leute auf eine Art kennenzulernen, wie das für keinen Touristen möglich ist. Dabei lernt man auch viel über sich selbst. Die engen Beziehungen zu den Menschen sorgen für ein tiefes „Insiderwissen“ über das Leben im anderen Land. Hier findet interkulturelles Lernen durch interpersonale Begegnung besonders intensiv statt. Eine solche authentische Begegnung öffnet Augen und Geist für die Entdeckung von unerwarteten Gemeinsamkeiten, an denen wir unsere Freude haben, und von Unterschieden, die uns zur Toleranz auffordern und unseren Horizont erweitern.

Bedeutung des Fremdsprachenunterrichts – die deutsche Sprache

Die Mitglieder der Kommission für Nationale Bildung fordern, dass der Fremdsprachenunterricht gefördert werden müsse. Besonders dem Erlernen der deutschen Sprache sprechen sie wegen der Handelsverbindungen eine große Bedeutung zu.¹³ Darum war es immer wieder erfreulich für uns, wenn wir veränderte Einstellungen von Schülern/innen nach dem Austausch wahrnehmen konnten: Wenn zum Beispiel ursprünglich skeptisch denkende Schüler/innen mit beeindruckenden Erlebnissen und Eindrücken nach Hause kamen und auf dem Schulhof über ihre neuen Freunde in Deutschland oder in Polen erzählten. Diese veränderte Haltung wirkte sich in Polen zum Beispiel unmittelbar auf die Motivation im Deutschunterricht aus. Auch dank dieser Schüler/innen veränderte sich die Schwerpunktsetzung im Unterricht: Während bis dahin die kommunikative Kompetenz im Mittelpunkt stand, verlagerte sich der Lernzielschwerpunkt nunmehr auf die interkulturelle Kommunikation, was den Schülern/innen wegen ihres gestiegenen Interesses an Land und Leuten in Deutschland besonders gefiel.

Persönlichkeitsentwicklung

Der Aufenthalt im Ausland fördert auch die Persönlichkeitsbildung der jungen Menschen. Allein und auf sich gestellt, müssen sie nicht selten bisher unbekannte Herausforderungen gemeinsam mit den zunächst fremden Gastfamilien meistern. Solche Situationen erfordern die Fähigkeit und Bereitschaft, sich anderen Menschen ohne Vorbehalte zu nähern und anzuvertrauen, was sicherlich nicht immer einfach ist.

Weltoffenheit und Toleranz

Was die Aneignung und Auseinandersetzung mit der fremden Wirklichkeit angeht, so ist es sicherlich unstrittig, dass man nicht so gut aus Büchern wie aus eigener Erfahrung lernt, warum Menschen in anderen Ländern anders handeln, anders denken, über anderes lachen oder die Wirklichkeit anders interpretieren. Erst das Kennenlernen einer anderen Wirklichkeit bereichert die jungen Menschen um interkulturelle Kompetenz, dank derer sie das andere Verhalten verstehen, akzeptieren und mit ihr umzugehen lernen. Sie üben auf diese Weise Weltoffenheit und Toleranz – jene unverzichtbaren Eigenschaften für eine friedliche Entwicklung in einer sich zunehmend globalisierenden Welt. Der „Blick über den Tellerrand“ und die Weitung des zuweilen engen persönlichen Horizonts, gemeinsam mit anderen mehr über sich und die Welt nachzudenken, führt auch dazu, die eigene Kultur im Sinne patriotischer Erziehung besser zu verstehen und schätzen zu lernen. Es ist die Distanz, die Freiheit und Klarheit in einem schafft.

Arbeit der Kommission als schöpferischer Akt der Solidarität

Abschließend wollen wir noch einmal auf die Selbsterfahrung der Kommission für Nationale Bildung eingehen, die in ihrem Kern eine Erfahrung von partnerschaftlicher Solidarität ist. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass sich in der Kommission Menschen

¹³ Dutkowa, Renata: Komisja Edukacji Narodowej. Kraków 1973, S. 39

unter der Bedingung von Gleichheit und Freiheit versammelt hatten. Sie waren von der Entschlossenheit beseelt, ein aufgeklärtes staatliches Bildungssystem für die polnische Nation zu entwerfen und unter ihre Obhut zu nehmen. Es ist im Kern eine genossenschaftliche Idee, gemeinsam mit anderen Menschen etwas zu schaffen, wozu man als einzelner Bürger nicht in der Lage ist.

Wenden wir diese Idee der Genossenschaft oder auch der Partnerschaft auf den Schüleraustausch an, so ist jeder Programmpunkt darauf hin zu prüfen, ob er so organisiert ist, dass es unterschiedlichen Schülerpersönlichkeiten gelingt, sich gemeinsam darauf zu verständigen, welche Fragen in der Gruppe eine Mehrheit finden, die dann auch gemeinsam beantwortet werden. Ob es die gemeinsame Organisation eines Unterrichtsbesuchs ist, die Gestaltung der ersten Tage mit dem Ziel des Zusammenwachsens der Begegnungsgruppe, die Festlegung des Themas für ein gemeinsames Projekt oder die gemeinsam zu gestaltende Abschiedsfeier – immer ist der Ausgangspunkt das Recht des Kindes auf *seine* Entwicklung und *seine* Art der Aneignung von Bildung und Wissen.

Und am Ende können wir feststellen:

Schüleraustausch und Schulpartnerschaften gehören in die Obhut des Staates, weil sie erfolgreich sein sollten!

Vor 240 Jahre wurde eine Kommission gegründet, die in mutiger Weitsicht eine vom Staat in seine Obhut genommene Entwicklung einleitete, deren Ausgangspunkt und Ziel die Entwicklung der Persönlichkeit und ihrer freien Entfaltung in der Schule war – und zwar im Rahmen einer republikanischen Ordnung der Nation und ihrer Nachbarvölker. Vor 240 Jahren sollte der Wissenstransfer durch Auslandsbesuche, vor allem bei westlichen Nachbarn gefördert werden. Leider konnte die polnische Nation nur kurze Zeit davon profitieren, weil sie im Laufe von 21 Jahren ihrer Staatlichkeit völlig beraubt wurde.

Die Idee der Freiheit war seit Gründung der Kommission für Nationale Bildung eng mit der polnischen Nation verbunden, die Freiheit eines jeden Menschen ebenso wie die einer freiheitlichen Staatsordnung, die ihre internationalen Beziehungen in guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit zu gestalten hat. Der deutsch-polnische Vertrag ist lebendiger Ausdruck des Willens beider Regierungen dieser Art von Beziehungen hohe Verbindlichkeit und lange Dauer zu verleihen. Auch darum wird es wichtig bleiben, dass beide Staaten die Auslandsreisen der jungen Menschen in ihre Obhut nehmen und miteinander aktiv für ihr Gelingen eintreten.

Insofern haben die pädagogischen Grundpositionen der Kommission für Nationale Bildung im Bereich der Auslandsfahrten nicht nur hohe aktuelle Bedeutung. Sie sind gemeinsames Kulturgut unserer Länder und sollten von den Schulbehörden bei den zu beaufsichtigenden Schulen immer wieder eingefordert werden – zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa und zum Wohle der jungen Menschen in unseren

Ländern. Die Gedanken der Kommission für Nationale Bildung haben schließlich alle Chancen für eine neue Ausrichtung des Wissenstransfers: von Ost nach West!

Koblenz/ Krakau im Juli 2013

Theo Mechtenberg

Der beschwerliche Weg polnisch-ukrainischer Versöhnung

Der 11. Juni 1943 war ein Sonntag. An diesem Tag überfielen Einheiten der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) in Wolhynien an die hundert Ortschaften, ermordeten die dort lebenden Polen, brannten ihre Häuser nieder und zerstörten ihre Kirchen. Und sie verschonten auch jene Ukrainer nicht, die ihren verfolgten polnischen Nachbarn Schutz gewährt hatten. Auch ihrer sollte man gedenken, zumal schätzungsweise 2.500 Polen durch ihren mutigen Einsatz gerettet wurden und weit über tausend dieser ukrainischen „Gerechten“ dafür mit ihrem Leben bezahlten.¹

Dieser „Blutige Sonntag“ war der Höhepunkt einer im Herbst 1942 beginnenden und bis in das Jahr 1943 andauernden ethnischen Säuberung, der in Wolhynien und Ostgalizien schätzungsweise 120.000 Polen, zumeist Alte, Frauen und Kinder, im Namen eines Kampfes um eine unabhängige, ethnisch reine Ukraine zum Opfer fielen. Damit endete eine über ein halbes Jahrhundert währende friedliche Nachbarschaft zwischen römisch-katholischen Polen und orthodoxen Ukrainern.

Heute, 70 Jahre nach diesen schrecklichen Ereignissen, gibt es nur noch wenige Überlebende dieser Massaker. Und diese Zeitzeugen fühlen sich weitgehend vergessen, bedauern, dass dieser „Völkermord“ nicht den ihm gebührenden Platz im polnischen Nationalbewusstsein gefunden hat, dass ihre Bemühungen, in der Ukraine durch Gedenksteine das Gedächtnis der Opfer wach zu halten, keine staatliche Unterstützung finden und dass, wie sie meinen, ihr Anliegen von ihren eigenen Politikern als ein Hindernis guter Beziehungen zur Ukraine angesehen werde. Sie beklagen zudem, dass in der Ukraine die Verbrechen der UPA und der Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN kaum wahrgenommen oder verdrängt werden, dass dort ihre rot-schwarze Fahnen öffentlich gezeigt und ihre Anführer als nationale Helden verehrt werden.

Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag

Erstmals fanden in der polnischen Nachkriegsgeschichte die 70 Jahre zurückliegenden Massaker ein breites öffentliches Interesse. In den Jahren kommunistischer Herrschaft waren sie politisch tabu. Erst mit dem aus dem Sieg der Solidarność hervorgegangenen freien Polen, dem Ende der Sowjetunion und der Entstehung einer unabhängigen Ukraine war es grundsätzlich möglich, jener schrecklichen Ereignisse öffentlich zu gedenken. Doch die polnische Staatsräson gebot, dieses Gedächtnis einer Ostpolitik unterzuordnen, deren Ziel es war, die Ukraine in ihrer Selbstständigkeit gegenüber russischen Hegemoniebestrebungen zu stabilisieren und für eine westeuropäische

¹ Diese Zahlen ermittelt Romuald Niedzielsko in seinem Buch „Kresowa księga sprawiedliych 1939-1945. O Ukraincach ratujących Polaków poddanych eksterminacji przez OUN i UPA“ (Grenzlandbuch der Gerechten. Über Ukrainer, die Polen vor der Vernichtung durch OUN und UPA gerettet haben), IPN 2007

Option zu gewinnen. Dabei spielte die Hoffnung eine Rolle, die Ukraine könne im Gegenzug ihre belastete Vergangenheit aufarbeiten und sich der Wahrheit über die in Wolhynien und Ostgalizien verübten Morde stellen. Da dies bis heute nicht geschehen ist, scheint sich in Polen die Einsicht durchzusetzen, dass die bislang geübte Zurückhaltung letztendlich einer polnisch-ukrainischen Verständigung mehr schaden als nützen werde. Schließlich kann Verständigung zwischen Völkern, und erst recht Versöhnung, nicht auf Verdrängung historischer Wahrheit basieren. Andererseits liegt es im Interesse polnischer Ukrainepolitik, dass die historische Erinnerung nicht zum Anlass neuerlicher Feindschaft wird, sondern dem Ziel gegenseitiger Versöhnung dient.

Das Gedenken der in Wolhynien und Ostgalizien verübten Bluttaten war denn auch von der Absicht bestimmt, die ukrainische Seite nicht durch überscharfe Formulierungen zu provozieren. So verabschiedete der polnische Sejm eine Erklärung, in welcher der von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) beantragte Terminus „Völkermord“ nach lebhafter Debatte durch die Formulierung „ethnische Säuberung mit Merkmalen eines Völkermords“ abgemildert wurde. Zuvor hatte Außenminister Radosław Sikorski eindringlich vor einer Demütigung der Ukraine gewarnt. Staatspräsident Bronisław Komorowski enthüllte in Warschau ein den Opfern jener ethnischen Säuberung gewidmetes Denkmal. Anschließend begab er sich in die ukrainische Stadt Luzk, wo er in der katholischen Kathedrale an einem Gedenkgottesdienst teilnahm. Er mahnte Polen und Ukrainer zur Versöhnung und verwies – ohne Moskau beim Namen zu nennen – darauf, dass aus polnisch-ukrainischen Konflikten immer ein Dritter Nutzen gezogen habe. Auch fand erstmals in Warschau ein am 11. Juli von verschiedenen Gruppierungen, darunter auch PiS, organisierter Marsch zu Ehren der Opfer statt, bei dem allerdings auf manchen Transparenten die in Wolhynien und Ostgalizien verübten Verbrechen, wie von PiS gefordert, ohne Wenn und Aber als „Völkermord“ bezeichnet wurden. Auf Transparenten und in Äußerungen wurden Staatspräsident Komorowski und die von Donald Tusk geführte Regierung beschuldigt, die nationalen Interessen gegenüber der Ukraine nicht ausreichend zu wahren. Schließlich gab es eine reichlich besuchte, vom Institut für das Nationale Gedenken (IPN) erarbeitete Ausstellung „Wolhynien 1943“.

Eine Versöhnungsbotschaft der Kirchen

Von besonderer Bedeutung ist jener Akt, der am 28. Juni 2013 in Warschau vollzogen wurde. An diesem Tag riefen Erzbischof Świątosław Szewczuk im Namen der griechisch-orthodoxen Kirche der Ukraine sowie der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, in einer gemeinsamen Erklärung Polen und Ukrainer zu wechselseitiger Versöhnung auf. Im Text heißt es: „Zigtausende unschuldiger Personen, darunter Frauen, Kinder und Alte, vor allem Polen, wurden Opfer von Verbrechen und ethnischen Säuberungen. [...] Der 70. Jahrestag dieser tragischen Ereignisse bildet eine erneute Gelegenheit, mit einem Appell Polen und

Ukrainer zu weiteren Schritten brüderlicher Annäherung aufzurufen, die ohne eine aufrechte Versöhnung unmöglich ist.“²

Die Hierarchen verweisen weiterhin darauf, dass Versöhnung die Kenntnis und Anerkennung der historischen Fakten bedarf. Sie wenden sich gegen eine Politik des Vertuschens und Vergessens, von der man irrtümlich glaube, dadurch den guten polnisch-ukrainischen Beziehungen zu dienen. Doch das Gedenken allein genüge nicht. Es komme darauf an, was mit einem solchen Gedenken geschieht, ob es bei aller Unterschiedlichkeit der Erinnerung Polen und Ukrainer eine oder sie weiterhin spalte. Mit aller Entschiedenheit verurteilen sie zudem einen radikalen Nationalismus und Chauvinismus als die eigentlichen Quellen jener und ähnlicher Massenmorde.

Unterzeichnet wurde diese Deklaration auch von dem für die in der Ukraine lebenden römisch-katholischen, fast ausschließlich polnischen Christen zuständigen Lemberger Metropolitenerzbischof Mieczysław Mokrzycki. Doch er setzte seinen Namen erst nach langem Zögern unter das Papier. In einem der polnischen katholischen Nachrichtenagentur im Juni erteilten Interview beklagte er, dass im ukrainischen Geschichtsbewusstsein bis heute der von der UPA verübte Massenmord in Wolhynien und Ostgalizien kaum präsent sei oder als kriegerische Auseinandersetzung zwischen Polen und Ukrainern umgedeutet werde. Erst mit der Aufnahme des Begriffs der „ethnischen Säuberung“ in das gemeinsame Dokument war er zur Unterschrift bereit. Anzumerken ist zudem, dass das Oberhaupt der sich vom Moskauer Patriarchat losgesagten, unabhängigen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats, Metropolit Filaret, die Erklärung ausdrücklich begrüßt hat, was angesichts der orthodoxen Mehrheit in der Ukraine von besonderer Bedeutung ist.

Schwierige Konsensfindung polnischer und ukrainischer Historiker

Für die intendierte polnisch-ukrainische Versöhnung ist – wie die Bischöfe ausdrücklich betonen – die Feststellung der historischen Wahrheit unabdingbar. Doch die kann von den Kirchen selbst nicht geleistet werden, sondern ist Aufgabe der Historiker. So traf es sich gut, dass zeitgleich in Warschau eine vom polnischen Institut für das Nationale Gedächtnis organisierte Konferenz³ zu den 70 Jahre zurückliegenden Verbrechen stattfand, an der auch ukrainische Geschichtswissenschaftler teilnahmen und für die Staatspräsident Bronisław Komorowski die Schirmherrschaft übernommen hatte. Dass ihr Beitrag zur Versöhnung allerdings eher bescheiden ausfällt, sollte sich auf dieser Konferenz zeigen. So nannte es Professor Adam Daniel Rotfeld auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Ko-Vorsitzender der polnisch-russischen Arbeitsgruppe „Schwierige Fragen“ eine Illusion, dass es bezüglich jener tragischen Geschehnisse ein gemeinsames polnisch-ukrainisches Gedächtnis geben könne: „Das Gedächtnis der Nationen ist unterschiedlich. Wir können uns über Fakten einigen, die Vorkommnisse aufklären, aber wir haben das Recht – jeder einzelne, jede Familie – auf Bewahrung des

² Odwaga ludzi kościoła (Der Mut kirchlicher Amtsträger), Tygodnik Powszechny, 17. Juni 2013, S. 24

³ <http://wiadomosci.onet.pl/kraj/konferencja-o-zbrodni-wolynskie-prawda-jest-jedna>, 15. 07. 2013

eigenen Gedächtnisses. Es ist zwar wichtig, im Falle des Gedächtnisses von Polen und Ukrainern einen Katalog der Fakten und Ereignisse zu erstellen. Aber wir haben nicht das Recht zu erwarten, dass die Nachkommen der Täter wie die der Opfer zu all dem ein gemeinsames Gedächtnis haben werden.“

Man wird nicht sagen können, dass sich polnische und ukrainische Historiker nicht um eine gemeinsame Gedächtniskultur bemüht hätten. Ganz im Gegenteil. Eine derartige Zusammenarbeit gibt es seit vielen Jahren, und die Ergebnisse liegen in mehreren Bänden vor. Und sie beinhalten nicht nur Übereinstimmungen in der Erhebung der Fakten, sondern vermerken auch abweichende Standpunkte bei ihrer Interpretation. Die verübten Verbrechen, die der Ukrainer wie die der Polen, werden zwar aufgelistet, doch bei den Erklärungen mangelt es nicht an Rechtfertigungen und Schuldzuweisungen. So erinnern die ukrainischen Historiker in Entgegnung auf den Vorwurf der von der UPA verübten Massenmorde an „Racheaktionen“ der polnischen Heimatarmee. Darauf reagieren ihre polnischen Kollegen mit der Feststellung, dass zwar auch die Heimatarmee ukrainische Zivilisten getötet habe, doch den über 100.000 polnischen Opfern stünden lediglich 10.000 ermordete Ukrainer gegenüber. Und auch um die Höhe der Zahlen wird gestritten. Da sie ohnehin auf Schätzungen beruhen, sind die Historiker bemüht, die Angaben zu den Verbrechen der eigenen Seite möglichst niedrig, die der Gegenseite dagegen möglichst hoch anzusetzen. Zudem bringen ukrainische Wissenschaftler immer wieder die unter der polnischen kommunistischen Führung 1947 unter dem Code „Wisła“ durchgeführte Umsiedlungen der im östlichen Grenzgebiet beheimateten Ukrainer ins Spiel, die aber – wie die polnische Seite entgegnet – zu den ethnischen Säuberungen in keinem Vergleich stünden. Bohdan Skaradziński, Publizist und Ukrainekenner, zieht in einer Besprechung der vorliegenden Bände eine kritische Bilanz: „So setzen Polen und Ukrainer zum eigenen Schaden gemeinsam die bösen Geister frei, als hätten uns deutscher Hitlerismus und russischer Kommunismus – Arm in Arm – noch zu wenig Unheil beschert. Unsere Nachgeborenen werden daraus keine Lehre ziehen, wenn Polen und Ukrainer, wie gehabt, an die Brust schlagen – die Polen an die ukrainische, die Ukrainer an die polnische.“⁴

Reinigung des Gedächtnisses und nationale Identität

Besonders schwer mit einer Reinigung des Gedächtnisses tut sich die ukrainische Seite. Dafür ist einer der Hauptgründe die Problematik ihrer nationalen Identität. Dies betonte auf der Warschauer Konferenz Professor Tomasz Nałęcz, Berater des polnischen Staatspräsidenten: „Wir Polen müssen vor allem darum bemüht sein, die Bedingtheit des ukrainischen Gedächtnisses zu verstehen.“ Zur Begründung seiner These verwies er auf die dramatische Geschichte der Ukrainer im 20. Jahrhundert, „die – im Gegensatz zu den Polen – in der ersten Jahrhunderthälfte in keinem unabhängigen Staat lebten. Für einen Historiker ist es nur allzu verständlich, dass das geschichtliche Gedächtnis ein unerhört wichtiges Element des Nationalbewusstseins bildet, insbesondere für ein frisch

⁴ Skaradziński, B.: Uwaga na Wschód: Stare dzieje i złe demony (Vorsicht Richtung Osten: Alte Geschichte und böse Dämonen). In: Więzy, 4 (2007), S. 124

gewonnenes. [...] In diesem Fall wird die Geschichte häufig idealisiert als eine Geschichte eigener Verdienste und fremder Vergehen.“ Dies bedeute, „dass man beim Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine die sich aus eben dieser Idealisierung ergebenden Gefahren berücksichtigen müsse.“

Doch es ist nicht nur die verspätete Staatswerdung, die ein „gereinigtes“ Nationalbewusstsein so erschwert. Als die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, war dies ja nicht das Ergebnis eines Unabhängigkeitskampfes. Es gab zwar mit „Ruch“ eine ukrainische Unabhängigkeitsbewegung, doch nicht ihr, sondern dem Zerfall der Sowjetunion verdankt die Ukraine ihre Selbstständigkeit. Entsprechend versank denn auch „Ruch“ bald in die politische Bedeutungslosigkeit. Die politische wie auch ökonomische Macht im neu erstandenen Staatswesen übernahm die alte sowjetische, nunmehr national gewendete Nomenklatura. Der Unabhängigkeit der Ukraine ging somit kein innerer Demokratisierungsprozess mit der Herausbildung einer Zivilgesellschaft voraus, und er folgte ihr bis heute in einem eher äußerst bescheidenen Maß. An einer Reinigung des Gedächtnisses bestand und besteht unter diesen Umständen kaum ein Interesse, und es fehlen dazu auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Zu diesem Defizit kommt noch ein weiteres Faktum hinzu – der Mangel an nationaler Einheit. Haben OUN und UPA ihre ethnischen Säuberungen politisch-ideologisch mit dem Kampf um eine unabhängige, ethnisch reine Ukraine begründet, so haben wir es heute – Ironie der Geschichte – mit einer Ukraine zu tun, deren Bevölkerung schätzungsweise zu einem Drittel aus Ukrainern russischer Herkunft besteht. Doch nicht nur das: Die Ukraine leidet zudem unter den Folgen einer Jahrhunderte währenden Russifizierung aus der Zarenzeit und der Sowjetunion. So ist der Gebrauch der ukrainischen Sprache keineswegs selbstverständlich. Ganz im Gegenteil: unter dem Offizierskorps, im Fernsehen, ja selbst im Staatsapparat herrscht Russisch vor, dazu eine Sprache, die durch die Jahrzehnte sowjetischer Ideologisierung beschädigt ist. Und weil die Westukraine weniger, die Ostukraine dafür umso mehr von der Russifizierung betroffen ist, erschwert dieser Umstand zusätzlich die nationale Einheit und damit auch eine mögliche Reinigung des nationalen Gedächtnisses.

Fragt man angesichts dieser historischen Vorgaben, worauf sich das ukrainische Nationalbewusstsein stützen kann und faktisch stützt, dann ergibt sich ein widersprüchliches Bild. Ein unbestrittenes Element nationalen Bewusstseins ist der von Stalin inszenierte Völkermord der Großen Hungersnot der Jahre 1932-1933, durch die schätzungsweise drei Millionen Ukrainer starben. Ein weiteres Element bildet der Vaterländische Krieg der Jahre 1941 – 1944, an dem Millionen Ukrainer als Rotarmisten teilnahmen. Die Ukraine erlitt in diesen Kriegsjahren enorme menschliche und materielle Verluste. Schätzungsweise kamen sieben Millionen Ukrainer in jenen Jahren ums Leben; sie fielen an der Front oder wurden in der Heimat ermordet. Schließlich als drittes Element der gegen Polen und Russen gerichtete Freiheitskampf von OUN und UPA mit ihren Helden und ihrem Martyrium. Diese drei Elemente stehen

zu einander in einer deutlichen Spannung, vor allem die ukrainischen Nationalisten zu den Veteranen des Vaterländischen Krieges.

Das nationale Gedächtnis der Ukrainer ist damit vor allem durch ihre Leidensgeschichte geprägt. Und wer sich als Opfer versteht, ständig von mächtigen Nachbarn bedroht, der relativiert nur zu leicht das eigene Tätersein, wenn es ihm nicht gar gänzlich aus dem Blick gerät. Für eine Reinigung des nationalen Gedächtnisses bleibt da kein Platz. Für diese Problematik sollte man allerdings angesichts mancher Parallelen in Polen Verständnis haben. Zu erinnern ist etwa an die Diskussion, die in Polen durch das im Jahr 2000 veröffentlichte Buch „Nachbarn“ von J. Tomasz Gross ausgelöst wurde, und das die grausamen Morde an den Juden im ostpolnischen Städtchen Jedwabne behandelt, die im Juli 1941 von ihren polnischen Mitbewohnern verübt wurden. Damals gab es in der Öffentlichkeit manche Stimmen, die sich einer Reinigung des Gedächtnisses verweigerten und alle möglichen Ausflüchte und Erklärungen fanden, um diese Untaten nicht als Teil des nationalen Gedächtnisses akzeptieren zu müssen. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass ein in einer an Unterdrückung und Verfolgung reichen Geschichte ausgeprägtes nationales Selbstbild die eigene Opferrolle kultiviert und den eigenen Heroismus betont. Und dass damit die Verdrängung geschichtlicher Inhalte einhergeht, die in dieses Bild nicht hineinpassen oder es gar in Frage stellen.

Aufforderung zu weiteren Schritten

Die Teilnehmer der Warschauer Historikerkonferenz dämpften die Hoffnung, mit der Erklärung der Kirchenführer könne in kurzer Zeit eine gesamtgesellschaftliche Versöhnung erreicht werden. So unterstrich Professor Rotfeld: „Versöhnung, Annäherung der Völker, sind niemals das Ergebnis einmaliger großer Akte.“ Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den deutsch-polnischen Dialog, der in der kommunistischen Volksrepublik begonnen wurde und erst nach Jahrzehnten Früchte getragen habe. So steht denn auch die Erklärung vom 28. Juni 2013 in der Tradition des Briefwechsels polnischer und deutscher Bischöfe vom November 1965. Er war – im Rückblick betrachtet – ein erster Durchbruch zu einem langjährigen beiderseitigen Versöhnungsprozess. Er löste in beiden Gesellschaften kontroverse Diskussionen aus, ehe er auf der politischen Ebene zu einer schrittweisen Annäherung und Verständigung führte. Getragen wurde dieser Prozess von einer Fülle von Basisinitiativen, gleichsam als Fundament der amtskirchlichen und politischen Bemühungen, ohne die diese wohl ins Leere gelaufen wären. In diesem Sinne äußerte sich Professor Nałecz, indem er darauf verwies, dass man im polnisch-ukrainischen Verständigungsprozess nicht die ganze Verantwortung allein den Kirchen anlasten dürfe: „Jeder von uns – gesellschaftliche Gruppen und staatliche Institutionen, Wissenschaftler, Journalisten, Politiker und Diplomaten – haben ihren Teil zu dieser gemeinsamen Arbeit beizutragen.“

Entsprechende Ansätze gibt es bereits. Es finden sich auf ukrainischer Seite Partner, die zu Versöhnungszeichen bereit sind. Gemeinsam werden an Erinnerungsorten Kreuze und Gedenksteine errichtet sowie Gedenkgottesdienste gefeiert; Freundschaften

entstehen, ein Jugendaustausch bringt die Jugend beider Völker einander näher. Ein weiterer Schritt wäre es, mit ukrainischer Mithilfe die zahlreichen Massengräber zu identifizieren und den Opfern eine würdige letzte Ruhestätte zu bereiten. Derlei Initiativen wären nicht nur ein Zeichen der Versöhnung, sie könnten auch dazu beitragen, dass sich die Ukraine der dunklen Seite ihrer 70 Jahre zurückliegenden Geschichte stärker bewusst wird.

Theo Mechtenberg

Sophia Brauns Klage des Herzens

Einleitung

Der nachfolgende Text ist der persönliche Erlebnisbericht der polnischen Jüdin Sophia (Zosia) Braun, die 1969 aufgrund der von der kommunistischen Partei und Regierung inszenierten antisemitischen Hetze ihr Land verlassen musste und nach Israel auswanderte. Wie viele andere Juden, die damals zur Emigration genötigt wurden, bedingte diese schmerzliche Erfahrung auch bei ihr eine negative Einstellung gegenüber ihrer früheren Heimat. Durch den Kontakt mit meiner Familie vollzog sich bei ihr ein innerer Wandel. Neugierig auf die ihr vermittelten positiven Veränderungen im polnisch-jüdischen Verhältnis reiste sie nach Jahrzehnten wieder in ihr Heimatland. Ihre Warschauer Impressionen leitete sie uns mit der Bitte um Übersetzung und Veröffentlichung zu. Mit dem Abdruck ihrer Eindrücke möchte ich ihrem Wunsch entsprechen. Erinnerung meint Vergegenwärtigung, ein Zurückrufen des längst Vergangenen in das Hier und Heute. Für Juden gehört diese memoria zum Kern ihres Glaubens – so an jedem Sabbat, an dem die heilsgeschichtliche Rettung aus der Hand der Ägypter zur lebendigen Erinnerung wird.

Die Reflexionen von Sophia Braun zum 70 Jahre zurückliegenden Warschauer Gettosaufstand reihen sich ein in die Vergegenwärtigung des Holocaust – von Generation zu Generation. Und sie ist besonders stark an diesem Ort des Geschehens.

Aus den Betrachtungen der Autorin geht jedoch mit keinem Wort der innere Zusammenhang des Warschauer Aufstandes mit der vom deutschen Volk zu verantwortenden nationalsozialistischen Judenverfolgung hervor. Diese Kenntnis wird von ihr vorausgesetzt. Aber gilt dies auch für jeden Leser? Nimmt nicht mit dem Abstand der Zeit eine Geschichtsvergessenheit zu, die sich in der Sprache verrät, wenn nicht von deutschen Konzentrationslagern auf polnischem Boden, sondern von polnischen Konzentrationslagern öffentlich die Rede ist?

Sophia Braun

Persönliche Betrachtungen zu den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Gettosaufstandes und zur Eröffnung des Museums der Geschichte der polnischen Juden (Warschau 18. 04. – 22. 04. 2013)

Während des Sabbatgebets in der Warschauer Nożyków-Synagoge fragte mich eine neben mir sitzende Dame (höchstwahrscheinlich eine Konvertitin): „Sie kommen wohl oft nach Polen?“ Völlig unvorbereitet antwortete ich auf die Frage: „Ich komme aus Israel nach Polen, um zu weinen. Aber machen Sie sich bitte keine Gedanken: Mitunter sind es Tränen des Schmerzes, des Leidens, manchmal aber auch der Freude. Diesmal überwiegen aber wohl Tränen der Freude.“

Ich komme aus Tel Aviv, und keiner schießt auf mich, niemand beleidigt mich.¹ Im Verlauf dieser unvergesslichen vier Warschauer Gedenktage lernte ich ein neues Polen und neue Polen kennen – für mich eine große Ehre und eine tiefe innere Bewegung.

Diese Veränderungen, angefangen mit den offiziellen Ansprachen vor dem Gettodenkmal, und die zufälligen Gespräche mit Kindern und Erwachsenen auf den Warschauer Straßen erfüllten mich mit Optimismus und dem Glauben, dass Tikun Olam (die Weltverbesserung) mit Tikun Omalot, der Verbesserung der einzelnen kleinen Welten beginnt. Die Mentalität der Gesellschaft wandelt sich! Und das ist überwältigend und bewirkt Veränderungen eines jeden von uns zum Besseren, zu mehr Menschlichkeit und Freundschaft.

Sinne und Herzen taten sich auf – wohl bei uns allen!

Die polnische Regierung und die zuständigen Behörden boten Programme auf höchstem Niveau. Durch die Präsenz der Diplomaten und Vertreter von Kultur und Bildung aus aller Welt war dies eine Botschaft an die ganze Welt.

Unvergesslich das Gebet von Kantor Małowany vor dem Denkmal. Für mich verband es sich mit dem Dialog El Male Rachamim – wie konnte es an diesem Ort zu einer solchen Tragödie kommen? Sowie mit den Worten: „Imach Shmam ve Zikhram shel hamerzchim ve hapozzim hanatzim“, tief aus dem Herzen des Kantors.

Die mit diesen beiden Themen verbundenen Ereignisse währten einen Monat, vom Ausbruch des Aufstandes am 19. April bis zu seiner Niederschlagung am 16. Mai (die Zerstörung der Großen Synagoge am Tłomackie-Platz), nach jüdischem Verständnis der Jahrestag SZLOSZIM. Viele meiner Freunde erlebten ebenso wie ich die äußerst emotionalen und außergewöhnlichen Ereignisse als tiefe Erschütterung.

Und wieder lebte die Erinnerung an Eltern und Verwandte auf. Schrecklich, was hier geschah. Wie sie dieser Hölle entronnen sind. Doch die meisten fanden hier ihr Ende. Unsere Generation erlebt dies immer wieder aufs Neue.

Nach unserem Glauben sind Trauer und das Gedächtnis der Toten durch das Gesetz geregelt. Trauer ist nicht Traurigkeit, nicht Depression – sondern Schmerz, Schrei des Herzens!

Das Leben muss weitergehen. U bacharta be chaim!

Ich reiste nach Warschau mit meinem Bekannten Herzel S. aus Tel Aviv. Ein typischer Israeli. Seine Eltern kommen aus dem Irak. Für ihn war es sehr interessant „polanim“ kennenzulernen; warum Polen (Polin) in Israel so wichtig ist.²

¹ Mit dieser Aussage bezieht sich Sophia Braun offenbar auf die Bemerkung eines Beamten der polnischen Botschaft in Tel Aviv. Der hatte die Ablehnung ihres Antrags auf Wiedererlangung der ihr 1968 abgesprochenen polnischen Staatsbürgerschaft mit dem Satz begründet: „Schließlich wurde bei der Ausreise aus Polen nicht auf sie geschossen.“ (<http://www.aapjstudies.org/index.php?id=127>)

In aller Kürze seine Eindrücke: „Es waren die vier beeindruckendsten Tage meines Lebens. Erst jetzt wurde mir hier die ganze Tragödie des jüdischen Volkes bewusst und was die Shoa bedeutet. Doch ich erlebte zwei Nationen: Polen und Juden, die den schrecklichen Krieg erlitten und gemeinsame Erinnerungen haben. Dieses „doppelte Gedächtnis“ – das war für mich das innerlich bewegteste und außergewöhnlichste. In Israel spricht man darüber nicht; die Darstellung ist dort eine andere. Diese gemeinsamen Erinnerungen an diesem Ort schaffen eine neue Geschichte und neue mitmenschliche Beziehungen.

Ich lernte nichtjüdische „Polanim“ kennen; ich achte und schätze sie sehr. Es gibt nirgendwo einen Staat, der das Gedächtnis jener Gemeinschaft, die es nicht mehr gibt, so hoch in Ehren hält. Ich kehre nach Israel zurück, um noch mehr das gute Los zu schätzen, dass ich im eigenen Land lebe. Niemals werde ich die Warschauer Erlebnisse vergessen, die mein Denken über die Gerechten der Völker der Welt, über Polen und die Polen veränderte – ich werde ihr Repräsentant sein.“

Bewegend war auch die Begegnung mit einer großen Gruppe polnischer Kinder auf dem Kalvarienberg, in Beit Hamidrasz, wo vor dem Krieg Rebe me Gur zu Hause war und die chassidischen Schüler studierten. Heute kommen diese Kinder, um sich einen Film über Janusz Korczak anzuschauen, denn er ist ihr Held und das Symbol jüdischer Lehrer. An den Wänden gibt es Porträts chassidischer Rabbiner, und diese Kinder lernen verstehen, dass es keine polnische Geschichte ohne die Geschichte der Juden gibt.

Zum Museum der Geschichte der polnischen Juden

Vorab ein Zitat, das dem Museum als Motto dient:

ASKING, EXPLORING, DISCOVERING

Zwar sahen wir nur das schöne und einzigartige Bauwerk, das einem selbst mit seiner Architektur viel zu sagen hat. Erst in einem Jahr werden sich, wie man uns sagte, die Säle mit visuellen und pädagogischen Materialien füllen. Und eben hier möchte ich meine Hoffnung und meinen Glauben zum Ausdruck bringen, dass unsere Geschichte angemessen dargestellt wird, insbesondere jenes eigene Kapitel zur chassidischen Bewegung, die auf polnischem Boden entstand, welche die Shoa überdauerte und heute in Israel sowie in anderen jüdischen Zentren auf der ganzen Welt eine große Blüte erlebt. Wie werden die Antworten der chassidischen Autoritäten auf die drängenden Fragen nach einer Lebensphilosophie, nach dem Überleben und nach der Freude lauten?

Vielleicht können wir durch ehrliche und persönliche Beschäftigung mit diesen Begriffen, die Welt der chassidischen Mystik wiederentdecken, die gerade der heutigen Generation viel zu sagen hat, die sich nach Werten und Zielen eines guten Lebens und des Überlebens sehnt. Ein Davar Shalem me Lev Shavur (Rabbi me Kotzk).

² „polin“ (po – hier / lin – solltest du wohnen): Einer Legende zufolge verstanden die im Mittelalter verfolgten Juden „polanin“ als Aufforderung, sich in „Polen“ unter „polanim“ (Polen) niederzulassen, wo sie sichere Aufnahme fanden. Und eben diese Erinnerung kennzeichnet auch das Museum der Geschichte polnischer Juden, an dem in hebräischer und polnischer Schrift „POLIN“ zu lesen ist.

Eine letzte Bemerkung:

Es gab sehr viele Konzerte und Musikveranstaltungen unterschiedlicher Art. Zur Eröffnung ein Konzert im Großen Theater unter Beteiligung des Symphonieorchesters aus Tel Aviv unter Leitung des Dirigenten Zubin Mehta. Dazu gab das Orchester des polnischen Rundfunks ein Konzert mit dem Werk Kol Nidre für Violoncello und Orchester sowie mit Werken des Komponisten Ernst Bloch.

Für mich war auch das symbolisch. Wenn Worte Gedanken ausdrücken, dann ist die Musik eine Widerspiegelung unserer Seele – und die braucht keine Übersetzung.

Den Schlussakkord der Feierlichkeiten am 16. Mai bildete das Konzert „Klage des Herzens“ von Jerzy Maksymiuk. Doch daran nahm ich nicht mehr teil.

In einer Rezension lese ich: „Dieses Konzert war eine Huldigung an alle ermordeten Juden sowie ein Gedenken an die Zerstörung der Großen Synagoge in Warschau.“

Und ich höre die Worte von Tuwim – Wir polnischen Juden...

Zosia Braun, Tel Aviv 04.06.2013

Marcin Pośpiech

Die Geschichte eines gewissen Plakats¹

Es wurde zur Ikone der 24 Jahre zurückliegenden Ereignisse: Sheriff Cooper mit dem Abzeichen der Solidarność und einem Wahlschein statt des Colts. Doch es hat wenig gefehlt, und das heute berühmteste Wahlplakat der Solidarność wäre niemals entstanden.



**W SAMO POŁUDNIE
4 CZERWCA 1989**

Das damalige Geschehen habe ich nicht vergessen: - Es war ein herrlicher Sonntag, jener vierte Juni. Ich fuhr zur Frühmesse der Kirche am Erlöserplatz. Und plötzlich sah ich: Dutzende Gary Cooper, marschierend zur Parteizentrale. Ein atemberaubender Anblick. Ich träume, dachte ich! Warschau war mit meinem Plakat beklebt! – erinnert sich Tomasz Sarnecki, zu jener Zeit Student der Warschauer Kunstakademie und Autor des Kultplakats der Solidarność „Zwölf Uhr mittags“ zu den Wahlen am 4. Juni 1989.

Die Plakate gelangten nach Warschau im letzten Augenblick: in der Nacht vom dritten zum vierten Juni, und in der derselben Nacht wurden sie in der Hauptstadt geklebt. Es war dies das spektakuläre Finale des Wahlkampfes vor den ersten teilweise freien Wahlen in Polen seit 1945. Ungestüm betrat der Held von jenseits des „Großen Wassers“ die polnische politische Bühne: Gary Cooper, Sheriff aus dem Western „Zwölf Uhr mittags“ von Fred Zimmermann aus dem Jahr 1952.

Sarneckis Plakat regte die Phantasie gewaltig an – sagt Henryk Wujec, der damalige Sekretär des Wahlkomitees der Solidarność. Zimmermanns Film zählt zu meinen beliebtesten. Ich sah ihn mindestens fünfmal. – Ein Cowboy, der gegen einen übermächtigen Feind für Recht und Gerechtigkeit eintritt, furchtlos und großherzig: Wer möchte sich mit ihm nicht identifizieren? Und was das Plakat betrifft, so war es eine geniale Metapher für die Lage, in der wir uns befanden – erinnert sich Wujec. Auch wir hatten eine Auseinandersetzung mit einem mächtigen Gegner vor uns, nur wollten wir ihn mit friedlichen Mitteln bezwingen. Eben dies ist die Botschaft des Plakats: Gary Cooper besitzt keine Waffe, statt des Colts hält er einen Wahlschein. Damit wollten wir die Kommunisten besiegen.

¹ Pośpiech, Marcin: "Dzieje pewnego plakatu". In: Tygodnik Powszechny, 22/2, Juni 2013.

Italienische Hilfe

Paradoxerweise entstand das Plakat auch dank der Kommunisten. Doch nicht der polnischen, sondern der italienischen. Wie war das möglich? Engagiert in der gesamten Aktion war der Sinologe Professor Krzysztof Gawlikowski, der damals in Italien lehrte. Es war nach Beendigung des „Runden Tisches“ – erinnert sich Gawlikowski. Ende April kam Lech Wałęsa in Begleitung von Bronisław Geremek zu einem Treffen mit Johannes Paul II. in den Vatikan. Ich traf mich mit ihnen und fragte, ob ich behilflich sein könnte; was in dieser Situation für die Solidarność das allernötigste sei.

„Besorgen Sie Geld für die Wahlen, am besten 100.000 Dollar“ – war Geremeks Antwort. Gawlikowski: - Eine horrende Summe. Nach ein paar Tagen sprach ich erneut mit ihm, diesmal telefonisch. Er war nun anderer Ansicht: „Vergessen Sie das Geld“ – sagte er. „Dazu ist es zu spät. Selbst wenn wir es jetzt bekämen, könnten wir nichts damit anfangen. Sie müssen uns helfen, ausreichend Wahlmaterialien zu besorgen; in Polen sind Druckereien und Papier in Händen der Kommunisten.“

Hätte sich Gawlikowski über die offiziellen Kanäle um Hilfe bemüht, sich an die italienische Regierung gewandt und wäre dies den Behörden in Warschau zu Ohren gekommen, dann wären gewiss in der volksrepublikanischen Presse Vorwürfe erhoben worden, eine fremde Macht stünde der Solidarność bei. Aus den gleichen Gründen kam auch eine Unterstützung durch westliche Parteien nicht in Frage. – Übrigens waren uns zu jener Zeit die italienischen Christdemokraten nicht gewogen. – Manche ihrer Politiker sahen in Jaruzelski den Retter Polens.

Kommunisten für die Solidarność

Gawlikowski beriet sich mit dem päpstlichen Sekretär Stanisław Dziwisz und Jerzy Giedroyc, den Chef der Pariser „Kultura“. Beide hatten den gleichen Gedanken. – Wir kamen überein, um Finanzierung und Druck eines Plakats die kommunistische Partei [KPI] zu bitten – sagt Gawlikowski. – Ein in seiner Einfachheit geniales Manöver. Hätten die Warschauer und Moskauer Kommunisten uns diskreditieren wollen, dann wäre vor aller Welt deutlich geworden, dass manche kommunistischen Parteien der Solidarność beistehen, diese also gegen sie sind.

Der Weg zur Verwirklichung dieses Plans führte u. a. durch das Büro des gegenwärtigen italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, damals in der KPI zuständig für auswärtige Angelegenheiten: Zu jener Zeit hatten sich die italienischen Kommunisten bereits von der Kuratel des Kreml emanzipiert und sympathisierten mit der Solidarność – meint der Sinologe. – Ich erklärte Napolitano, worum es ging.

Auch er scheute ein offenes Engagement zugunsten von Solidarność. Daher kam er auf den Gedanken, die Sache der Druckergewerkschaft zu übertragen. Aussersehen wurde die Druckerei in Modeno. Die Gewerkschaftler waren einverstanden, sich in einer Nacht von Samstag auf Sonntag, in der der Betrieb still lag, an die Arbeit zu machen und das Solidarnośćplakat zu drucken. – Ihr Anteil waren Material, Arbeitskraft und guter Wille.

Und er fügt hinzu: - Doch um dies alles zu bewerkstelligen, gab es ein Problem: der Drucktermin drängte, und ich besaß immer noch keinen Plakatvorschlag.

Ein weiterer Zufall

Die Projektierung des Plakats war eine meiner zusätzlichen Aufgaben bei Professor Maciej Urbaniec in der Grafikabteilung der Akademie der schönen Künste – sagt Tomasz Sarnecki. – Besonderes versprach ich mir nicht von dieser Arbeit. Mit einem Faltblatt im Format A 4 wäre ich schon zufrieden gewesen. Zunächst entstanden vier kleine Kopien; nur dafür reichte das Material.

Dabei wäre es gewiss geblieben, hätte nicht Janina Jankowska, die Chefin der im Wahlkampf aktiven Radiojournalisten, von dem Plakat Kenntnis genommen. Ihr zeigte Sarnecki die Arbeit. – Das war's! – erinnert sich Jankowska. Der Bezug zu Cooper faszinierte mich schlicht und einfach. Ich habe in jenen Wahlkampf viel investiert, doch nach all den Jahren sehe ich die Begegnung mit Sarnecki als die historisch allerwichtigste.

Jankowska zeigte Wujec das von Sarnecki entworfenen Plakat. Auch ihm gefiel es auf Anhieb. Doch entscheiden wollte er nicht allein. – Von der Ausbildung her bin ich Physiker und sah mich daher zu einem Prüfungsverfahren verpflichtet – sagt Wujec. Also begab sich Sarnecki zu der für Wahlkampfmaterialien zuständigen Kommission. Und die verwarf das Plakat.

Zufällig traf ich Sarnecki auf dem Korridor – erinnert sich Wujec. – Er schien enttäuscht. Er sagte, man habe das Plakat abgelehnt, und aus der Sache würde nichts. Ich traute meinen eigenen Ohren nicht, hielt ich doch das Plakat für eine herrliche Idee. So wie Cooper beschloss ich, die Sache in die eigene Hand zu nehmen und alles daran zu setzen, damit das Plakat Wirklichkeit würde.

Eine Ikone für die Welt

Das projektierte Plakat erreichte Italien im letzten Augenblick. Als Kuriere dienten zwei Nonnen. – Es gefiel mir – sagt Gawlikowski. – Doch das Plakat war schwarz-weiß, aber mit den Italienern hatte ich ein farbiges Plakat vereinbart. Wir kamen überein, rot und schwarz zu drucken, sodass die Aufschrift „Solidarność“ sogleich in die Augen stach. Zudem erregte ein Detail meine Aufmerksamkeit: An Coopers Brust war ein seltsames „Zickzack“ zu sehen. Ich nahm eine Abänderung durch ein Abzeichnen mit der Aufschrift „Solidarność“ vor, um jeden Zweifel auszuschließen, wen Cooper repräsentiert. Damals kam es keinem in den Sinn, dass wir damit die Autorenrechte verletzen...

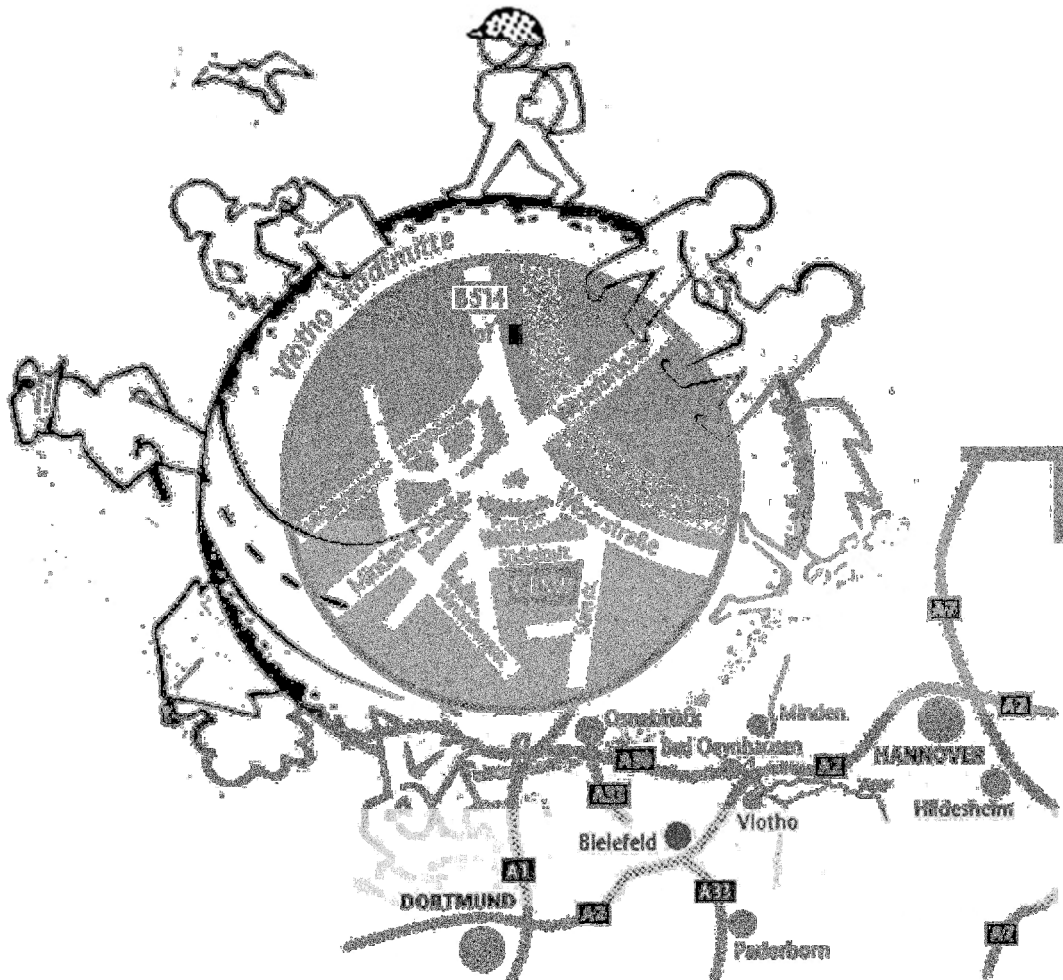
Die Druckerei in Modena erhielt dann die endgültige Version des Plakats. Abgesprochen wurden zweitausend Exemplare. Den italienischen Gewerkschaftlern war klar, dass die Plakate nach Polen geschmuggelt wurden. Daher verwandten sie ein spezielles elfenbeinfarbenes Papier, fest und zugleich leicht. (Daran kann man heute

problemlos das italienische „Original“ von späteren polnischen Versionen unterscheiden.)

Den Transport nach Polen organisierte der Vatikan – wie Gawlikowski wissen lässt. Für diese Aufgabe wurde ein gut gebauter Priester ausersehen... Was dann geschah, ist bekannt: Das Plakat war ein Riesenerfolg und wurde schnell zur internationalen Ikone der Solidarność. Zu den Juniwahlen reisten Journalisten aus aller Welt nach Polen: In ihren Fernsehberichten war häufig im Hintergrund die Silhouette mit Sheriff Cooper zu sehen.

Auf diese Weise wurde in der internationalen Vorstellung der Sieg der Solidarność eindeutig mit dem Plakat von Sarnecki assoziiert – meint Gawlikowski. – Und heute ist es ein untrüglicher Beweis für die vergessene Hilfe, die Polen damals vom Ausland zuteil wurde.

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de